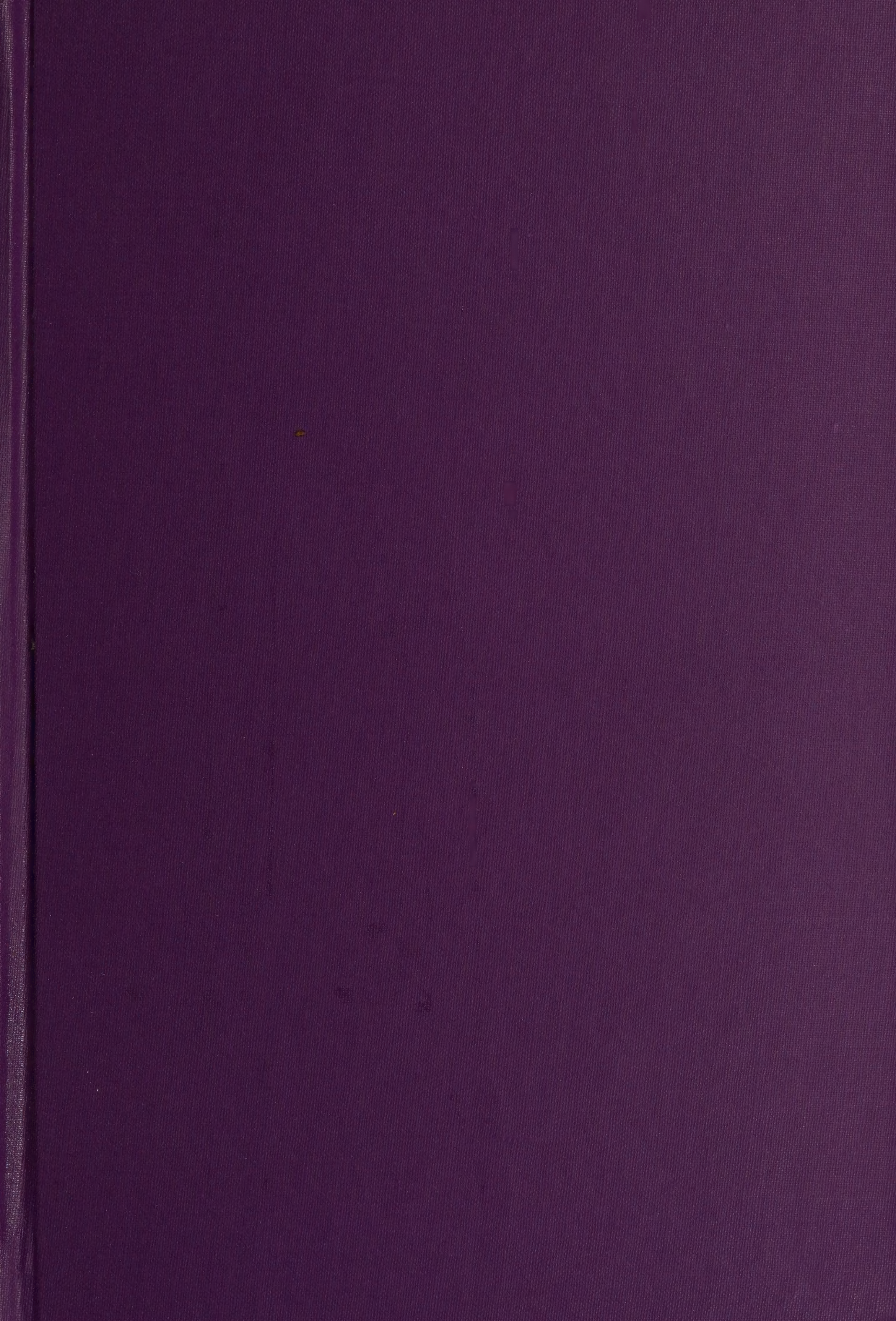
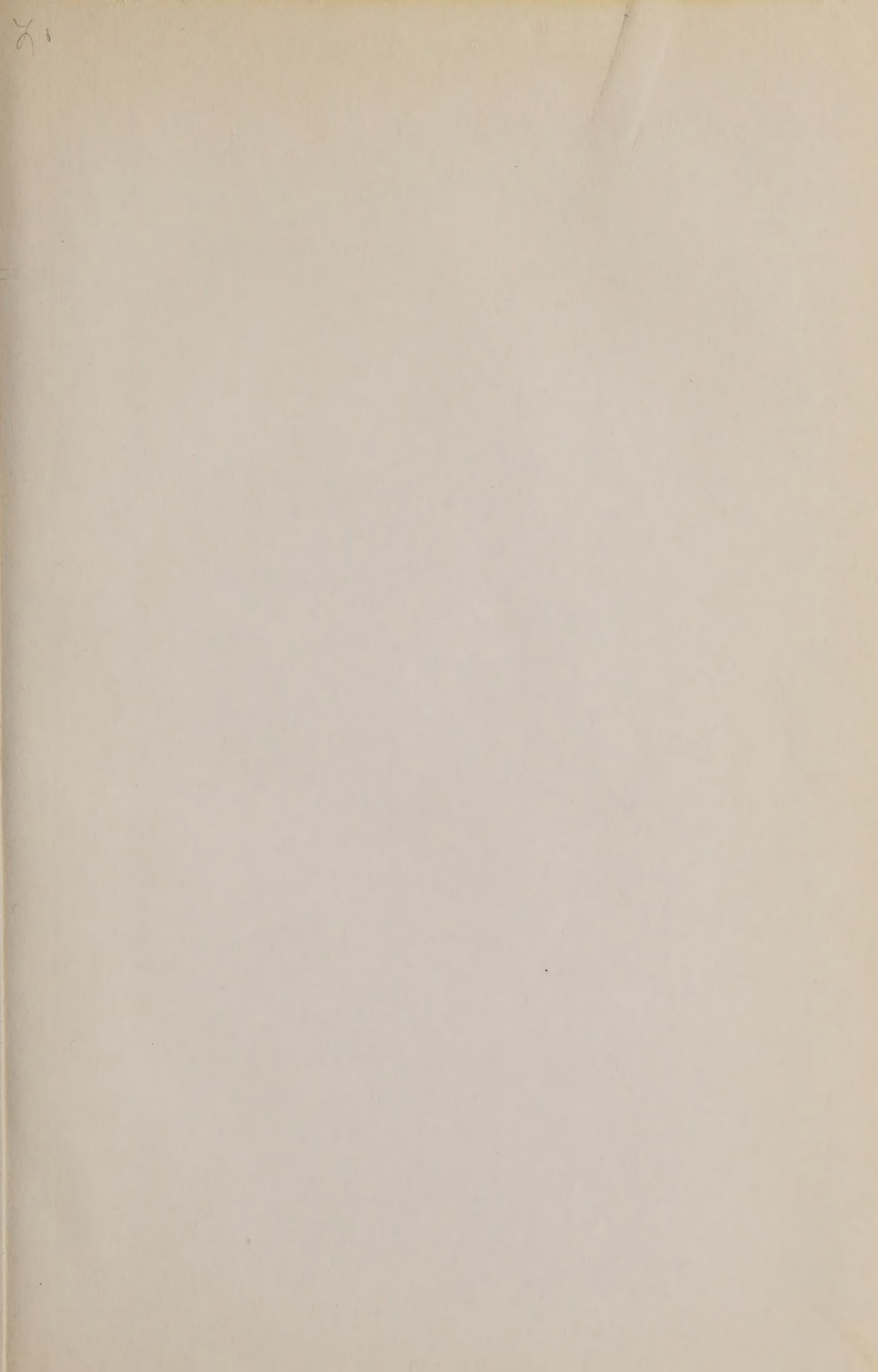
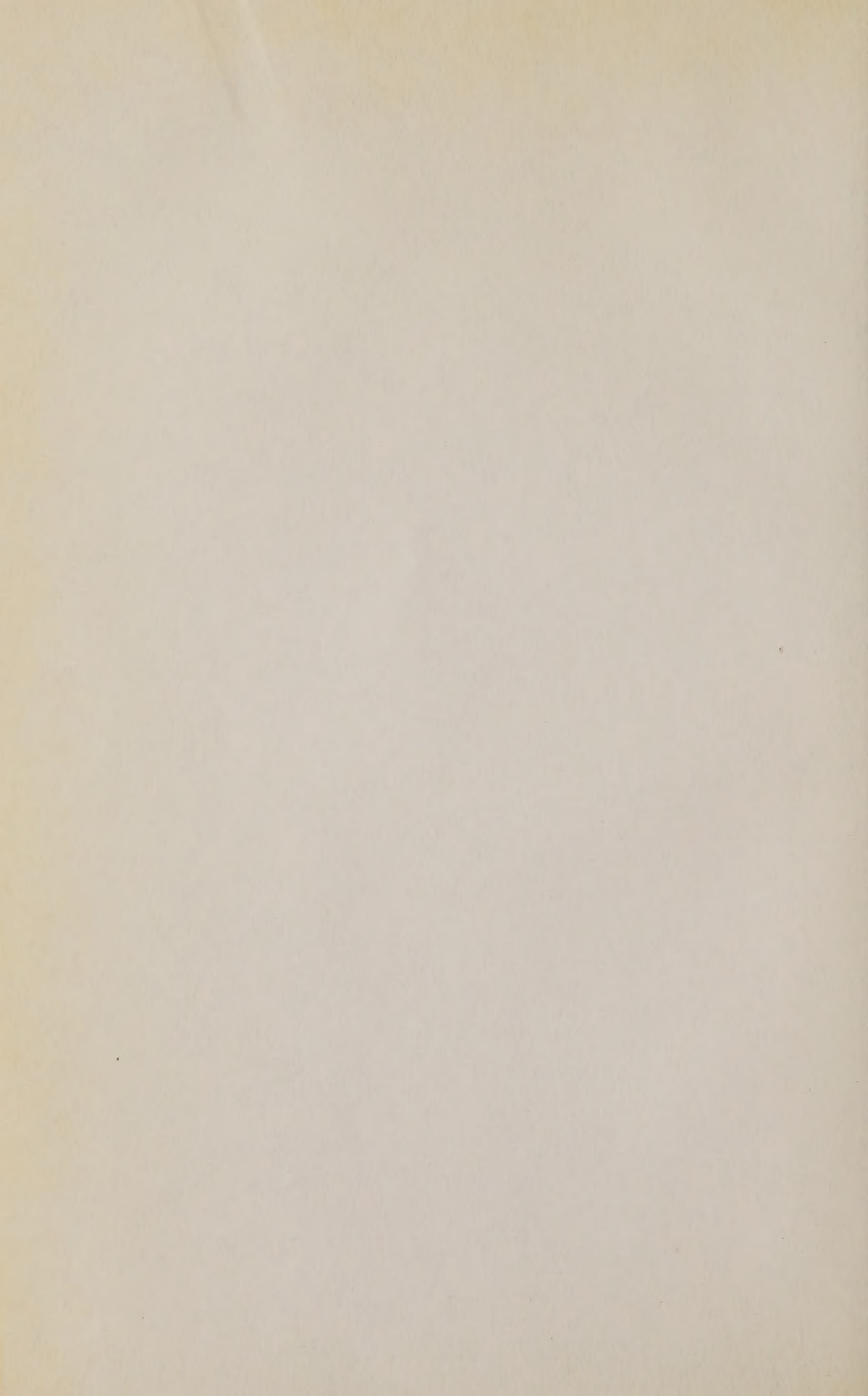
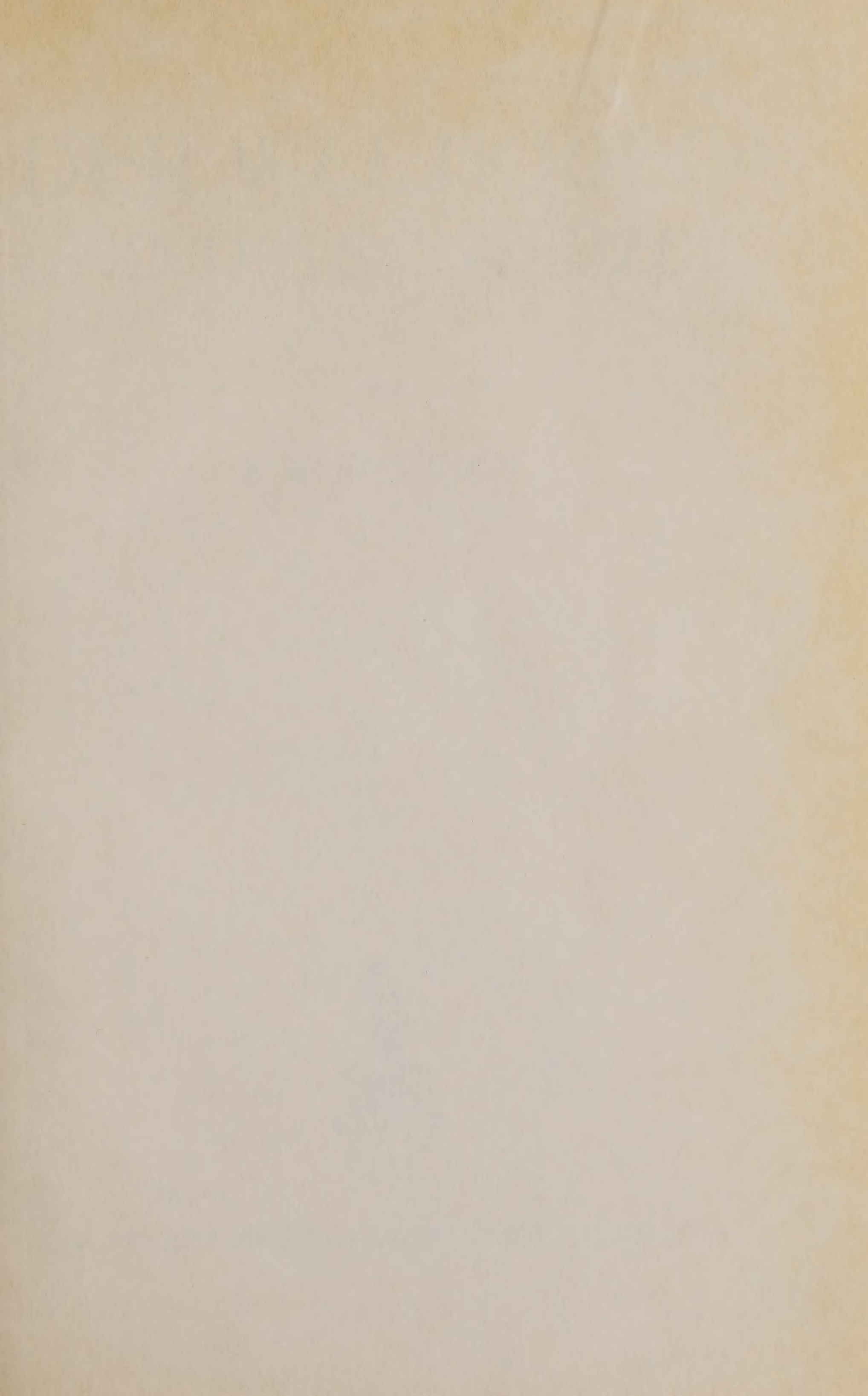










Pierre H. Ducommun.
Aarau 1918.

# DER WELTKRIEG
# UND DIE SCHWEIZER

VON

S. ZURLINDEN



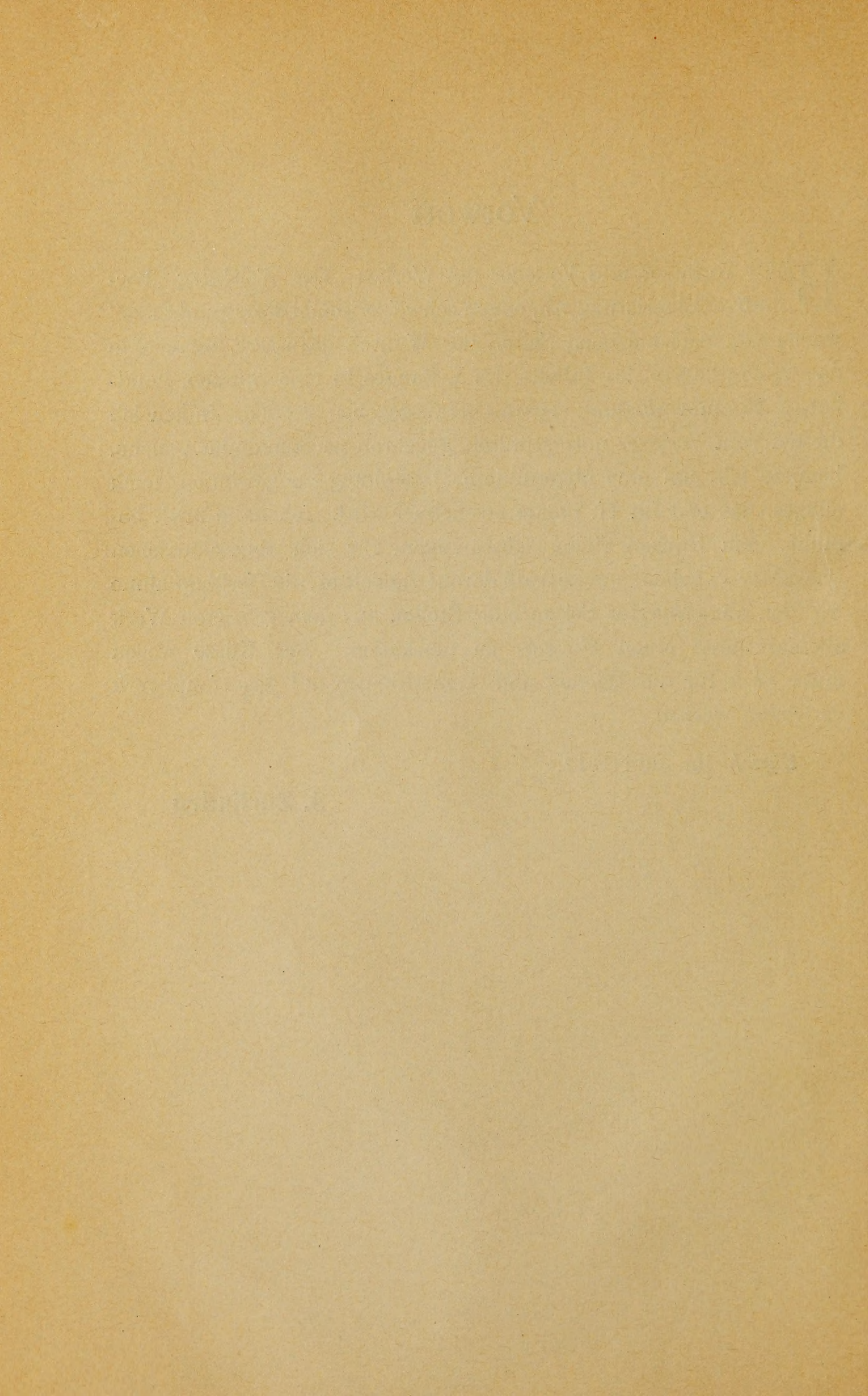
VERLAG: ART. INSTITUT ORELL FÜSSLI, ZÜRICH 1917

# Vorwort

BEIM Verfasser und Verleger des Werkes „Der Weltkrieg. Vorläufige Orientierung von einem schweizerischen Standpunkt aus" wurde von verschiedenen Seiten der Wunsch geäussert, es möchte das Wesentlichste des Inhalts des I. Bandes in einer kurzen, handlichen Zusammenfassung separat herausgegeben werden. Indem ich diesem vom Verleger unterstützten Begehren nachzukommen suche, benutze ich, um eine abgerundete Darstellung zu gewinnen, auch einiges, das erst im II. Bande erscheinen wird. Ich habe mich bemüht, dem Ganzen einen selbständigen, für sich abgeschlossenen Charakter zu geben, und deshalb darauf verzichtet, die Herübernahme wörtlich abgedruckter Seiten oder Stellen aus dem grösseren Werk allemal durch einen Hinweis zu markieren. Der Kürze wegen muss auch für die Quellen und Anmerkungen auf das Hauptwerk verwiesen werden.

*Zürich*, im Juni 1917.

**S. Zurlinden**



# Das gute Recht der Schweiz

WIR verlangen für die Schweiz in erster Linie das Mitspracherecht in diesem Weltkriege.

Darunter verstehen wir das Recht, uns über die Ursachen des Weltkrieges und die Absichten der kriegführenden Staaten Klarheit zu verschaffen, die mutmasslichen Folgen des Krieges für unser eigenes Land zu überdenken und uns — wir Schweizer untereinander — darüber mit aller Offenheit auszusprechen.

Dieses Recht begründen wir damit, dass unser Land durch den Weltkrieg auf das Schwerste in Mitleidenschaft gezogen worden ist, obwohl es an dem ganzen Streit absolut unschuldig und unbeteiligt war. Haben auch die kriegführenden Staaten noch grössere Opfer zu bringen als wir, so ist doch unsere Stellung in mancher Hinsicht schwieriger als selbst die ihrige. Sie birgt die grössten Nachteile, die furchtbarsten Gefahren in sich, ohne dass wir die mindeste Sicherheit dafür besässen, diese Weltkrisis heil zu überstehen und für den erlittenen Schaden Ersatz zu finden. Wenn daher ein Friedrich Naumann uns Neutralen gelegentlich in liebloser Geringschätzigkeit bedeutet, dass wir nichts dreinzureden hätten, weil wir vom Weltkrieg ja nur profitieren und Geld verdienen, während die andern für die höchsten Kulturideale kämpfen und bluten, so gibt das ein ganz falsches Bild von unserer Lage. Es gibt natürlich auch bei uns wie in den kriegführenden Staaten eine gewisse Anzahl Leute, welche Kriegsgewinne — reelle und unreelle — realisieren können; aber das ist doch eine kleine Minderheit. Wir andern alle leiden schwer unter diesem Krieg, ökonomisch, physisch, moralisch, — in jeder Beziehung. Und darum sage ich: wenn wir auch von allem absehen, was uns mit der übrigen Menschheit verbindet und uns schon als Menschen, als Weltbürger und Europäer ein Mitspracherecht geben würde, so besitzen wir auf dieses einen direkten und unbestreitbaren Anspruch gerade dann, wenn wir ganz allein auf uns selber sehen und nur daran denken, was unser eigenes Land unter dem Krieg zu leiden hat. Es darf uns denn doch wohl wunder nehmen, wem wir eigentlich diese ganze Misère zu verdanken haben und was bei dieser Weltkatastrophe schliesslich aus uns selber werden soll.

Solche Orientierung über unsere eigene Lage, unser eigenes Interesse, unsere eigene Zukunft steht auch nicht etwa im Widerspruch mit der uns obliegenden Neutralität. Die Schweiz erfüllt die Pflichten ihrer Neutralität, man darf wohl sagen, in tadelloser Weise, und der Bundesrat verdient für die umsichtige und streng loyale Art, wie er sie durchführt, die dankbare Anerkennung des ganzen Volkes. Im allgemeinen fehlt ihm auch nicht die Zustimmung des kriegführenden Auslandes, und wenn dessen Presse gelegentlich an unserer Neutralität Kritik übt, so tut sie dies, wenigstens was die behördlichen Massnahmen betrifft, zumeist in Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse. Etwas anderes ist es mit den Klagen des Auslandes über die bei uns herrschende Mentalität. Hier wird das Urteil über die Schweiz und ihre Haltung natürlich vorzugsweise bestimmt durch die Parteistellung des betreffenden Staates. Vorzugsweise, aber nicht ausschliesslich. Es wäre Selbstverblendung, wenn wir alle Reklamationen über Parteilichkeit unserer öffentlichen Meinung in Sachen des Kriegs nur dem Übelwollen des interessierten und einseitig orientierten Auslandes zuschreiben und nicht zugeben wollten, dass tatsächlich ein aufrichtiges Erstaunen über Mangel an Rechtsempfinden und Billigkeitsgefühl bei uns Schweizern in den Äusserungen unserer Nachbarn mitspricht. Wenn hier Fehler begangen wurden, so fallen sie aber nicht der Schweiz als neutralem Staat und namentlich nicht der Landesregierung zur Last. Der Bundesrat kann nicht mehr tun als auf das strengste die Innehaltung der politischen und militärischen Neutralität überwachen und jeden Verstoss dagegen, sei es durch Hilfeleistung dieser oder jener Art, Nachrichtendienst usw., unnachsichtlich ahnden. Dieser Pflicht kommt er gewissenhaft nach. Was darüber hinausliegt, entzieht sich seiner Kontrolle. Takt, Verstand, politische Einsicht, von deren Vorhandensein oder Abwesenheit das Urteil der Leute abhängt, sind Dinge, die sich nicht in bundesrätliche Verordnungen fassen lassen.

Zugegeben also, dass bei uns manches Törichte geschwatzt und geschrieben worden ist, was entschieden besser unterblieben wäre, so will denn das doch nicht heissen, dass wir zum Krieg überhaupt nichts zu sagen hätten und „Maulhalten" unsere heiligste Neutralitätspflicht sei. Das fehlte gerade noch, dass die Herrschaften, welche einen Weltkrieg veranstalten, ohne die mindeste Rücksicht auf ihre neutralen Nachbarn zu nehmen, ohne sie zu fragen, ob sie mit dem für sie auf alle Fälle höchst undankbaren Unternehmen

einverstanden seien, zu allem hin noch von ihnen verlangen könnten, sie hätten nun einfach in stillschweigender Hochachtung abzuwarten, wie die Sache verläuft, und in gottergebener Resignation zu gewärtigen, ob sie am Ende auch ihnen noch zum Verhängnis wird. Das kommt mir gerade so vor, wie wenn eine sozialistische Gewerkschaft wegen ein paar Streikbrechern in einer Schlosserwerkstatt einen Generalstreik inszeniert, kein Tram, kein Auto, kein Fuhrwerk mehr verkehren lässt, die Lebensmittelzufuhr der Stadt unterbindet, die Gasbeleuchtung abstellt und dann die entrüstete Einwohnerschaft mit der grossartigen Erklärung höhnt, dass man jenem „Streikbrecherunfug" in der Schlosserwerkstatt nunmehr mit „jedem Mittel" abzuhelfen gesonnen sei und „Unbeteiligte" da überhaupt sich nicht einzumischen hätten. So hat man wegen ein paar bosniakischen Anarchisten den Krieg gegen Serbien und damit den Weltkrieg angefangen. Man könnte allenfalls dann vielleicht behaupten, dass dieser Krieg uns nichts anginge, wenn er von seinen Veranstaltern vollständig auf ihre eigene Rechnung und Gefahr, auf ihre eigenen Kosten und mit ihren eigenen Mitteln geführt würde. Das ist aber nicht der Fall. Vielmehr leiden andere, Unschuldige, unter diesem Krieg noch viel mehr als seine Urheber. Auch wir gehören zu den unschuldig Mitbetroffenen. Man hat uns nicht gefragt, bevor man den Krieg begann, aber man zwingt uns, für die Interessen und politischen Ziele ganz anderer Leute auch unsererseits Opfer zu bringen. Unschuldig am Streit, sind wir doch wider Willen mitbeteiligt und mitinteressiert an seinem Ausgang. Wenn dem aber so ist, dann hat auch unsere Verpflichtung zur Reserviertheit ein Ende. Reserviertheit ist am Platz gegenüber Dingen und Vorgängen, die uns nicht berühren, unsere Interessen nicht beeinträchtigen. Sobald wir aber, wenn auch nur passiv, mitbeteiligt sind, tritt an die Stelle der Reserviertheit das Recht der Wahrung unserer Interessen. Der Krieg ist nicht bloss eine Angelegenheit der Kriegführenden, sondern aller derer, die davon in der einen oder andern Weise betroffen werden, und sie alle haben genau dasselbe Recht wie die Kriegführenden selbst, danach zu fragen:

warum ist dieser Weltkrieg veranstaltet worden?
was hat man getan, um ihn zu verhindern?
weshalb sind diese Vermittlungsversuche misslungen?
was kann der Krieg für uns für Folgen haben?

Solche und ähnliche Fragen sind für uns so wichtig und bedeutungsvoll wie für die Kriegführenden selbst, und zugestanden oder nicht: auf dem Recht, sie uns vorzulegen und nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten, bestehen wir.

---

## Die Pflicht der Stellungnahme

Handelt es sich dem Ausland gegenüber darum, das gute Recht der Wahrung unseres Standpunktes uns nicht durch Einschüchterungsversuche verkümmern zu lassen, so haben wir Schweizer untereinander uns nachdrücklich an die Pflicht zu erinnern, einen Standpunkt zum Krieg überhaupt erst einmal zu gewinnen und ihn dann aufs entschiedenste vor der ganzen Welt zu behaupten. Bis jetzt gibt es nämlich noch gar nichts, was als „der Schweizer Standpunkt" bezeichnet werden könnte, sondern nur eine traurige Zerfahrenheit der Meinungen und Ansichten. Der eine sagt dies, der andere das, aber das Schweizervolk als solches hat noch keinen Standpunkt; es ist lediglich „neutral". Damit ist es aber nicht getan. An unserer Neutralität halten wir selbstverständlich fest bis zum äussersten. Wir wollen nicht auch noch den Krieg im Lande haben, wir wollen nicht aktiv in den Krieg eingreifen, und indem wir unserer Friedensinsel den neutralen Charakter zu bewahren suchen, glauben wir auch, Europa den grössten Dienst zu leisten, dessen unser kleines Land fähig ist. Es wäre jedoch falsch, die Neutralität nur als bequemes Ruhekissen für uns zu benutzen. Bilden wir uns nicht ein, dass wir in unserer schweizerischen neutralen Schutzhütte nun einfach als unbeteiligte Zuschauer dem grandiosen Trauerspiel bis zum Ende folgen und dann wieder in unser Gärtchen herabsteigen und unseren Kohl pflanzen können wie zuvor, als wäre nichts geschehen. Die Welt wird anders aussehen nach diesem Krieg als vorher, und das Europa, das wir vor 1914 kannten, wird nicht mehr vorhanden sein. Folglich wird auch unsere Stellung in Europa und der Welt eine andere sein als früher, selbst wenn wir genau die gleichen Schweizer bleiben würden wie von jeher. Wenn die ganze Welt um uns her, von der wir sozusagen für jeden Bissen Brot abhängig sind, anders geworden ist, wird sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch zu uns anders stellen. Sie wird sich schwerlich mehr für die Helden-

geschichte unserer Ahnen interessieren, sondern uns lediglich danach beurteilen, wie wir selber uns während dieser Krisis gehalten haben, und welches die politischen Ideale sind, für die wir uns bei der künftigen Neuordnung aller Dinge einsetzen möchten.

Beeilen wir uns, auf diese Ideale, unsere schweizerischen Kriegs- oder vielmehr Friedensziele, uns zu besinnen und sie zu formulieren, damit wir Rede und Antwort stehen können, wenn einmal der Tag der Abrechnung kommt. Über alle Sympathie- und Meinungsdifferenzen hinweg sollte es denn doch möglich sein, gewisse fundamentale Prinzipien aufzustellen, denen alle Eidgenossen, die wirklich Schweizer und nur Schweizer sein wollen (andere zählen für uns nicht) beistimmen könnten. Spezifisch „Schweizerisches", wofür nur wir Schweizer Verständnis und Interesse haben können, und das für die übrige Menschheit keine Bedeutung hat, brauchen wir dabei nicht in den Vordergrund zu stellen, sollen es vielmehr zurücktreten lassen. Wir haben es bloss mit der Frage zu tun, welche Grundsätze in den internationalen Beziehungen vom schweizerischen Standpunkt aus die wünschenswertesten wären. Und auch hier sollte uns nicht daran gelegen sein, Forderungen zu erheben, von deren Erfüllung wir das Meiste zum Vorteil unseres eigenen Landes erwarten, sondern wir hätten diese Forderungen danach zu bemessen, dass sie sich im Einklang mit dem allgemeinen Wohl, mit den Interessen der Völkergemeinschaft und mit dem Weltgewissen befinden, denn nur dann verdienen sie Beachtung und Unterstützung auch von Seite der andern. Es verhält sich auch im bürgerlichen Leben so. Jemand hat einmal den Satz ausgesprochen, dass die Lebensregeln, die man sich zur Richtschnur nimmt, am sichersten danach beurteilt werden, ob sie zugleich auch die Lebensregeln für alle anderen sein könnten. In der internationalen Welt wird man es als einen Gradmesser für die Kulturstufe eines Volkes betrachten dürfen, ob seine politischen Grundsätze ausschliesslich auf das eigene Wohl und Gedeihen zugespitzt sind und deshalb einen Vorrang vor jedem anderen Interesse beanspruchen, oder ob dieses Volk sich dem Ganzen so einzufügen versteht, dass auch die andern neben ihm ruhig leben und gedeihen können.

In dieser Beziehung scheint mir die von Woodrow Wilson, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, am 22. Januar 1917 erlassene Friedensbotschaft an die kämpfenden Völker Europas vorbildlich zu sein. Unter den demokratischen Schweizern

zählt Wilson viele Verehrer und begeisterte Anhänger seiner Grundsätze. Sie setzten grosse Hoffnungen auf ihn und wünschten sehnlich, dass es ihm gelingen möchte, eine erfolgreiche Friedensvermittlung einzuleiten. Mit freudiger Dankbarkeit haben wir unserem Bundesrat zugestimmt, als er sich ohne langes Besinnen mit mutiger Entschiedenheit der Aktion Wilsons anschloss. Seine Bemühungen sind gescheitert, und inzwischen ist Wilson selbst zu den Kriegführenden übergegangen und Partei geworden. Das war uns ein tiefer Schmerz, vor allem deshalb, weil nun weit und breit niemand mehr zu sehen ist, der mit solcher Macht und Autorität wie er für eine gerechte Friedensvermittlung eintreten könnte. An seinen Grundsätzen ändert das aber nichts, und mir ist es gewiss, dass er auch bei seinem Kriegsentschluss sich nur von ihnen leiten liess. Und wenn sogar ein Mann wie Maximilian Harden die Abgeschmacktheit und die niedere Gesinnung tadelt, mit der man auch hinter Wilsons Motiven nur wieder Heuchelei und schmutziges Geldinteresse sucht, so wird es auch uns erlaubt sein, am Glauben an seine selbstlosen und edlen Absichten mit voller Überzeugung festzuhalten. Es mögen hier einige der von Wilson in seinen beiden Reden am 22. Januar und 3. April 1917 ausgesprochenen Grundsätze folgen:

„Die Friedenselemente müssen Elemente sein, die das Gewissen verpflichten.

„Nur ein ruhiges Europa kann ein dauerhaftes Europa sein. Es muss dort nicht das Gleichgewicht der Mächte, sondern die Gemeinsamkeit der Mächte herrschen, nicht organisierte Rivalität, sondern organisierter gemeinsamer Friede.

„Nur ein Friede unter Gleichberechtigten kann ein dauerhafter sein.

„Die Gleichheit der Nationen, auf der der Friede gegründet sein wird, muss eine Gleichheit der Rechte sein.

„Die festgesetzten Garantien sollen keinen Unterschied kennen zwischen den kleinen und den grossen Nationen, zwischen denen, die mächtig, und denen, die schwach sind.

„Es ist notwendig, dass das Recht gegründet sei auf die gemeinsame Kraft und nicht auf die individuelle Macht der Nationen desjenigen Verbandes, von dem der Friede abhängen wird.

„Kein Friede kann ein dauerhafter sein, der das Prinzip nicht anerkennt, dass die Regierungen ihre

Gewalt von der Zustimmung derjenigen erhalten, die regiert werden, und es gibt durchaus kein Recht, die Völker von einer Hand in die andere, von einem Machthaber an den andern übergehen zu lassen, als wären sie eine Sache.

„Es wird kein Gefühl der Gleichheit und der Sicherheit unter den Nationen entstehen können, wenn die grossen Rüstungen, die immer auf eine Überlegenheit der einen Nation über die andere abzielen, inskünftig fortdauern. Ich beantrage eine Mässigung in den Rüstungen, die aus den Armeen und Flotten eine Macht nur im Sinne der Ordnung und nicht ein Instrument des Angriffs der egoistischen Gewalt macht.

„Unser Ziel ist die Aufrechthaltung der Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit im menschlichen Verkehr gegenüber selbstsüchtiger autokratischer Macht und die Errichtung einer Gemeinsamkeit der Aufgaben und ihrer Verwirklichung zwischen den sich selbst regierenden Völkern der Erde, welche in der Folge die Beobachtung dieser Grundsätze für alle Zeit sicher stellen wird.

„Wir stehen am Anfang eines Zeitalters, in welchem die Menschheit darauf bestehen wird, dass bezüglich des gegenseitigen Verhaltens und der Verantwortlichkeit für begangenes Unrecht zwischen den Völkern derselbe Massstab sittlicher Bewertung angelegt wird wie zwischen den einzelnen Bürgern zivilisierter Staaten.

„Ein dauernder Verband für die Aufrechterhaltung des Friedens kann nur durch die Errichtung eines Gesellschaftsverhältnisses zwischen demokratisch regierten Völkern verwirklicht werden. Keiner autokratischen Regierung könnte man das Vertrauen schenken, dass sie den Gesellschaftsvertrag innehält und die in ihm übernommenen Verpflichtungen erfüllt

„Es muss ein Band der Ehre und eine Gemeinsamkeit der Anschauungen vorhanden sein. Die Intriguen der Machthaber würden die Lebenskraft eines solchen Verbands zerstören.

„Nur freie Völker können ihre Ziele stetig und ihre Ehre rein erhalten und so dem gemeinsamen Ziel nachstreben, indem sie den Interessen der Menschheit den Vorzug vor ihren eigenen kleinlichen Interessen geben.

„Jetzt, wo wir die Tatsachen befreit von den Hüllen falscher Vorspiegelungen erblicken, gereicht es uns zur Befriedigung, in den

Kampf einzutreten für den endgültigen Weltfrieden, für die Völkerfreiheit — auch für die Freiheit des deutschen Volkes —, für die Rechte aller Länder, ob sie gross oder klein sind, und die Berechtigung aller Menschen, ihr Leben und ihren Pflichtenkreis nach freier Wahl zu gestalten.

„Die demokratische Regierungsweise muss für die Welt sicher gestellt werden.

„Der Weltfriede muss auf der zuverlässigen Grundlage politischer Freiheit aufgebaut werden.

„Wir kämpfen für die demokratische Regierungsweise, für das Recht derer, die unter einer Obrigkeit stehen, über die Art ihrer Beherrschung mitsprechen zu dürfen, für die Rechte und Freiheiten der kleineren Staaten für die allseitige Vorherrschaft des Rechts unter dem Schutz eines Verbandes freier Völker, welcher für alle Völker Frieden und Freiheit herstellen und endlich die Freiheit auf der ganzen Erde verbreiten wird."

Ist es nicht ein unerhört neuer Ton, welcher uns hier entgegenklingt? Zum erstenmal vernehmen wir von einem mächtigen Staatsoberhaupt an Stelle der verschnörkelten Diplomatensprache absolutistischer Thronreden, die nur auf die Täuschung der Völker berechnet sind, diese offene Anerkennung der Gleichberechtigung grosser und kleiner Völker, dieses unumwundene Bekenntnis zur Freiheit und Demokratie. Diese Grundsätze und Ideen Wilsons dürfte die Schweiz ohne weiteres auch zu den ihrigen machen. Was uns für sie sofort gewinnen muss, das ist eben jener übernationale, das allgemein Menschliche und das Ganze der Völkergemeinschaft ins Auge fassende Charakter, der sie für grosse und kleine Staaten gleich wertvoll macht. Es wäre eine wahre Erlösung für das aus tausend Wunden blutende Europa, ganz besonders aber für die von Gefahren umlauerten, von Sorgen für die Zukunft bedrückten Kleinstaaten, wenn diese Grundsätze auf unserem Erdteil zum Durchbruch kämen. Es ist sehr zu bedauern, dass die Bildung eines Verbandes der Neutralen unter der Führung Wilsons nicht zustandekam, solange Amerika noch die Hände frei hatte. Immerhin wäre es für den Zusammenschluss der übrigen Neutalen auch jetzt noch nicht zu spät, und eine gemeinsame Kundgebung derselben auf Grund eines demokratischen Friedensprogramms müsste Eindruck machen und die Stellung jedes einzelnen stärken. Der Umstand, dass die andern neutralen Staaten

Monarchien sind, ist schwerlich ein Hindernis, denn gerade das Beispiel Dänemarks und Norwegens (wie übrigens auch Englands) beweist, dass es auch demokratische Monarchien gibt. Wir würden es von ganzem Herzen begrüssen, wenn die Schweiz den Anstoss geben könnte zur Bildung eines solchen Verbandes der neutralen Kleinstaaten. Aber um den Mut zu einer solchen Aktion zu finden, müsste der Bundesrat zuerst ein einiges Schweizervolk hinter sich wissen.

---

# Unechte Bescheidenheit

Wir müssen uns verständigen.

Zu den schlimmsten Wirkungen des Kriegs gehört die von ihm in unserem Volk erregte Zwietracht. Sie ist ein fressender Schaden unter uns. Sie schwächt und untergräbt in verhängnisvoller Weise die Stellung der Schweiz in den kommenden Auseinandersetzungen mit den fremden Mächten. Irgendwie muss diese Zwietracht aus der Welt geschafft werden. Zu diesem Zweck ist es nötig, ihr auf den Grund zu gehen.

Quelle des Haders ist gar nichts anderes als die verschiedene Beurteilung des Kriegs und seiner Ursachen. Darüber also sollten wir einig werden.

Komme man nicht gleich mit einem „unmöglich!“. Zuerst möchten wir doch gerne erklären, wie diese Einigung zu verstehen ist. Sie ist selbstverständlich nur möglich zwischen Leuten, die eine andere Überzeugung als die ihrige zu ertragen, sie zu respektieren und darüber ruhig zu diskutieren imstande sind, zwischen Leuten, welche wissen, dass es andere Meinungen geben kann, ohne dass man dahinter sogleich minderwertige Motive suchen muss. Nur an solche Leute richtet sich unser Ruf zur Einigung; andere sind damit nicht gemeint.

Erste Voraussetzung einer Verständigung unter Menschen guten Willens ist, dass sie ihre gegenteiligen Meinungen einander überhaupt mitteilen und einander abnehmen, dass sie sich darüber offen und ehrlich gegenseitig aussprechen und sagen, warum und wieso sie zu dieser Ansicht gekommen sind. Man braucht dabei nicht von allem zu reden, sondern kann sich auf die par wenigen Punkte beschränken, die nach allgemeiner Wahrnehmung für die Verschieden-

heit der Auffassung in unserm Land entscheidend in Betracht fallen. Sodann muss von vornherein der Gedanke ausgeschlossen werden, dass die eine Partei die andere zu ihrem Standpunkt bekehren könne und wolle. Eine derartige Zumutung, sich eventuell von uns „bekehren" zu lassen und schliesslich zugeben zu müssen, dass wir „recht" gehabt haben, stellen wenigstens wir an unsre Gegner absolut nicht. Wir lassen ihnen nach wie vor ihre eigene Meinung und Überzeugung vollkommen unangetastet. Es ist ein Zugeständnis ganz anderer und viel leichterer Art, das wir im Interesse einer Einigung — unter Zusicherung des Gegenrechts natürlich — von ihnen erbitten.

Was wir verlangen und erwarten zu dürfen berechtigt sind, das ist einfach die Unterscheidung zwischen Tatsachen und blossen Vermutungen.

Es ist nämlich, genau besehen, keineswegs die Verschiedenheit der Ansichten, die uns trennt, sondern die mehr oder weniger kategorisch erhobene Forderung unsrer Gegner, gewisse Vermutungen, die sie hegen und die für sie die Gewissheit historisch erwiesener Tatsachen haben mögen, auch unsrerseits wie solche Tatsachen anzuerkennen und danach unser Urteil zu bestimmen. Diese Forderung ist das einzige ernsthafte Hindernis einer Verständigung. Sie muss fallen gelassen werden, wenn eine Einigung zwischen den verschiedenen Richtungen in der Schweiz zustandekommen soll. Die Einigung ist nicht so zu verstehen, als sollte eine einheitliche schweizerische Meinung über den Krieg und seine Ursachen künstlich hergestellt werden — das ist ausgeschlossen —, wohl aber darf und muss von den Schweizern aller Richtungen verlangt werden, dass sie in ihren nach aussen hin kundgegebenen Ansichten nur auf erwiesene historische Tatsachen sich stützen und davon abstehen, Anklagen und Beschuldigungen gegen andere Völker zu erheben, denen nur Vermutungen und Annahmen zugrunde liegen. Niemand wird einem Schweizerbürger das Recht verwehren, für sich privatim solche Vermutungen zu hegen. Es kann und soll ihm auch nicht verboten werden, seinem von allen möglichen Faktoren bestimmten subjektiven Gefühl mit aller Lebhaftigkeit in privatem Kreise oder öffentlich Ausdruck zu geben. Dagegen ist solange nichts einzuwenden, als man sich dessen bewusst bleibt, dass es nur Gefühle und Eindrücke sind, die man äussert.

Verletzend und entzweiend wirken sie erst dann, wenn sie mit der Autorität erwiesener historischer Tatsachen auftreten

und deshalb Unterwerfung der entgegenstehenden Meinung verlangen, selbst dann, wenn zur Erbringung eines Tatsachenbeweises nicht der geringste Versuch gemacht wird. Denn das heisst nichts anderes, als vom Gegner das Opfer des Intellekts verlangen. Ein solches Opfer darf niemand fordern, und kein Ehrenmann darf sich dazu bereit erklären, — auch nicht um des sogenannten „lieben Friedens“ willen. Eine Unterwerfung unter anderer Leute Meinung — sogar wider eigenes besseres Wissen —, nur damit sie endlich zufrieden seien, hat keinen Wert.

Die Frage darf also nicht lauten: wer hat recht, ich oder du? Sonst kommen wir nie ans Ziel. Aber darauf sollten sich beide Parteien absolut verpflichten, dass als „Tatsache“ nur zu gelten hat, was wirkliche, historische, erwiesene Tatsache ist, dass aber alles weitere, was nicht bewiesen werden kann, deutlich und klar als reine Vermutung — mag man sie persönlich für noch so begründet halten — zu bezeichnen ist.

Wir besitzen nun allerdings schon eine Reihe von Büchern und Broschüren in verschiedenen Sprachen mit den vielversprechenden Titeln „Tatsachen“, „die Wahrheit über den Krieg“ usw. Obwohl sie alle von den nämlichen historischen Tatsachen reden, sind sie in ihren Schlussfolgerungen von einander verschieden wie Tag und Nacht. Da es aber schliesslich nur eine Wahrheit über den Krieg geben kann und nicht zwei oder drei, liegt der Schluss nahe, dass die einen oder die andern der Herren Verfasser notwendigerweise lügen. Das kommt in der Tat vor, und zwar in krasser Weise. Noch häufiger aber ist der andere Fehler, der in der Wirkung allerdings auf dasselbe hinausläuft wie die Lüge und von den dadurch Geschädigten jedenfalls auch als solche empfunden wird: das ist eben die Verwendung blosser Vermutungen und Voraussetzungen als erwiesener Tatsachen.

Was eine historische Tatsache sei, lässt sich ja verhältnismässig leicht feststellen, aber selbst da hat man oft seine liebe Not und Mühe, um zu verhüten, dass die solidesten historischen Tatsachen von ihrer Stelle verrückt werden oder gar spurlos verschwinden. Sogar mancher akademisch gebildete Wahrheitsverkündiger fährt in den Tatsachen herum wie der Hund im Kegelries, so dass man einen grossen Teil der Zeit damit verlieren muss, um nur die liederlich umhergeworfenen Tatsachen wieder zusammenzulesen und an ihren gehörigen Platz zu stellen. Nehmen wir ein Beispiel. Man sollte

glauben, es bedürfe keiner weitern Diskussion über folgende historische Wahrheit:

Deutschland hat am 1. August an Russland, am 3. August an Frankreich, am 4. August 1914 an Belgien den Krieg erklärt.

Gerade dieser letztere Punkt aber wird in Frage gestellt durch das Buch „Die Wahrheit über den Krieg“, herausgegeben von Mathias Erzberger, Mitglied des Reichstags, Professor Dr. Francke, Berlin, Dr. Ernst Jaeckh, Berlin, D. Friedrich Naumann, Mitglied des Reichstags, Berlin, Graf von Oppersdorf, Mitglied des Reichstags und des preussischen Herrenhauses, Graf zu Reventlow, Schriftsteller, Charlottenburg, Dr. Paul Rohrbach, Dozent an der Handelshochschule in Berlin, Dr. Schacht, Direktor der Dresdener Bank, Berlin. Diese Herren teilen ihren Lesern mit: „Belgien antwortete (auf das Ersuchen um Durchmarsch) mit der Kriegserklärung.“ Dieselbe Konstatierung, dass Belgien an Deutschland und nicht Deutschland an Belgien den Krieg erklärt habe, findet sich noch in einer Reihe anderer deutscher Darstellungen. Sie ist nichtsdestoweniger falsch, was sich mit für jedermann zwingenden aktenmässigen Beweisen belegen lässt.

Dasselbe ist zu sagen gegenüber der Rede des Königs Ludwig von Bayern in Fürth, wo er im Schosse des Bayrischen Kanalvereins am 7. Juni 1915 die Wendung gebrauchte:

„Auf die Kriegserklärung Russlands folgte diejenige Frankreichs, und als dann auch noch die Engländer über uns herfielen, da habe ich gesagt: Ich freue mich darüber, und ich freue mich deswegen, weil wir jetzt mit unseren Feinden Abrechnung halten können, und weil wir jetzt endlich — und das geht den Kanalverein besonders an — einen direkten Ausgang vom Rhein zum Meere bekommen.“

Die Zuhörer des Königs, die es nicht besser wussten, mussten nach dieser Rede glauben, dass sowohl Russland als Frankreich an Deutschland den Krieg erklärt hätten, während erwiesenermassen das Umgekehrte der Fall war. Auch diese Tatsache lässt sich binnen kurzer Frist vollständig einwandfrei feststellen. Immerhin braucht man für diese Kleinigkeit, selbst wenn alles Material in erreichbarer Nähe liegt, etwa zwei bis drei Stunden, um sich nach allen Richtungen zu versichern, dass es stimmt.

Viel schlimmer wird die Sache, wenn man sich auf das Gebiet der Vermutungen und Voraussetzungen begibt. Da sieht es grauenhaft aus. Man geht fast zugrunde, wenn man sich durch diese

Wildnis hindurchzuarbeiten versucht. Jede Möglichkeit, diese Hypothesen, Verdächtigungen, halben und Dreiviertels-Wahrheiten aufzuspüren und durchzusprechen, ist ausgeschlossen, und doch wäre gerade das am allernötigsten, denn nicht die einfachen Tatsachen, sondern die Verdächtigungen und Vermutungen ohne zureichenden Beweis sind es, die den grössten gegenseitigen Hass und unaustilgbares Misstrauen erregen. Die gefährlichsten Unwahrheiten sind Wahrheiten, mässig entstellt, sagt Lichtenberg, und an anderer Stelle: Die allgemeinste Meinung und was jedermann für ausgemacht hält, verdient oft am meisten, untersucht zu werden. Ich will hier aber nur an einigen der am meisten und leidenschaftlichsten eröterten Streitfragen zeigen, was nach meiner Meinung historische Tatsachen und was blosse Vermutungen sind.

Als historische Tatsachen gelten für mich:

1. die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Serajewo am 28. Juni 1914,
2. der Einbruch Deutschlands in Belgien am 4. August 1914,
3. die Kriegserklärung Englands an Deutschland, nachdem vier Kriegserklärungen der Zentralmächte und der Einbruch in Belgien vorausgegangen waren.

Das sind wirkliche historische Tatsachen, die kein ernster Mann innerhalb oder ausserhalb der Schweiz in Frage stellen wird.

Daran knüpfen sich nun aber eine Reihe von Vermutungen, die von der deutschen Propaganda unserer öffentlichen Meinung ebenfalls als erwiesene historische Tatsachen — ebenso unzweifelhaft feststehend wie die unter 1—3 genannten — übermittelt, von vielen Schweizern kritiklos geglaubt und zum Anlass von Beschuldigungen gegen einzelne Mächte der Entente genommen wurden. Ich formuliere diese Vermutungen wie folgt:

a) der Mord von Serajewo ist mit Wissen und Zustimmung der serbischen Regierung geplant und ausgeführt worden;
b) Belgien stand mit England im geheimen Bündnis und wurde von ihm auf Deutschland gehetzt;
c) England hat diesen Krieg gewollt und angezettelt.
d) Die Entente hatte die Absicht, Deutschland zu überfallen,
   nach Variante I im Sommer 1914,
   nach Variante II im Jahr 1916 oder 1917.

Das alles sind für mich reine Vermutungen der Parteigänger Deutschlands ohne jede beweiskräftige Unterlage. Ich selber

habe nie daran geglaubt. Und ich kann keinem Menschen zuliebe sagen, dass ich etwas glauben wolle, wenn ich es doch innerlich nicht für wahr halte. Ich beanspruche aber für mich und Andere, die ebenfalls meiner Meinung sind, das Recht, auf meiner Überzeugung zu beharren, bis meine eigene Voraussetzungen mit sachlichen Gründen widerlegt sind. Meine Stellung zur Frage der Verantwortlichkeit war bereits gegeben mit dem Ultimatum Österreichs an Serbien. Es war in meinen Augen ein Verbrechen. Der 4. August mit dem „Not kennt kein Gebot" belehrte mich alsdann, dass meine Annahme, Deutschland sei nur als Bundesgenosse Österreichs in einen von ihm nicht gewollten Krieg hineingezogen worden, irrig war und der Schwerpunkt der Aktion in Berlin lag, nicht in Wien. Im übrigen aber hatte ich keine Veranlassung, in meinen prinzipiellen Ansichten über den Krieg seit seinem Beginn auch nur das Geringste zu ändern. Namentlich fehlt mir bis zur Stunde trotz ungeheurer Literatur aller und jeder triftige Beweis für die Richtigkeit der obigen Vermutungen.

Man wird mir entgegnen, ich lasse eben auch die sonnenklarsten Beweise nicht als solche gelten, um nur von meiner eigensinnig festgehaltenen Meinung nicht abgehen zu müssen. Gerade das ist der Punkt, auf den ich lossteuern möchte. Diese „sonnenklarsten Beweise" möchte ich einmal nicht von deutscher, sondern von deutschschweizerischer Seite namhaft gemacht und ordentlich begründet sehen, und dann soll nicht ich, sondern die gesamte Öffentlichkeit darüber urteilen, ob sie als Beweise zu gelten haben oder nicht. Ein schweizerisches Buch, „Die Wahrheit über den Krieg", herausgegeben von den gewandtesten, gebildetsten, angesehensten Wortführern der deutschen Sache in der Schweiz, Professoren, Juristen, Pfarrern, das unter Beiseitelassung alles Nebensächlichen und bloss auf die captatio benevolentiae zugunsten Deutschlands Berechneten der Untersuchung und Prüfung der Kriegsursache gewidmet wäre, müsste aufs lebhafteste Freunde und Gegner der deutschen Sache interessieren, — vorausgesetzt, dass darin folgendes nicht fehlt:

Beweis, dass die serbische Regierung um den Mord von Serajewo wusste;

Beweis, dass Belgien sich von England brauchen liess;

Beweis, dass England den Krieg anzettelte;
Beweis, dass Deutschland überfallen wurde oder werden sollte.

Nun aber, sobald von „Untersuchung", Feststellung von Tatsachen usw. die Rede ist, meldet sich sofort die schweizerische Bescheidenheit zum Wort: „ja, wir sollen überhaupt nicht untersuchen und „feststellen" wollen. Es wäre eine Anmassung sondergleichen, wenn wir hier in der kleinen Schweiz uns ein Urteil über die Kriegführenden erlauben, uns zu „Richtern" der im Streit liegenden Mächte aufwerfen wollten, und es ist unverantwortlich, wenn wir, statt zum Frieden zu reden, auch noch den Hass schüren und Beschuldigungen gegen die eine oder andere Macht (hauptsächlich aber gegen die eine) erheben. Bevor wir darüber reden und urteilen können, müssen wir die nötige Distanz zu den Ereignissen gewinnen und dürfen nicht vorschnell, ohne auch nur die Verhältnisse näher zu kennen, unsere Meinung abgeben."

Ich war ob solcher Mahnung zur Bescheidenheit stets sehr erstaunt, weil sie mir ausnahmslos von seiten solcher entgegentrat, die nicht das mindeste Bedenken trugen, über eine ganze Reihe der kriegführenden Staaten die schärfsten und bündigsten Urteile abzugeben. Diese Staaten werden verurteilt, weil man sie nicht liebt, und man liebt sie nicht, weil man sie nicht kennt. Oder wer von uns wusste bis zum Krieg etwas Näheres von Belgien? von Serbien? Wer ist beschlagen in Englands Geschichte und Politik? Hier wartet man die „Distanz" nicht ab, sondern ist längst fertig mit dem Wort, dass England an dem grossen Krieg schuld sei. Die Warnung vor dem „Richten" stellt aber prompt sich ein, sobald die Diskussion über den Krieg sich der Rheingrenze nähert. Ich möchte doch hier ein- für allemal feststellen, dass dieses sogenannte „Richten" und „Verurteilen" Deutschlands nichts als eine gedankenlose Unterschiebung ist. Sie ist üblich insbesondere gegenüber Journalisten und Schriftstellern, welche die nicht eben dankbare und angenehme Aufgabe haben, über den Weltkrieg zu schreiben. Das können sie nur tun, wenn sie frei von Rücksichten persönlicher oder anderer Art die Tatsachen festzustellen und die Geistesverfassung zu ergründen versuchen, aus welcher jene Tatsachen erklärt werden müssen. Wie sie ihre Aufgabe lösen, darüber mag die Kritik urteilen, aber man rede nicht von „angemasstem Richteramt" bei Zeitungsschreibern oder Schriftstellern, die beim Schreiben über den Krieg — gut oder schlecht — eine legitime Berufspflicht erfüllen.

Im übrigen ist dieses einem auf Schritt und Tritt vorgehaltene Wort vom unzulässigen „Richten“ ein ganz ungehöriger Einschüchterungsversuch, gegen den es nachdrücklich zu protestieren gilt. Es gehört zu jenem Terrorisierungssystem, durch welches man diejenigen, die anderer Meinung sind, als eingebildete, anmassende Tröpfe, die sich trotz der Nichtigkeit ihrer Person ein Urteil über alles und jedes erlauben und die grössten Männer der Gegenwart zu kritisieren sich erdreisten, der Lächerlichkeit preiszugeben versucht. Dieses System ist nicht neu. Es ist von den Machthabern und ihren Trabanten immer wieder mit Erfolg zur Anwendung gebracht worden. Erinnern wir uns, wie in unsrer demokratischen Bewegung die Herren und Obern jene Volksmänner behandelten, die dem überlebten autokratischen Regime entgegentraten und den Anspruch auf Mitregierung des Volks erhoben. Es gab nicht Hohn und Spott genug über „Hinz und Kunz“, die lächerlicherweise das Regieren so gut oder noch besser verstehen wollten als die dazu Berufenen, und dem Volk zutrauten, selber über Gesetze und Verfassungen abstimmen zu können. Trotz allem, — das Volk ist aufgestanden und hat erklärt: so wird nicht mehr regiert, Ihr Herren; wir haben genug von Euch und besorgen das Regieren künftig selber.

Genau dasselbe erleben wir heute. Aus dem Kriege ist schliesslich eine ungeheure Revolution — wenn auch nur erst eine Revolution der Geister — geworden. Die Herren, die in frevlem Übermut den Krieg entfesselten, hatten natürlich etwas ganz anderes damit bezweckt. Nun sehen sie ihre Macht und Autorität gefährdet und greifen zu dem bewährten Mittel, dem leidenden Volke klar zu machen, dass es mit Unrecht die Regierungen anklage, dass es von Diplomatie nichts verstehen könne, in die Geheimnisse der Regierungsweisheit nicht eingeweiht sei und deshalb den Wühlern und Hetzern, die nur die Unzufriedenheit des Volks erregen wollen, kein Gehör schenken möge. Wir hoffen aber, dass der Appell an die Bescheidenheit des Volkes diesmal versage. In dieser Frage tritt bei uns das „Schweizerische“ total zurück, und wir fühlen uns vollkommen solidarisch mit den gleichgesinnten Angehörigen aller Völker, die nun endlich von einem Regierungssystem, dem wir diesen wahnsinnigen Weltkrieg verdanken, genug und übergenug haben. Was fragen wir danach, ob man uns darob schief ansehe und ob unsrer „Unbescheidenheit“ sich entsetze? Glauben denn die Herren und ihr Anhang, die an diesem Massenelend mitschuldig sind, dass ihre

gönnerhafte Zustimmung oder ihr missbilligendes Kopfschütteln noch irgendeine Rolle spiele neben dem Massenmord von Millionen Unschuldiger und dem Ruin Europas? Nein, damit ist es hoffentlich für immer vorbei, sowohl bei uns wie bei den andern unter dem Krieg leidenden Völkern. Wir wollen jetzt einmal wissen, wie dieser Krieg entstanden ist, was für Ideen und Prinzipien ihn herbeigeführt und gegen das Interesse aller Völker durchgesetzt haben.

Ich glaube, man ist in dieser Beziehung in andern Ländern schon viel weiter als bei uns in der „demokratischen" Schweiz. Hier lautet die Frage aller Fragen immer noch: „deutschfreundlich oder deutschfeindlich?" Je nachdem wird alles, was über den Krieg gesagt oder geschrieben wird, goutiert oder verworfen, resp. „prinzipiell" nicht gelesen. Dies konstatieren zu müssen, ist ein trauriges Armutszeugnis für unsere Mentalität. Man möchte oft fragen: merken denn eigentlich die Schweizer immer noch nicht, was um sie her vorgeht und was für sie selber auf dem Spiele steht, dass sie nie über das klägliche Dilemma „deutschfreundlich oder deutschfeindlich" hinauskommen? Die leider nicht nur von Reichsdeutschen, sondern auch von Schweizern an uns gerichtete Zumutung, dass man hier in der deutschen Schweiz „deutsch" zu denken und zu fühlen und folglich für die Deutschen wenigstens moralisch Partei zu nehmen habe, ist doch schrecklich naiv. Kein Volk, kein Mensch, kein Freund und Bruder kann verlangen, dass man unter allen Umständen für ihn Partei ergreife, auch wenn er irrt und fehlt, auch wenn er rücksichtslos nur seinen Willen durchsetzt und Andern damit das schwerste Unrecht zufügt. Die Sache der Deutschen kann unsere Sache nur dann sein, wenn sie eine gerechte Sache ist und unsern politischen und rechtlichen Grundsätzen entspricht, nicht aber deshalb, weil sie die „deutsche" Sache ist. Hören wir also einmal auf mit diesem Gequassel von „deutschfreundlich und deutschfeindlich", und machen wir uns an die Prüfung der Sache.

Dieser Prüfung ausweichen zu wollen, indem wir uns hinter unsere Neutralität verschanzen, wäre feige und würde uns auch gar nichts helfen. Denn indem wir vermeiden wollten, Stellung zu nehmen, hätten wir doch schon Stellung genommen in den Augen derjenigen, denen Unrecht geschieht, der Belgier z. B., denen nach des Reichskanzlers eigenem Wort Unrecht geschehen ist. Wer Unrecht leidet, der wird denjenigen, der kein Wort des Bedauerns oder Unwillens darüber hat, oder gar das Unrecht noch billigt, dem Beleidiger

und Angreifer gleich achten. Ein schwacher Trost mag es für uns sein, dass es in den andern neutralen Staaten nicht besser steht. Es ist überall der gleiche Gegensatz: in Spanien sind die Klerikalen fanatisch deutsch, die Liberalen mehr ententefreundlich. In Holland gibt es eine starke deutschgesinnte Partei, deren Wortführer der Arzt van Dieren ist; sogar in Dänemark hat Deutschland trotz 1864 warme Fürsprecher wie Georg Brandes, und ein dänischer Arzt schenkte eine Million Mark für deutsche Kinder. In Norwegen steht Björnson junior an der Spitze der Deutschgesinnten und in Schweden denken die Koryphäen der Intellektuellen, wie Sven Hedin, Kjellen, Steffen rein deutsch, während so ziemlich überall die Freisinnigen, die Radikalen und Sozialisten auf der anderen Seite stehen. Das beweist uns auch, dass der bei uns zutage tretende Zwiespalt nicht etwa mit der Formel „welsch“ und „deutsch“ zu bezeichnen ist. Ich möchte eher von der Antithese „Autorität und Freiheit“ reden und glauben, dass unsere Welschen deshalb andere Ansichten hegen als ein grosser Teil der deutschen Schweiz, weil sie demokratischer, freiheitsliebender, überhaupt geistig regsamer und beweglicher sind als wir Deutschschweizer, die von Jugend auf mit „deutscher Kultur“ genährt wurden, deren Geschichtsunterricht in der Verehrung der deutschen Heroen Wilhelm I., Bismarck, Moltke gipfelte (fast als wären es unsere eigenen) und denen durch die ununterbrochene Zufuhr deutscher Zeitungsliteratur das deutsche Denken und Urteilen in Fleisch und Blut übergegangen war.

Von diesen mächtigen Einflüssen unserer Jugend, unserer Erziehung und Schulbildung uns zu lösen, ist gewiss nicht leicht, und doch bleibt uns jetzt keine andere Wahl als deutlich und klar die Grenze zu bestimmen, bis zu welcher Deutsche und Schweizer zusammengehen können, und wo ihre Wege sich trennen müssen. Wir sind das uns selber schuldig. Die Grenze ist leicht zu bestimmen: wir wollen unter keinen Umständen uns mitschuldig und mitverantwortlich machen für fremdes Unrecht. Bei aller Verwandtschaft, Freundschaft und Kulturgemeinschaft können wir nicht die Last eines Unrechts, das wir nicht verschuldet haben, mittragen oder gar noch selber dafür büssen. Und das dürfen wir nicht nur als stillen Vorbehalt im innersten Busen verschliessen, sondern müssen es laut und öffentlich erklären. Wir sagen uns los, nicht von der Freundschaft und Verwandtschaft, wohl aber vom Unrecht, wo solches geschehen, wer auch dafür verant-

wortlich sein mag. Und wenn wir uns durch ernstliche Prüfung einmal davon unterrichtet haben, wo das Unrecht liegt, werden wir uns endlich dessen erinnern dürfen, dass es neben der „deutschen Sache“ auch noch ein Schweizerland gibt, das ebenfalls einige Aufmerksamkeit verdient!

---

# Geschichtschreibung

Von einer abgeschlossenen Periode sagt man, sie gehöre der „Geschichte“ an; die „Geschichte“ habe darüber ihr Urteil gesprochen. In Wirklichkeit gibt es aber kein allgemein verbindliches und anerkanntes Urteil der Geschichte, sondern nur die sehr verschiedenen Urteile der verschiedenen Geschichtschreiber. Es berührt darum allemal wehmütig, wenn ein misshandeltes und vergewaltigtes Volk in ohnmächtiger Klage an den Richterstuhl der Geschichte appelliert, auf dem Clio mit dem ehernen Griffel und der Schriftrolle sitzt, um ihr unparteiisches und gerechtes Urteil niederzuschreiben. Diese holde Göttin existiert nicht; sie ist ein reines Phantasiegebilde. Ob man vom „Urteil der Geschichte“ Gerechtigkeit oder aber zum Schaden gar noch Spott und Hohn zu erwarten hat, kommt ganz darauf an, in wessen Hände die Geschichtschreibung gerade fällt. Es gibt Geschichtschreiber und Geschichtschreiber, und je nach ihrem Charakter, ihrer Geistes- und Herzensbildung, ihrem Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit, ihrem politischen Gefühl wird auch das von ihnen abzugebende „Urteil der Geschichte“ ausfallen. Man kann auch die Geschichtschreibung nicht etwa einer Fakultät, einem Kollegium fachwissenschaftlicher Autoritäten zur Sicherung eines einheitlichen und unwiderruflichen Urteils übertragen, denn diese Autoritäten selber werden schon nach ihrer individuellen politischen Auffassung der geschichtlichen Ereignisse in der Beurteilung derselben auseinandergehen. Das scheint Herr Prof. Dr. Hermann Bächtold in Basel zu übersehen, wenn er in seiner Broschüre „Zum Urteil über den preussisch-deutschen Staat“ schreibt: „Wir (Historiker) glaubten vielleicht, unsere Feststellungen würden auch in Zeiten kritischer Erhitzung der Gemüter das Urteil der Massen beherrschen. Und nun stehen wir ohnmächtig. Auf dem Feld, wo wir mit peinlicher Vorsicht unter ständiger, wechselseitiger Kontrolle uns betätigten,

tauchen Tausende von Zufalls- und Gelegenheits-Historikern auf, und das Publikum entwindet sich uns und tanzt nach ihrer Pfeife. Hierzulande wenigstens verhält es sich so: in einer Zeit gärender und entscheidender geschichtlicher Urteilsbildung steht die Geschichtswissenschaft in akademischer Absonderung zur Seite, und der Beruf, bei jenem Prozess der Urteilsbildung bestimmend einzuwirken, scheint jedem denkbaren Federfertigen zuzustehen, nur denjenigen nicht, die ihn von Amtes wegen auszuüben haben.“

Eine Instanz, welche die Leitung des öffentlichen politischen Urteils „von Amtes wegen“ auszuüben hätte, kennt die demokratische Republik nicht. Der Laie wird sich mit den Fachgelehrten nicht streiten über eine von den letztern auf wissenschaftlich einwandfreie Weise festgestellte Tatsache, allein sein Urteil über diese selbst wird er sich auf alle Fälle vorbehalten, weil das politische Urteil nicht mehr Sache des Gelehrten, sondern des Staatsbürgers ist. Auch der Gelehrte spricht, wenn er sein Urteil abgibt, nicht mehr als Gelehrter, sondern als Staatsbürger. Bei diesem aber gibt das politische Gefühl, die politische Überzeugung den Ausschlag. Keine noch so gelehrte Autorität wird deshalb imstande sein, den demokratischen Staatsbürger davon zu überzeugen, dass eine Grossmacht aus irgendwelchen historisch-geographischen oder mathematisch-physikalischen Gründen berechtigt sei, ein anderes, kulturell gleich hochstehendes Land zu erobern und ihrer Herrschaft zu unterwerfen.

Wie steht es aber mit der „peinlichen Vorsicht“ und „ständigen wechselseitigen Kontrolle“ der Herren Historiker? Wir vermissen sie bei einem grossen Teil derselben schmerzlich. Herrn Prof. Bächtold meinen wir damit nicht, aber nicht wenige seiner deutschen Kollegen, deren Schriften wir kennen. Es sind vielfach reine Parteischriften im Dienst einer bestimmten Idee. Sie wollen beweisen, dass Deutschland im Rechte sei, dass es von den Ententemächten überfallen wurde und dass diese den Krieg verschuldet haben. Das mag patriotisch sein, aber wissenschaftlich? Es war verdienstlich von unserem Landsmann, Prof. Dr. Heinrich Morf an der Universität in Berlin, dass er in einer Ansprache an die Studenten an Gaston Paris erinnerte, welcher im Jahre 1870, im belagerten Paris, seine Vorlesungen wieder aufnahm mit den Worten: „Im allgemeinen glaube ich nicht, dass der Patriotismus irgend etwas mit der Wissenschaft zu tun hat. Die Lehrstühle sind keine Tribüne. Wer sie benützt, um etwas, was ausser ihrem rein geistigen Zwecke liegt, zu vertei-

digen oder zu bekämpfen, der entfremdet die Lehrstühle ihrer wahren Bestimmung. Ich vertrete uneingeschränkt und ohne Vorbehalt die Lehre, dass die Wissenschaft als einziges Ziel die Wahrheit, die Wahrheit um ihrer selbst willen anerkennen soll, ohne irgend darum besorgt zu sein, dass diese Wahrheit in der Praxis gute oder schlimme, bedauerliche oder erfreuliche Folgen haben kann. Wer aus patriotischer, religiöser oder auch moralischer Rücksicht in den Tatsachen, die Objekte seiner Forschung sind, oder in den Folgerungen, die er zieht, sich die kleinste Verheimlichung, die leichteste Veränderung gestattet, der ist nicht würdig, seinen Platz zu haben in dem grossen Laboratorium, in welchem Ehrlichkeit ein viel unerlässlicherer Rechtstitel ist als alle Geschicklichkeiten. Wenn man die gemeinsamen Studien so auffasst und in diesem Geiste betreibt, so werden wir über den Schranken der feindlichen Nationalitäten ein grosses Vaterland bilden, das kein Krieg befleckt, kein Eroberer bedroht, und wo die Geister jene Zuflucht und Einigung finden, welche zu anderen Zeiten die civitas dei ihnen geboten hat.“

Nun ist es freilich schwer, ja ganz unmöglich, ein auf ernsthafter wissenschaftlicher Forschung beruhendes Buch über den Krieg zu schreiben in einem Lande, wo die Militär-Diktatur alle geistige Produktion zensuriert und nichts duldet, was nicht der behördlich vorgeschriebenen Auffassung entspricht. Ich wundere mich deshalb sehr, dass Männer der deutschen Geschichtswissenschaft gegenwärtig, unter der Herrschaft der Zensur, sich an diesem geistigen Kriege beteiligen mögen und nicht vorziehen, lieber zu schweigen, bis der Wissenschaft keine Fesseln mehr angelegt sind. Sie schweigen aber nicht, sondern steigen herab in die Arena und kämpfen mit in dem Federkrieg, indem sie, Wahres und Falsches durcheinander mischend und ganze Gebäude von Hypothesen und Vermutungen aufrichtend, ihre Deduktionen der behördlich approbierten These gemäss einrichten. Und sie tun dies, gedeckt und empfohlen durch das Ansehen und die Autorität ihrer akademischen Titel und Würden. In den Augen des Publikums erscheinen ihre Arbeiten als „Geschichte“, verfasst von den hiezu berufenen „Fachleuten“, und doch verdienen sie oft nicht mehr Glauben und Vertrauen als irgendein gehässiger und parteiischer Zeitungsartikel. Ich könnte das mit Dutzenden von Beispielen belegen, und es wird nach dem Krieg einer jahrzehntelangen Geduldsarbeit ernster und pflichtbewusster Männer bedürfen,

um den Garten der Geschichtswissenschaft nur einmal von dem Gestrüpp der irreführenden Vermutungen, Verdächtigungen und tendenziösen Hypothesen zu säubern, die ihn in dieser Kriegszeit zu einer wahren Wüstenei gemacht haben.

Nur zur Illustration, wie gegenwärtig „Geschichte“ geschrieben wird, will ich zwei Fälle herausgreifen. Ein Lieblingsthema der deutschen und österreichischen Geschichtschreiber ist die „Einkreisung“ Deutschlands durch Eduard VII. Im Jahre 1908 machte dieser dem Kaiser Franz Joseph zu seinem 60jährigen Regierungsjubiläum einen Gratulationsbesuch in Ischl. Eine ganze Reihe von deutschen Schriftstellern behauptet nun mit der grössten Bestimmtheit, dass dieser Besuch keinen andern Zweck gehabt habe, als den Kaiser Franz Joseph vom Dreibund abzubringen. Es wird dem Leser zugemutet, zu glauben, dass ein so feiner und kluger Kopf, als welchen Freund und Feind Eduard VII. anerkennen, sich eingebildet haben sollte, er würde durch einen Besuch in Ischl den 30jährigen Dreibund sprengen können. Theodor von Sosnosky („Der Traum vom Dreibund“) gibt hiefür folgende Version:

„Auch König Eduard zeigte sich sehr besuchslustig. Nachdem er im Juni den Zaren in Reval aufgesucht hatte, begab er sich am 12. August zu Kaiser Franz Joseph nach Ischl. Den scheinbaren Anlass hiezu bot dessen 60jähriges Regierungsjubiläum, den wirklichen dagegen der Wunsch, den greisen Monarchen dem deutschen Bundesgenossen abwendig zu machen und den feindlichen Kreis um Deutschland dadurch zu schliessen. Allein Franz Joseph war nicht Viktor Emanuel; er liess sich vom Versucher in seiner Bundestreue nicht irre machen, wiewohl es zweifellos ein glänzendes Angebot war, das ihm für den Treubruch in Aussicht gestellt wurde. Es war jedenfalls die härteste Probe, die dem Dreibund bisher zugemutet wurde.“

Eine Fussnote zu dem „Angebot“ bemerkt dann noch: „Welcher Art dieses Angebot gewesen ist, wird erst die Zukunft lehren. Bisher ist hierüber nicht das Geringste bekannt geworden.“ Obwohl aber kein einziges Wort von der Unterredung der beiden Monarchen in die Öffentlichkeit gedrungen ist, gibt man es ungescheut als eine feststehende historische Tatsache aus, dass Eduard VII. in Ischl den Kaiser Franz Joseph durch ein hohes Angebot zum Judas am Dreibund habe machen wollen.

Eine fernere These der deutschen Gewährsmänner für die „Wahrheit über den Krieg“ lautet, dass England den Weltkrieg angezettelt

habe, dass es ihn eigentlich schon lange gerne entfesselt hätte, so namentlich im Jahre 1909. Theodor Bitterauf („Die deutsche Politik und die Entstehung des Krieges“, S. 96) ist sogar in der glücklichen Lage, hiefür ein förmliches Geständnis von englischer Seite anzuführen. Er schreibt:

„Churchill legte in einer Rede vom 11. September 1914 das unumwundene Geständnis ab, der grosse Krieg hätte schon im Jahre 1909 durchgeführt werden sollen, wenn sich Russland damals nicht so weit erniedrigt hätte, den deutschen ‚Drohungen‘ nachzugeben.“

Ich habe das Bedürfnis empfunden, mir dieses „unumwundene Geständnis“, dessen ich mich nicht entsinnen konnte, obwohl ich die Rede Churchills auch gelesen hatte, noch einmal selber anzusehen. Die „Times“ vom 12. September 1914 enthält den Wortlaut der Rede Churchills. Die betreffende Stelle lautet im Original:

„This is the same great European war that would have been fought in the year 1909 if Russia had not humbled herself and given way to German threats. It is the same war that Sir Edward Grey stopped last year (loud cheers). Now it has come upon us. If you look back across the long periods of European history to the original cause, you will, I am sure, find it in the cruel terms enforced upon France in the year 1870 (hear, hear), and in the repeated bullyings and attempts to terrorise France which have been the characteristic of German policy ever since (cheers). The more you study this question, the more you will see that the use the Germans made of their three aggressive and victorious wars against Denmark, against Austria, and against France has been such as to make them the terror and the bully of Europe, the enemy and the menace of every small State upon their borders, and a perpetual source of unrest and disquietude to their powerful neighbours.“

Zu deutsch: „Dies ist der nämliche grosse europäische Krieg, welcher schon im Jahr 1909 hätte ausgefochten werden müssen, wenn Russland sich nicht selbst gedemütigt und den deutschen Drohungen nachgegeben hätte. Es ist derselbe Krieg, den Sir Eduard Grey letztes Jahr verhinderte (lauter Beifall). Und nun ist er über uns gekommen. Wenn Sie, durch die lange Periode der europäischen Geschichte zurückblickend, nach der ersten Ursache forschen, werden Sie dieselbe, dessen bin ich sicher, finden in den harten Bedingungen, welche Frankreich im Jahre 1870 auferlegt worden sind (hört, hört) und in den wiederholten Versuchen zur Einschüchterung und Terro-

risierung Frankreichs, welche die deutsche Politik seither charakterisiert haben (Beifall). Je mehr Sie diese Frage studieren, um so mehr werden Sie erkennen, dass der Gebrauch, den Deutschland von seinen drei siegreichen Angriffskriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich machte, ein solcher war, der Deutschland zum Schrecken und Eisenfresser Europas, zum Feind und zur Bedrohung jedes kleinen Staates an seinen Grenzen und zur ständigen Quelle des Unbehagens und der Unruhe seiner mächtigen Nachbarn werden liess."

Ich vermag in diesen Worten Churchills kein „Geständnis" zu erblicken, dass England 1909 oder sonst einmal den Krieg gewollt habe. Im Gegenteil, er scheint mir vom Krieg im Ton des Bedauerns zu sprechen („und nun ist er über uns gekommen"). Seine Zuhörerschaft spendet ihm lauten Beifall zu der Konstatierung, dass Grey letztes Jahr den Krieg verhindert habe. Wenn Churchill ausführt, dass im Jahre 1909 der Krieg nur durch das Nachgeben Russlands auf die deutschen Drohungen hin verhindert werden konnte, so spricht er damit nichts als eine historische Tatsache aus, deren sich die Deutschen selbst in allen Tonarten rühmen. Er spricht nicht von einer „Erniedrigung" Russlands, sondern von einer Selbstdemütigung, was für Russland ebenso gut ein Lob (dass es um des Friedens willen dieses Opfer der Eigenliebe auf sich nahm) sein kann. Die einfache Wahrheit, dass der Weltkrieg gerade so gut auch schon im Jahre 1909 hätte ausbrechen können, wandelt der deutsche Geschichtschreiber in ein „unumwundenes Geständnis" um, dass England den Krieg schon im Jahre 1909 habe zum Ausbruch bringen wollen und nur durch die Feigheit der Russen daran verhindert wurde.

Aber nicht einmal bei den amtlichen, von einer Regierung mit ihrem Namen unterfertigten Dokumenten ist man vor Entstellungen und Irreführungen sicher. Ich nenne nur folgende Beispiele:

I. Aufzeichnung über ein Gespräch des belgischen Generalstabschefs General Ducarne mit dem englischen Militär-Attaché in Brüssel, Oberstl. Barnardiston, Ende Juli 1906, veröffentlicht von der offiziösen „Nordd. Allg. Zeitung" in Berlin mit drei wichtigen textlichen Änderungen am Original:

a) Der bedeutsamste Satz des Dokumentes, dass der Einmarsch der Engländer nur stattfinden soll, nachdem die Neutralität Belgiens von Deutschland verletzt wurde, wird von der „Nordd.

Allg. Zeitung“ nicht an seiner gehörigen Stelle wiedergegeben und nicht übersetzt, sondern nur in einem Postskriptum französisch als angebliche „Randbemerkung“ angefügt.

b) Das Wort „conversation“ (Gespräch) des Originals wird von der „Nordd. Allg. Zeitung“ übersetzt mit Abkommen (convention).

c) Dem Datum am Schluss des Dokuments „Ende Juli 1906“ wird von der „Nordd. Allg. Zeitung“ das im Original nicht vorhandene Wort „Abgeschlossen“ vorgesetzt, um den Eindruck eines wirklich Ende Juli 1906 „abgeschlossenen Abkommens“ zu erwecken.

II. Telegrammwechsel des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren Nicolaus, Ende Juli 1914, veröffentlicht im deutschen Weissbuch vom 3. August 1914. In diesem offiziellen Abdruck fehlt folgendes Telegramm des Zaren vom 29. Juli 1914:

„Danke für Dein versöhnliches und freundliches Telegramm, während die offizielle Mitteilung, die heute Dein Botschafter meinem Minister gemacht kat, in einem sehr verschiedenen Ton gehalten war. Ich bitte Dich, diesen Unterschied zu erklären. Es würde richtiger sein, das Österreichisch-Serbische Problem der Haager Konferenz zu übergeben. Ich vertraue auf Deine Weisheit und Freundschaft.“

Das ins deutsche Weissbuch nicht aufgenommene Zarentelegramm wurde nachträglich von der russischen Regierung veröffentlicht. Der Vorschlag des Zaren, den Streit dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, hätte den Weltkrieg verhindern können und wäre deshalb für alle, die vom Krieg nur zu leiden und nichts zu hoffen haben — und dazu gehören auch wir Schweizer — von der allergrössten Bedeutung gewesen. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ aber erklärt am 5. Februar 1915, „dass in das deutsche Weissbuch nur die für den Gang der Verhandlungen ausschlaggebenden Telegramme der beiden Herrscher aufgenommen worden sind.“ Zu diesen ist das vorliegende Telegramm somit nicht gerechnet worden.

III. Deutsche Kriegserklärung an Frankreich, überreicht am 3. August 1914. Sie beruft sich u. a. darauf, dass ein französischer Flieger Bomben bei Nürnberg abgeworfen habe. „Ich bin beauftragt und habe die Ehre,“ sagt der deutsche Botschafter in der Kriegserklärung, „Ew. Exzellenz wissen zu lassen, dass angesichts dieser Angriffe das Deutsche Reich sich im Kriegszustand mit Frankreich betrachtet, veranlasst durch die Handlungsweise dieser Macht.“ In seiner Reichstagsrede vom 4. August 1914 hat der Reichskanzler

v. Bethmann-Hollweg zweimal das Bombenwerfen französischer Flieger (über das seither niemals irgend etwas Genaueres mitgeteilt worden ist) als Kriegsgrund gegen Frankreich erwähnt. Spätere behördliche Nachforschungen ergaben die völlige Haltlosigkeit dieser Fliegergerüchte.

Kann man es angesichts solcher Erfahrungen uns Laien aus dem Volk verübeln, wenn wir kein unbedingtes Vertrauen mehr hegen zu den offiziellen Mitteilungen und den Kommentaren der „berufenen" Geschichtschreiber, sondern den lebhaften Wunsch haben, so weit als immer möglich selber zu sehen, selber zu prüfen und unser Urteil unabhängig von irgendwelcher „Wegleitung" zu bilden?

---

# Der Überfall

„Mitten im Frieden überfällt uns der Feind!"

So sagte der Kaiser Wilhelm II. in seinem Aufruf an das deutsche Volk am 6. August 1914.

An das Heer und die Marine richtete er am gleichen Tag die Worte:

„Unsre heiligsten Güter, das Vaterland, den eignen Herd gilt es, gegen ruchlosen Überfall zu schützen."

Diese Worte des Kaisers sind vom ganzen deutschen Volke buchstäblich so aufgefasst worden, wie sie lauten. Durch sie wurde die ungeheure Kriegsbegeisterung und Opferfreudigkeit entzündet, deren Zeugen wir in den Augusttagen 1914 gewesen sind.

Ein ruchloser Überfall auf Deutschland mitten im lieben Frieden, das war und ist heute noch für das deutsche Volk der Beginn des Weltkrieges. Im Lichte der historischen Tatsachen gewinnt man ein anderes Bild; es sieht gerade so aus, als hätte Deutschland mit Österreich-Ungarn im Bunde die Entente überfallen, und nicht umgekehrt:

28. Juli 1914 Kriegserklärung Österreichs an Serbien;
1. August 1914 Kriegserklärung Deutschlands an Russland.
3. August 1914 Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich.
4. August 1914 Kriegserklärung Deutschlands an Belgien.

Erst am Abend des 4. August 1914 kam dann die erste Kriegserklärung von der andern Seite: diejenige Englands an Deutschland,

weil Deutschland das Begehren Englands, Belgien nicht zu überfallen, abgelehnt hatte.

Also deutsche Offensive auf der ganzen Linie mit Ausnahme Englands. Ein „Überfall“ auf Deutschland war das somit nicht, und wenn die Andern tatsächlich gedachten, das harmlose Deutschland im Schlafe zu überfallen, so trafen sie es nun wachend und bereit, erzbereit — so sehr auf alles gefasst, dass es ihnen sogar mit der Kriegserklärung zuvorkommen konnte.

„Mitten im Frieden überfällt uns der Feind“, — das heisst (wie nachträglich erklärend beigefügt wurde): wollte uns der Feind überfallen; er hat sich jedoch verrechnet. „Aber gelungen oder nicht, die Absicht des Überfalls war unter allen Umständen vorhanden, und wir konnten sie nur durchkreuzen durch sofortige, schneidigste Offensive unserseits. Behält man dies im Auge, so kann kein billig Denkender sich daran stossen, dass in Wirklichkeit Deutschland der Angreifer war, denn diese seine Offensive war nur eine defensive Offensive zur Abwehr der uns von den Gegnern drohenden Offensive.“ So setzen uns die Deutschen die Sache auseinander, sobald wir ihr etwas näher treten und Aufschluss wünschen über den Widerspruch zwischen dem behaupeten „Überfall“ und dem in Wirklichkeit von seiten Deutschlands erfolgten Angriff.

Wir verstehen die Erklärung dem Sinn nach, finden es aber immerhin misslich, dass angesichts des mit so viel Entrüstung und Pathos verkündeten „Überfalles“ auch nach deutscher Interpretation von einem wirklichen, tatsächlich ins Werk gesetzten Überfall von allem Anfang an nicht die Rede sein konnte, und dass bei dem endlos und in allen Aufrufen und Proklamationen von Professoren, Missions- und Kirchenmännern usw., in Zeitungsartikeln, Büchern und Broschüren ohne Zahl wiederholten Wendung: „als Deutschland im August 1914 von vier Mächten überfallen wurde“ usw., immer in Gedanken beizusetzen ist: respektive „überfallen werden sollte“...

Wie dem auch sei, das ist gewiss, dass die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes und jedenfalls alle in den Krieg ziehenden Soldaten der felsenfesten Überzeugung waren, dass Deutschland von den andern Mächten tatsächlich überfallen worden sei, — überfallen im eigentlichen, buchstäblichen Sinn des Wortes, so wie ein ehrlicher Mann in finsterer Nacht von Strassenräubern überfallen wird. Für Bedächtigere stand zum mindesten fest, dass Deutschland sich in der allerhöchsten Gefahr befand, überfallen zu werden, und

nur gerade noch im letzten Moment diese teuflische Absicht der Andern vereiteln konnte. Deutschland war „in der höchsten Not", und „Not kennt kein Gebot". Wer Belgiens wegen Bedenken erhob, dem wurde mit ernster Miene entgegengehalten (wir verweisen auf den offenen Brief des Professors Löffler und unzählige andere Beispiele): „Wie k a n n man uns loyalerweise daraus einen Vorwurf machen! Versetze man sich doch in die Lage eines Ertrinkenden, der in der höchsten und letzten Not nach einem zufällig in der Nähe schwimmenden, ihm nicht gehörenden Kahne greift. Wird gegen ihn wegen dieser momentanen Beanspruchung fremden Eigentums in der äussersten Lebensgefahr eine Anklage erhoben werden können?"

Deutschland in der höchsten Todesnot, Deutschland unmittelbar von der Vernichtung bedroht, dem Ertrinken und Versinken nahe, — das ist das Bild, das uns in tausend „Wahrheiten über den Krieg" immer wieder entgegentritt.

Von welcher Seite drohte diese unmittelbare Todesnot?

Sehen wir doch einmal zu.

Von Serbien einmal nicht. Noch niemand hat behauptet, dass Serbien — erschöpft von zwei vorausgegangenen blutigen Kriegen — so verblendet gewesen sein könnte, plötzlich die Zentralmächte zu „überfallen". Nein, Serbien hatte nichts weniger im Sinn als den Krieg; es sollte vielmehr von Österreich „gezüchtigt" werden für ein Attentat, das

auf österreichischem Boden,
von einem österreichischen Untertan, unter den Augen
der österreichischen Polizei

verübt worden war. Aber lassen wir das einstweilen auf sich beruhen. Begnügen wir uns, zu konstatieren: von Serbien war Deutschland nicht mit Überfall und Vernichtung bedroht.

Belgien? Es spielte auch nach den offiziellen deutschen Erklärungen — des Reichskanzlers, Jagows usw. — zu Beginn des Krieges eine rein passive Rolle. In jenen Tagen des Kriegsbeginnes — und nur von diesen ist jetzt hier die Rede — ist von deutscher Seite auch nicht der Schatten einer Beschuldigung erhoben worden, dass Belgien etwa Deutschland hätte angreifen, im geheimen Einverständnis mit Andern „überfallen" wollen (das kam alles erst später); im Augenblick des „Überfalles" wusste ganz Deutschland, und der Reichskanzler selbst bezeugte es, dass nicht Deutschland

von Belgien, sondern Belgien von Deutschlnad überfallen wurde, weil es nicht gutwillig den Durchmarsch der deutschen Truppen gegen Bezahlung dulden wollte.

Frankreich? Merkwürdig! Alles, was man von Frankreich in jenen kritischen Tagen liest, verrät die allergrösste Unlust zum Kampfe. Anstatt die Deutschen zu überfallen, zieht es seine Truppen zehn Kilometer von der Grenze zurück und sucht zu unterhandeln. Nicht einmal dann kann es sich zum Krieg entschliessen, als schon sein Bundesgenosse Russland die Kriegserklärung erhalten hat und ihm selber das deutsche Ultimatum zugegangen ist. Ja sogar ein (vom Reichskanzler im Reichstag zugegebener) Vorstoss deutscher Truppenteile über die französische Grenze am 2. August vermag die Fanzosen nicht zur Kriegserklärung zu provozieren. Selbst Paul Rohrbach konstatiert ausdrücklich: „Den Franzosen lag alles daran, jetzt nicht kämpfen zu müssen“. Deutschland muss sich deshalb am 3. August dazu entschliessen, selber den Krieg zu erklären, und in sichtlicher Verlegenheit, eine Begründung hiefür zu finden, kommt es mit den — wie ein Witzbold sich ausdrückt — buchstäblich „aus der Luft gegriffenen“ Fliegerbomben von Nürnberg. Auch das sieht ganz und gar nicht nach „Überfall“ aus.

England hat allerdings Deutschland den Krieg erklärt und ihm damit ohne Zweifel eine sehr unangenehme Überraschung bereitet. Nicht von dieser Überraschung soll aber jetzt die Rede sein, sondern vom behaupteten „Überfall“, — davon nämlich, ob England mit seiner Kriegserklärung den Krieg in bewusster Absicht vom Zaun gebrochen hat. Wenn Deutschland sich bloss verrechnete, wenn es sich in seiner Annahme irrte, dass England unter keinen Umständen in den Krieg eingreifen werde, Deutschland mochte auf dem Festland tun, was es wollte, — so ist damit natürlich nicht gesagt, dass England von allem Anfang an die Absicht hatte, Deutschland anzugreifen. Dagegen ist klar gestellt: England hat die deutsche Regierung keinen Augenblick im Zweifel gelassen, dass eine Überschreitung der belgischen Grenzen durch die deutschen Truppen die englische Kriegserklärung nach sich ziehen werde. Lassen wir dabei die Frage ganz beiseite, ob Englands Standpunkt „berechtigt“ war, ob seine Stellungnahme von Mitleid für Belgien und Sorge um die Vertragstreue oder von egoistischen Motiven diktiert war; die Frage ist für den Augenblick bloss: Überfall oder nicht Überfall. England erklärte: Wir machen nicht Krieg, wenn Belgien verschont bleibt;

eine Verletzung der belgischen Neutralität würde aber auch unsere eigenen Interessen so schwer verletzen, dass wir nicht neutral bleiben könnten. Das war der Standpunkt, den England immer eingenommen hat, sowohl Frankreich wie Deutschland gegenüber, so namentlich 1870. Schon 1838 schreibt König Leopold von Belgien an die Königin Viktoria: „Das letzte Mal, als ich den verstorbenen König in Windsor sah, sagte er mir: Wenn jemals Frankreich oder eine andere Macht Ihr Land überschwemmen würde, so wäre das für England ein direkter Kriegsgrund". Ich sage noch einmal: berechtigt oder nicht, das war Englands Standpunkt zu allen Zeiten. Auch Deutschland musste das wissen, und es ist ihm überdies klar und deutlich gesagt worden: Überfall auf Belgien heisst Krieg mit England! Aber es scheint, dass Deutschland diese Sprache Englands nicht ernst nahm, weil es wohl wusste, dass England auf einen grossen Krieg in keiner Weise vorbereitet war und zudem am Rande des Bürgerkrieges stand. Deutschland hat sich geirrt, und England ist doch gekommen. Von „Überfall" aber wird kein ernster Mann reden, nachdem die Ereignisse gezeigt haben, dass England tatsächlich absolut nicht gerüstet war, dass es seine Armee erst schaffen, ja überhaupt erst die Wehrpflicht einführen musste.

Bleibt Russland. Hier haben wir endlich den Sünder. „Russland hat die Brandfackel ins Haus geworfen", ruft der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg aus. „Die russische Mobilisation — daran bleibt die Entente eben doch hängen, das kann nicht widerlegt werden." So heisst es. In allen Darlegungen der Deutschgesinnten über den Kriegsbeginn nimmt die russische Mobilisation die zentrale Stelle ein. Für sie beginnt die Kriegsgeschichte überhaupt erst mit der russischen Mobilisation; was vorausgegangen war: österreichisches Ultimatum und Kriegserklärung an Serbien, Österreichs vorherige oder gleichzeitige Mobilisation auch gegen Russland, — fällt für sie ausser Betracht. Gut, bleiben wir einmal dabei! Konzentrieren wir uns auf die Frage: Hatte diese russische Mobilisation den Charakter und das Merkmal eines von Russland geplanten und in Ausführung begriffenen Überfalles auf Deutschland?

Serbien war der erklärte und notorische Schützling Russlands. Russland tat Deutschland zu wissen: wir lassen Serbien nicht angreifen. Wer Serbien angreift, hat es mit uns zu tun. Auch hier: ob Russland mit Recht oder mit Unrecht diesen Standpunkt einnahm, ist für die Frage des „Überfalles" ganz und gar gleich-

gültig und kann in einem andern Zusammenhang erörtert werden. Der Russe hatte von sich aus keine Veranlassung und keine Absicht, Händel zu suchen. Er hatte aber einen Adoptiv-Sohn, Serbien, dem der Nachbar mit Durchprügeln drohte. Der Russe erklärt: in diesem Falle werde ich meinem Adoptivsohn zu Hilfe kommen; sonst aber fällt es mir nicht ein, Streit anzufangen. Man weiss das in Deutschland. Man hat es zum voraus gewusst, — noch bevor die Regierung in Petersburg überhaupt Kenntnis davon hatte, dass Serbien mit Krieg überzogen werden sollte, und dazu Stellung nehmen konnte. Dass Deutschland darüber im Klaren war, Russland werde bei einem Angriff auf Serbien nicht untätig bleiben, bezeugt das deutsche Weissbuch selber mit den Worten:

„Wir waren uns hierbei wohl bewusst, dass ein eventuelles kriegerisches Vorgehen Österreichs gegen Serbien Russland auf den Plan bringen und uns hiermit, unsrer Bündnispflicht entsprechend, in einen Krieg verwickeln könnte."

Die Sache ist also klar: Davon ist nirgends die Rede, dass die Russen Deutschland im August 1914 ohne weiteres ruchlos überfallen wollten. Man sah aber bestimmt voraus, dass die Russen kommen würden, wenn ihr serbischer Schützling bedrängt werden sollte. Wenn nun dieses klar vorausgesehene und erwartete Ereignis eintritt, dann mag man meinetwegen davon reden, dass Russland „gar kein Recht" gehabt habe, sich Serbiens anzunehmen und sich in den Streit einzumischen, aber man spreche nicht von Überfall, wo es gewiss war, dass auf eine kriegerische Handlung, die man selber zu unternehmen gedachte, automatisch die russische Mobilisation eintreten werde.

Nebenbei bemerkt: obwohl nach den deutschen Behauptungen schon seit dem 30. Juli der Einfall der „russischen Horden" unmittelbar bevorstand, ist die furchtbare deutsche Kriegsmaschine, als sie mit Rasseln und Fauchen in Gang gesetzt wurde, nun nicht etwa ostwärts gefahren zur Abwehr der fürchterlichen Russengefahr, sondern sie schwenkte linksum, und man sah deutlich, dass es ihre Absicht war, auf dem kürzesten Wege — — Paris zu erreichen. Ostpreussen wurde zunächst seinem Schicksal überlassen und nur mit den nötigsten Truppen gedeckt. „Kriegsplan! Kriegsplan!" ruft man mir zu. Eben ja, das meine ich gerade; es wurde der Kriegsplan des deutschen Generalstabs ins Werk gesetzt, der eine ganz andere Aktion voraussah, als nur die Defensive gegen einen

Überfall der Russen, und deshalb Ostpreussen durchaus nur als Nebenkriegsschauplatz betrachtete. Hätte Deutschland, angeblich von einem Überfall der Russen bedroht, nur diesen Russenüberfall abwehren wollen, es wäre ihm mit leichter Mühe gelungen, und kein Kosak hätte je deutschen Boden betreten.

Mit der Tatsache der russischen Mobilisation waren nach der deutschen Version die eisernen Würfel gefallen und der Friede endgültig verunmöglicht. Ganz beweglich tönten die Klagen: „Jetzt ist alles aus, das Verhängnis in seinem Lauf nicht mehr aufzuhalten!“ Bedeutete die russische Mobilisation unwiderruflich den Krieg? Wenn man sich an frühere russische Mobilisationen erinnert, dann sicherlich nicht. Es hatten ihrer schon eine Menge stattgefunden, ohne dass daraus Krieg entstanden wäre, so insbesondere in ganz gefährlicher Weise im Jahre 1912. Immer wieder ist es gelungen, durch diplomatische Verhandlungen trotz Mobilisation den Kriegsausbruch zu verhindern. Auch zu Bismarcks Zeiten haben die Russen ein paar Mal mobilisiert, ohne dass sich der eiserne Kanzler im mindesten in seiner Ruhe stören liess. Er wusste wohl, dass es keinen Krieg geben werde, wenn er es nicht wünschte und solange es ihm nicht passte, die russische Mobilisation als „Provokation“ aufzufassen. Ein klassisches Gegenstück zu den deutschen Konsularberichten aus Russland im Juli 1914, welche die russische Mobilisation signalisierten, bilden die Berichte des deutschen Konsuls Rafflaub in Kiew im März 1890 . Auch er wusste von bedenklichen Truppenanhäufungen in Russland an der Grenze gegen Österreich zu melden. Bismarck aber sagte dem Kaiser kein Wort davon. Wie Egelhaaf schreibt, wollte er nicht durch Berichte, die er nicht mehr für zutreffend ansah, den Kaiser, dessen Gefühle für Alexander III. und Russland zur Zeit sehr abgekühlt waren, noch mehr gegen den Rückversicherungsvertrag aufbringen, dessen dreijährige Dauer 1890 ablief und den Bismarck zu erneuern wünschte. Als der Kaiser nun auf anderm Wege doch von den Berichten des Konsuls Kenntnis erhielt, schrieb er am 18. März 1890 an Bismarck:

„Die Berichte lassen auf das Klarste erkennen, dass die Russen in vollem strategischen Aufmarsch sind, um zum Kriege zu schreiten. Ich muss es sehr bedauern, dass ich so wenig von den Kiewer Berichten erhalten habe. Sie hätten mich schon längst auf diese furchtbar drohende Gefahr aufmerksam machen können! Es ist die höchste Zeit, die Österreicher

zu *warnen* und Gegenmassregeln zu treffen. Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Reise meinerseits nach Krasnoje Selo (zum Zaren) nicht zu denken. Die Berichte sind vorzüglich.

Wilhelm."

Hier gab es also nicht bloss „Mobilisation", sondern sogar schon „vollen strategischen Aufmarsch" der Russen und „furchtbar drohende Gefahr für Österreich", — und doch platzte die ganze schreckliche Kriegsgefahr wie eine Seifenblase, sobald sie ihren Dienst getan — (nämlich mitzuhelfen zum Sturz Bismarcks).

So viel zur Erhärtung meiner Ansicht, dass trotz allem, was die Deutschen sagen, die russische Mobilisation noch nicht den Krieg bedeutete.

Nun gibt es aber noch eine zweite Version des „Überfalls": *es ist die für das Jahr 1916 oder 1917 geplante Offensive der Entente.*

Wenn auch mancher Deutsche vielleicht in einer Unterredung unter vier Augen zugibt, dass der für den Sommer 1914 behauptete „Überfall" nicht ernst genommen werden könne, so klammert er sich in der Regel um so fester an die Fiktion des in zwei bis drei Jahren „*ganz bestimmt*" zu erwartenden Angriffes. Dabei nimmt er für Deutschland in Anspruch, es habe lediglich eine Pflicht der Selbsterhaltung erfüllt, wenn es den günstigen Moment benutzte, um loszuschlagen, den bösen Absichten der Feinde zuvorzukommen und nicht zu warten, bis jene völlig gerüstet wären. Die Absicht der Entente, in zwei bis drei Jahren Deutschland zu überfallen, wird von fast allen deutschen Kriegsschriftstellern wie eine absolut feststehende historische Tatsache behandelt, obwohl sie gar nicht bewiesen werden kann und auf reiner Supposition beruht. Die ganze Argumentation über die Schuld und Verantwortlichkeit für den Krieg ist auf diese Supposition eingestellt, und man erzählt in aller Ausführlichkeit von Unterredungen und Abmachungen der Feinde auf dieses Ziel hin, als ob man bei ihren intimsten Beratungen anwesend gewesen wäre und darüber ein stenographisches Geheimprotokoll geführt hätte. Theodor Bitterauf z. B. erzählt von „wichtigen politischen Besprechungen", die beim Besuch des Präsidenten Poincaré in Petersburg im Juli 1914 stattgefunden hätten:

„Unter anderem wurde festgestellt, dass die französische Armee Ende 1915 zu einer *kräftigen Offensive* fertig sein sollte, und *schliesslich einigte man sich auf 1916 als Termin, an*

dem das Übergewicht Russlands und Frankreichs in Europa, sei es auf Grund zweier schlagfertiger Armeen, sei es mit den Waffen, festzulegen sei.“

Nicht zu bestreiten ist dagegen, dass der Sommer 1914 für Deutschland ein sehr günstiger Moment zum Losschlagen war. Seine eigene Armee war, wie die deutschen Zeitungen schon im Frühjahr 1914 stolz verkündet hatten, „vollkommen kriegsbereit“, nachdem die ungeheure Verstärkung durch die Heeresvorlagen von 1912 und 1913 ihre Vollendung gefunden hatten. Dagegen litt Russland unter innerer Desorganisation und Hungersnot; England stand, wie gesagt, vor dem Bürgerkrieg; Frankreich befand sich nach den noch im Juli 1914 stattgefundenen Senatsdebatten mit der Rüstung bedenklich im Rückstand; überdies mussten wenigstens die monarchischen Staaten Bedenken tragen, sich mit dem Odium zu beladen, in einem Streit, der den Mord von Serajewo zum Ausgang hatte, für die „Königsmörder“ Partei zu ergreifen. Es wäre nach der Meinung der deutschen Imperialisten „unverantwortlich“ gewesen, eine solch einzigartig günstige Gelegenheit nicht zu benützen und den Feinden über den Hals zu kommen, die ja doch nichts anderes im Sinne hatten, als Deutschland so bald als irgend möglich zu „überfallen“. In diesem Sinn schreibt z. B. Paul Rohrbach: „Der Kampf ist uns aufgenötigt worden, aber wir müssen es als ein Glück betrachten, dass durch das Todesopfer des Erzherzogs Franz Ferdinand der Ausbruch der grossen antideutschen Verschwörung in Europa vorzeitig veranlasst worden ist ... Um so sicherer ist es, dass wir den Krieg nicht gewollt haben, dass er uns geschenkt worden ist, damit wir die innere Einigung, den grossen Aufschwung unseres Volksgeistes erleben und uns endlich unsere Stellung nach aussen als Weltvolk erkämpfen. Nichts wäre gefährlicher für uns gewesen, als wenn der Krieg diesmal vorübergegangen wäre, um uns zwei Jahre später, wenn die Gegner ihre Kräfte verdoppelt hatten, um so sicherer zu treffen.“ Deshalb hat denn auch in den kritischen Tagen des Sommers 1914 Rohrbach förmlich gezittert vor Angst, dass — der Friede erhalten bleiben könnte! Er schreibt: „Ich bekenne offen, dass ich in den Tagen, wo die Entscheidung — Krieg oder Frieden — wie auf der Schneide des Messers schwankte, nicht vor dem Sinken der Kriegs-, sondern der Friedensschale gezittert habe... Die Angst darum, was bei diesem Kampf im Herzen der Lenker unseres Volksschicksals siegen würde, der Wille oder die Furcht

gegenüber der ungeheuren Verantwortlichkeit, si e war es, die manchen deutschen Mann in den letzten Julitagen nicht schlafen liess ..."

Rohrbach und seine Gesinnungsgenossen forderten also den Präventivkrieg, und waren glücklich darüber, dass der Kaiser ihrem Wunsche gemäss handelte. Er war nichts anderes als die richtige Konsequenz der von Lasson, Treitschke, Bernhardi, Frobenius und vielen andern seit Jahren und Jahrzehnten in Deutschland vorgetragenen und verbreiteten Lehren. Dieser von Gott geschenkte „deutsche Krieg" ist nach der eigenen Erklärung der deutschen Imperialisten der typische, ausgesprochene Präventivkrieg, der im freigewählten Augenblick gegen den nicht gerüsteten Gegner entfesselt wird. Die deutschen Vertreter dieser These sind sich wohl dessen nicht ganz bewusst, dass damit die im August 1914 vom ganzen deutschen Volk geteilte Illusion des Überfalles vollständig und für immer zerstört wird. Wenn die Deutschen selber in aller Offenheit verkünden, dass sie das Attentat von Serajewo lediglich zum Anlass genommen haben, um eine „so wie so" bevorstehende Abrechnung jetzt vorzunehmen, dann ist die Frage nach der Urheberschaft des Weltkrieges erledigt, dann brauchen wir uns mit dem Studium aller der Rot-, Weiss- und Blaubücher keine Mühe mehr zu geben, denn dadurch bekennt sich Deutschland selber als Urheber des Krieges und weiss dafür keine andere Begründung vorzubringen, als dass eben die Andern eines Tages losgeschlagen hätten, wenn es ihnen nicht zuvorgekommen wäre.

Die Frage, ob man diese Begründung Deutschlands für hinreichend gelten lassen kann, hängt natürlich wesentlich ab von der prinzipiellen Stellung zum Präventivkrieg. Ich persönlich halte ihn unter keinen Umständen für zulässig, und damit ist auch meine Beurteilung des deutschen Präventivkrieges gegeben. Es ist nach meiner Meinung dem kurzsichtigen und beschränkten Menschen, dem jeder Blick in die Zukunft verschlossen ist, nicht erlaubt, die Vorsehung zu spielen und ein solches ungeheures Massenelend wie den Weltkrieg zu veranstalten, bloss in der Meinung, dass er „früher oder später" eben doch kommen werde. Das kann man nämlich nicht nachdrücklich genug wiederholen: der Krieg ist keine über die Menschen gegen ihre Macht und ihren Willen hereinbrechende Katastrophe, sondern er ist eine menschliche Veranstaltung. Es kommt ganz und gar darauf an, ob bestimmte Menschen in einem

bestimmten Augenblick den Krieg wollen oder nicht wollen. Der krieg „kommt“ nicht: er wird gemacht. Wenn man den Krieg will, so genügt eine Bagatelle, um ihn herbeizuführen. Will man ihn nicht, so kann der Nachbar die gefahrdrohendsten Vorbereitungen treffen, ohne dass es wirklich zum Kriege kommt. Die historische Erfahrung weiss von hundert „Kriegsgefahren“, wirklichen und vermeintlichen, die doch nicht zum Krieg geführt haben, denn die Kriegsgefahr besteht ja eigentlich immer. Der Reichskanzler Bülow nannte einmal dieses Politisieren und Spekulieren mit einer künftigen Kriegsgefahr ein „Herumplätschern in den blauen Wellen des unbegrenzten Ozeans der Konjekturalpolitik“, und er spottete über die, die der naiven Auffassung waren, dass ein Krieg ein unvermeidliches Naturereignis sei, wie ein Erdbeben oder ein Platzregen. Er sagt in seinem Buch „Deutsche Politik“: „Es ist schon oft dagewesen, dass die Diplomatie in die Notwendigkeit versetzt schien, der bewaffneten Macht die Fortführung der diplomatischen Auseinandersetzung zu überlassen. Aber gerade die Nähe dieses kritischen Augenblicks hat häufig genügt, die stockenden Verhandlungen wieder in Fluss zu bringen und zum friedlichen Ergebnis zu führen. Kriegswolken gehören zum Bilde des politischen Himmels. Aber die Zahl derer, die sich entladen, ist ungleich geringer, als die Zahl der Wolken, die sich verziehen.“ Speziell zu der Frage, ob der Krieg im Jahre 1916 oder 1917 gekommen wäre, ist folgende Äusserung Bülows bemerkenswert:

„Was geschehen wäre, wenn es in dieser oder jener kritischen Phase der Vergangenheit zum Kriege gekommen wäre, ist heute ebensowenig festzustellen, wie sich mit Sicherheit sagen lässt, ob, wenn im Juli 1914 die allgemeine Konflagration nicht eingetreten wäre, wir den Weltbrand später doch bekommen hätten, oder ob nicht vielleicht Ereignisse eingetreten wären, die die Gefahr des allgemeinen Krieges wieder für absehbare Zeit ausgeschaltet hätten.“

Ich schliesse daraus, dass auch Fürst Bülow keineswegs davon überzeugt ist, der Krieg wäre im Jahr 1916 unfehlbar gekommen, wenn er nicht schon im Juli 1914 herbeigeführt worden wäre, sondern der Meinung ist, eine geschickte und verständige Diplomatie hätte auch jenen späteren Krieg eventuell wieder vermeiden können.

Im Jahre 1888 sagte FürstBismarck zu dem anlässlich der Beerdigung Wilhelms I. in Berlin weilenden König Carol von Rumänien:

„Moltke glaubt, dass der Krieg in einigen Monaten ausbrechen wird. Ich bin nicht seiner Ansicht, aber in zwei Jahren werden wir ihm gewiss nicht entgehen. Im übrigen stimmen wir darin überein, dass der Krieg uns von Russland her kommen wird und dass Frankreich Russland nicht allein lassen wird im Kampfe gegen Deutschland. Deshalb beruhen denn auch unsere militärischen Vorbereitungen auf der Annahme der doppelten Front."

Der König von Rumänien verliess Berlin mit den düstersten Vorahnungen, und diese teilte man so ziemlich überall. Wir haben also hier die Tatsache vor uns, dass im Jahre 1888 die beiden grössten Autoritäten in Deutschland, Moltke und Bismarck, der bestimmten Überzeugung waren, dass der Krieg in einigen Monaten, spätestens in zwei Jahren kommen werde. Sie haben sich geirrt, und in gleicher Weise können sich 1914 auch Moltke II. und Bethmann Hollweg geirrt haben. Fünfundzwanzig Jahre ist es dann noch gegangen, bis der von Bismarck und Moltke unmittelbar erwartete Krieg ausbrach; wer weiss, ob nicht eine geschicktere Diplomatie auch 1914 einen Aufschub um weitere 25 Jahre bewirkt, wenn nicht den Krieg für immer unmöglich gemacht hätte?

Mir würde bei einem Versuch, mich dem Glauben an den „Überfall" im Jahre 1914 anzubequemen, auch die Erinnerung an 1870/71 im Wege stehen. Damals waren wir ja auch voll flammenden Knabenzornes über den ruchlosen Überfalls Napoleons III. auf das unschuldige Preussen. Wir schwatzten es den Grossen nach, die ja einhellig der Meinung waren, für Deutschland handle es sich ausschliesslich um einen Verteidigungskampf zur Sicherung seiner Existenz gegen die freche Bedrohung von Frankreich her. Am 9. März 1871 hielt bei der deutschen Siegesfeier in der Tonhalle in Zürich Professor Johannes Scherr eine feurige Ansprache über die „spiegelblanke und quellenlautere Reinheit" der deutschen Sache. Wenige Jahre später schrieb derselbe Professor Scherr ein Werk: „1870/71, vier Bücher deutscher Geschichte". Darin heisst es Band I, Seite 71:

> „Überhaupt können nur Leute, welche ihren Patriotismus in Unwissenheit einkapseln, des Glaubens sein, Frankreich allein, oder gar der Franzosenkaiser allein hätte den Krieg verschuldet... Preussen, das bis zum Main vergrösserte Preussen, brauchte und wollte den Krieg nicht minder, musste ihn wollen, so es seinen deutschen Beruf erfüllen, d. h. die Verpreussung von ganz Deutschland erreichen wollte."

Nun plagt mich die Furcht, ich könnte einige Jahre nach dem Krieg (wenn ich dann noch lebe) von einem der Herren Professoren, die uns heute den „Überfall“ einbläuen möchten, etwa folgendes Sätzchen zu lesen bekommen:

> „Nur Dummköpfe und Ignoranten konnten glauben, England allein, an dem natürlich die ganze Verantwortung haften bleibt, habe den Weltkrieg gewollt ... Auch Deutschland brauchte und wollte diesen Krieg, musste ihn wollen, wenn es seinen deutschen Beruf, die Verpreussung von ganz Mitteleuropa, erreichen wollte.“ . . .

---

## Der Kultus des Krieges

Beim Forschen nach der Urheberschaft des Weltkrieges muss man zuerst fragen: Wer will überhaupt Krieg?

Über die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Krieges gehen die Ansichten bekanntlich weit auseinander. Der Verfasser und seine Gesinnungsgenossen waren schon lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges grundsätzliche und entschiedene Gegner des Krieges, und was wir in den letzten drei Jahren gesehen und erfahren, konnte uns in dieser Ansicht nur bestärken. Ich muss mit einigen Sätzen andeuten, welches unsre, der Kriegsgegner, Stellung zum Krieg schon vor dem Sommer 1914 gewesen ist, um begreiflich zu machen, in wie viel höherem Grade als von den nationalen Sympathien und Antipathien die Beurteilung des Weltkrieges abhängig ist von der Ansicht, die man vom Krieg als Krieg hat.

Der Krieg ist nach unsrer Meinung eine veraltete und barbarische Institution, die in unsre Zeit mit ihrer hochentwickelten materiellen und geistigen Kultur absolut nicht mehr passt. Er kann nur von solchen Leuten gebilligt und verteidigt werden, die mit ihren Anschauungen und Grundsätzen im Mittelalter wurzeln und nicht begreifen, wie ungeheuer sich alle Verhältnisse und Lebensbedingungen der Völker verändert haben seit der Zeit, da der Krieg noch als Sport und Zeitvertreib der feudalen Herren betrieben werden konnte. Ein Krieg im 20. Jahrhundert ist eine unfassbare Dummheit. Er schadet in jeder Hinsicht unermesslich viel mehr als er auch im günstigsten Falle, demjenigen des glänzenden militärischen Sieges, an-

geblich nützen soll. Der Krieg macht mehr schlechte als gute Menschen. Gewisse gute Eigenschaften, die er beim Menschen hervorbringen soll, können von jedem grossen Unglück bewirkt werden, aber Narren und Verbrecher wären jene gleichwohl, die ein Unglück extra veranstalten würden wegen des guten Einflusses, den es auf den Charakter des Menschen möglicherweise haben könnte. Es ist Selbstbetrug, vom Krieg einen Aufschwung und Fortschritt zu erwarten. Nichts kann die von ihm vernichteten geistigen und materiellen Güter ersetzen, nichts die durch ihn bewirkte Demoralisation weiter Volkskreise wettmachen. Widerwärtig ist der Gedanke, dem leichtsinnig verursachten, unabschätzbaren Menschenverlust durch eine siebenmal kluge „Bevölkerungspolitik" entgegenwirken zu wollen, die das Volk nach den Prinzipien einer Viehzuchtgenossenschaft zur „Produktion" von möglichst viel neuem „Soldatenmaterial" anhalten soll.

Zu dieser ganzen Kriegstheorie und Kriegsverherrlichung standen wir in der entschiedensten Opposition und haben diesen gegnerischen Standpunkt bei vielen Gelegenheiten schon früher eingenommen. Da ist es doch wohl nur sehr natürlich, dass sich im Moment des Kriegsausbruches alle unsere Gefühle zuerst gegen diejenigen richteten, denen wir nach unserer Überzeugung und Kenntnis der Lage die Verantwortung für den Krieg zuschreiben mussten. Was auch der Krieg an Missetaten von allen Seiten bringen mag, so sind doch nach unsrem Gefühl für ihn in erster Linie und mehr als Andere die Leute verantwortlich, die ihn ohne zureichenden Grund, d. h. ohne wirkliche eigene äusserste Lebensgefahr angefangen haben. So konnten in diesem Weltkrieg unsere Sympathien ganz unmöglich auf Seite der Zentralmächte sein, weil sie, wie wir glaubten und heute noch glauben, den Kriegsausbruch direkt verschuldet haben dadurch, dass sie jede Diskussion über das österreichische Ultimatum an Serbien schroff ablehnten und sich zu vornehm dünkten, um mit diesem kleinen Serbien vor ein Schiedsgericht zu gehen. Als nämlich die serbische Regierung das österreichische Ultimatum vom 23. Juli 1914 annahm, mit Ausnahme von zwei ihre Souveränität direkt berührenden Punkten, aber auch diese zwei Forderungen Österreichs nicht unbedingt ablehnte, sondern sich in dieser Beziehung einem Spruch des Schiedsgerichtes im Haag oder einer Konferenz der Grossmächte bedingungslos zu unterwerfen versprach, da erklärte es Österreich im Einverständnis mit Deutschland für

„unter seiner Würde", mit Serbien vor ein Schiedsgericht zu gehen. Eher soll der Weltkrieg entbrennen, als das es sich zu einer solchen „Erniedrigung" verstehen würde. Das ist die Mentalität des feudalen Junkers, der sich für zu vornehm hält, mit dem Bauern, seinem Nachbarn, zu prozessieren, sondern einfach seine Knechte hinschickt, um ihn durchprügeln zu lassen. Die Ehre Österreichs ist von so besonderer Art, dass sie es nicht verträgt, ein Schiedsgericht oder eine Konferenz über seinen Streit mit Serbien urteilen zu lassen. In einem solchen Fall unterhandelt man nicht, sondern man schlägt sich; Krieg ist nach dieser Auffassung die einzig mögliche „Satisfaktion". Man wundert sich über diesen Standpunkt nicht, wenn man bedenkt, dass die Leute, die das Ultimatum machten und den Krieg erklärten, jener Gesellschaftsschicht angehören, die auch in ihrem Privatleben heute noch eine besondere Ehre und eine besondere Art der Wahrung dieser Ehre, das Duell, beansprucht. Duell und Krieg sind beide gleich sinnlos, und auch ihre Befürworter sind auf beiden Seiten die gleichen. Und Leute, die nach solchen Ehrbegriffen denken, handeln und regieren, die sind es nun, denen die furchtbarste Macht verliehen ist. In ihrer Hand liegt das Schicksal der Völker Europas, in ihrem Gehirn reift der grässliche Gedanke, dass „die Ehre" von diesen Völkern ihre gegenseitige Abschlachtung verlange, — und die Völker gehorchen!!

Dass Deutschland und Österreich weder auf die „Züchtigung" Serbiens mit einem förmlichen Krieg verzichten, noch das Haager Schiedsgericht akzeptieren, noch auf eine Konferenz der Mächte gehen wollten, das war der Grund, warum wir die Stellung Deutschlands und Österreichs schon von den ersten Tagen des Krieges an mit der grössten Entschiedenheit missbilligen mussten. Einen Vorwurf könnte man uns daraus nur dann machen, wenn wir erst im vorliegenden Fall, da es sich zufällig um Deutschland und Österreich handelte, unsre Stellungnahme vom kriegsgegnerischen Gesichtspunkte aus hätten bestimmen lassen. Nur dann läge eine parteiische Voreingenommenheit gegen Deutschland und Österreich und eine Bevorzugung der andern Mächte vor, wenn bei frühern Gelegenheiten den letztern gegenüber anders verfahren worden wäre, selbst wenn sie nach unsrer Überzeugung im Fehler waren. Allein im Tripoliskrieg 1911 — um nur ganz wenige Beispiele zu nennen — schrieben wir mit gleichem Nachdruck gegen Italien und für die Türkei, im ersten Balkankrieg gegen Serbien und die andern „christlichen"

Balkanstaaten wiederum für die Türkei, im Burenkrieg 1899 gegen England und für die Buren, obgleich die Buren den Krieg erklärt hatten. Wenn nun diesmal Deutschland aus irgendwelchen Gründen glaubte, den Krieg beginnen zu müssen, so hatte es von vornherein damit zu rechnen, dass es die Stimmung und die Gefühle aller grundsätzlichen Kriegsgegner gegen sich haben werde. Aber was kümmern sich die massgebenden militärischen Grössen und ihre oberste Leitung, von denen Krieg und Frieden abhängt, um Stimmung und Gefühle von irgendwelchen Leuten? Das sind ja doch alles nur „Zivilisten", Menschen zweiter Ordnung, denen kein Urteil in „militärischen Dingen" zukommt und auf die man keine Rücksicht zu nehmen hat. In ihrer feudalen Beschränktheit und Weltfremdheit wissen diese Kriegsmacher nicht, dass der Krieg nur zum kleinern Teil eine „rein militärische Angelegenheit" ist, nämlich erst von dem Moment an, wo die praktische Durchführung, das Töten, Zerstören und Verwüsten, anfängt. Unendlich wichtiger als all diese militärischen Operationen sind die dadurch bewirkten politischen und und wirtschaftlichen Änderungen, für deren Beurteilung und Regelung es keinen unvernünftigeren, kurzsichtigeren Standpunkt als den rein militärischen geben kann.

Wenn wir uns nun umsehen, in welchem Lande die rein militärische Betrachtungsweise des Krieges dominiert und die Verherrlichung des Krieges sich zu einem förmlichen Kultus ausgebildet hat, dann wird jeder, der auch nur einigermassen orientiert ist, Deutschland die „Palme" zuerkennen müssen. Kriegsbegeisterte Schwärmer — die gefährlichste Sorte von Schwärmern, die es gibt — waren zwar überall zu finden, aber nirgends so zahlreich und von so grossem Einfluss wie in Deutschland. Das hängt mit der deutschen Art zusammen, die alles gründlich macht und nicht ruht, bis sie auch den Unsinn, sofern er die obrigkeitliche Sanktion erhalten, zum lückenlosen System ausgetiftelt hat. Daher diese blinde Anbetung des Kriegsgottes, diese blutige Verhöhnung aller Friedensbestrebungen, diese schroffe Gegnerschaft gegen alle auf Abrüstung und internationale Schiedsgerichtsbarkeit hinzielenden Vorschläge. Den Krieg als etwas Hohes und Herrliches darzustellen, hat die deutsche Kriegsphilosophie seit Jahrzehnten sich bemüht. Man ist stolz darauf, die kriegerischste Nation der Erde zu heissen, und vergisst, dass man nicht zugleich das Recht beanspruchen kann, das friedlichste Volk genannt zu werden. Man hält die kriegerische Veranlagung des deutschen

Wesens für einen Vorzug gegenüber andern Völkern, für ein Zeichen von „Kraft und Gesundheit", während die Friedenssehnsucht der andern als Symptom unheilbarer Degeneration gedeutet wird.

Nichts ist für diese Stimmung bezeichnender als die Haltung Deutschlands auf den beiden Friedenskonferenzen im Haag 1899 und 1907. Dass man diesen Versuch zur Eindämmung der Kriegsgefahr deutscherseits von vornherein nicht ernst nahm, beweist schon die Wahl der deutschen Vertreter, die zum Teil als Gegner der ganzen Idee allgemein bekannt waren und sich auch literarisch als solche betätigt hatten. Graf Münster, der Führer der deutschen Delegation 1899, machte kein Hehl daraus, dass er die Haager Idee als Schwindel und Humbug betrachte. Allerdings waren für diesen Herrn, wie er dem amerikanischen Gesandten White gestand, auch Dinge wie Telegraph und Telephon Schwindel und Humbug, da sie nur die Arbeit der Diplomaten durchkreuzen könnten, desgleichen die Bakterienforschung usw. Für den Kaiser Wilhelm aber war es, wie wir ebenfalls von White wissen, eine Beruhigung, einen Mann mit so „vernünftigen" Ansichten über Krieg und Frieden auf der Konferenz zu wissen, der den Überspanntheiten der andern entgegentreten konnte. Während die Vertreter der übrigen Grossstaaten der Ansicht huldigten, dass etwas geschehen müsse, um die auf den Völkern Europas lastende Rüstung zu vermindern, konnte der deutsche Oberst Gross von Schwartzhoff erklären:

„Das deutsche Volk wird nicht von der Last der Rüstungen und Steuern erdrückt;

„es gleitet nicht auf der schiefen Bahn abwärts;

„es geht nicht der Erschöpfung und dem Ruin entgegen,

„im Gegenteil: der öffentliche und private Reichtum nimmt zu, das allgemeine Wohl, der standard of life wächst von einem Jahr zum andern."

Der Gedanke der Abrüstung und des obligatorischen internationalen Schiedsgerichtes im Haag scheiterte an Deutschlands Abneigung gegen den Pazifismus, an seinem Gefühl überlegener Kraft und Stärke, an seinem „unüberwindlichen Misstrauen" gegenüber den andern Mächten. Wenn Ihr, so bedeutete es diesen, die Rüstungen und den Krieg nicht mehr vertragen könnt, dann um so schlimmer für Euch, wir sind nicht in dieser Lage; im übrigen wären wir wohl rechte Narren, in einer solchen Gesellschaft, wie Ihr seid, unsern scharfgeladenen Revolver einen Augenblick wegzulegen. — Und diese

Haltung der Regierung fand leider auch den Beifall des Reichstages, der sich in abschätzigen Bemerkungen und Spöttereien über das Haager Werk erging; die Presse — die sozialistische wie die bürgerliche — stimmte fast durchwegs ein, und die Broschürenliteratur gegen das „pazifistische Gift“ schwoll zu unheimlicher Höhe. Was Wunder, dass man überall ausserhalb Deutschland gerade dieses Land für den erbittertsten Gegner des Pazifismus und die Hochburg des Mittelalters hielt? In den andern Ländern, besonders in den westlichen Demokratien, hatte die Philosophie eine Entwicklung genommen, die der deutschen Auffassung gerade entgegengesetzt war. Jener Philospohie galt der Krieg mehr und mehr als überwundener Standpunkt, schlimmstenfalls noch als bittere Notwendigkeit, immer aber als etwas Unmoralisches, von dem sich die zivilisierte Welt befreien müsse. Ein Treitschke aber widmet der „Heiligkeit des Krieges“ ein ganzes Kapitel.

Bei solcher Geistesverfassung konnten dann, als die„ Schicksalsstunde des deutschen Reiches“ schlug, natürlicherweise auch nicht jene in Deutschland perhorreszierten pazifistischen Ideen der Verständigung, der Konferenz, der schiedsrichterlichen Vereinbarung zum Durchbruch kommen, sondern es triumphierte das System Treitschke-Bernhardi, wonach der Staat unheilbar dem Niedergang verfällt, der nicht wagt, sein Recht auf Ausbreitung und Machtzuwachs mit dem Schwert geltend zu machen. Zur praktischen Ausführung kamen nun alle jene seit Jahrzehnten gepredigten Theorien vom „Vorteil“ und von der „Gelegenheit“, von der „Ausnützung des günstigen Augenblicks“ usw. Gleichzeitig aber begab sich etwas sehr Merkwürdiges. Man weiss, wie die Anhänger der Friedens- und Schiedsgerichtsidee vor dem Krieg behandelt worden waren. Sie wurden hingestellt als alte Weiber und elende Schwächlinge, als eine verweichlichte, degenerierte Sippschaft, die nur noch im Behagen und im Genuss aufgeht. Jeder servile Tropf, der nie in seinem Leben wagen würde, anderer Meinung zu sein als seine Umgebung oder gar — behüte uns Gott! — ein gnädiger Vorgesetzter, durfte hinter der sichern Brustwehr seines Schreibtisches mit seiner „Mannhaftigkeit“ protzen und auf die wohlfeilste Art von der Welt sich in den Ruf einer „heldischen Gesinnung“ bringen, weil er den Krieg verhimmelte und über das „schwächliche Friedensgewinsel“ sich lustig machte. Dann aber, als der gepriesene herrliche Krieg wirklich ausbrach, was erlebten wir? Da stürzten diese Helden samt

und sonders nach der Garderobe der Pazifisten, plünderten ihre Kleidungsstücke und traten in ihrer neuen Rolle vor dem Volke auf mit der unverfrorenen Erklärung: Wir waren von jeher die wahren und ehrlichen Pazifisten; wir haben nie etwas anderes gewollt als den dauernden Frieden; alle unsere Bemühungen galten nur der Erhaltung des von Andern bedrohten Friedens. Leider kämpften wir umsonst, der Friede ward auf ruchlose Weise gebrochen, die Feinde in ihrer verbrecherischen Tollheit und blinden Eroberungssucht haben den Krieg entfesselt, auf sie fällt die ganze Verantwortung für das vergossene Blut . . .

Das ist nach unserer Ansicht eine erbärmliche Auskneiferei. Feig und unmännlich nennen wir es, wenn man die stets gepredigten Ideale in der Stunde der Prüfung im Stiche lässt und Deckung vor der Verantwortung sucht hinter den Idealen der Gegner. Solche Taktik ist dem Missbrauch der weissen Fahne im Kriege gleich zu achten.

---

# Landesverteidigung

Wie sehr wir uns gegen den Widersinn des Krieges sträuben, da ist er nun einmal. Nicht deswegen haben wir mit dieser beschämenden Tatsache immer noch zu rechnen, weil die Kulturwelt noch nicht so weit gewesen wäre, den Wahnwitz und das Verbrechen des Krieges einzusehen, sondern weil das Volk in allen Staaten sich viel zu wenig um die Politik bekümmert und in unbegreiflicher Sorglosigkeit es zugelassen hat, dass einer winzigen Minderheit von Menschen eine ganz ungeheure Machtfülle völlig unkrontrolliert anvertraut blieb. Diese kleine Minderheit hat allerdings ein grosses Interesse daran, dass der Krieg nicht aus der Welt geschafft wird, denn Militär und Krieg sind die Mittel zur Erhaltung ihrer unumschränkten Macht. Zugegeben wird das selbstverständlich nicht, sondern es ist in den Proklamationen an das Volk allemal das „Vaterland", das die endlose Rüstung und schliesslich den Krieg fordert. Vor dem Vaterlande aber beugt sich jeder gute Bürger; er meint das Vaterland, wenn er dem Landesherrn und seinen militärischen Mitregenten unverbrüchlichen Gehorsam leistet. Mehr als diesen kritiklosen, unweigerlichen Gehorsam brauchen die Machthaber nicht. Mit seiner Hilfe schicken sie das Volk in den

Kampf und Tod; was aber von den Bürgern mit Gut und Blut erstritten wird, darüber verfügen dann die Machthaber wieder allein.

Bei solchem Stand der Dinge konnte es nun allerdings geschehen, dass einige wenige, die den Krieg wünschten und wollten, viele Millionen Menschen, die den Krieg nicht wollten, zwingen konnten, doch Krieg zu machen. Das Problem wäre nun, eine zwischenstaatliche Rechtsordnung zu finden, kraft welcher die Millionen die den Krieg nicht wollen, ihrerseits die paar Dutzend ehrgeizigen und kriegslustigen Herrenmenschen zwingen könnten, vom Kriege abzustehen. Dieses Problem muss und wird gelöst werden; wir wissen nur nicht, wie lange es noch gehen wird, bis das Elend gross genug ist, um auch dem loyalsten Untertanen die Geduld auszutreiben und die Überzeugung in den Kopf zu hämmern, dass denen, die jetzt noch, ohne nur jemand zu fragen, einen Weltkrieg veranstalten können, diese Macht genommen werden muss, und dass, wenn künftig noch Krieg geführt werden soll, dies nur geschehen darf mit dem ausdrücklichen Einverständnis aller derjenigen, die den Krieg auszufechten und zu bezahlen haben.

Solange aber in Europa ein einzelner Mensch ganz nach seinem Belieben, höchstens nach einer Beratung mit seinem Generalstab, ein Nachbarland durch Millionen seiner bewaffneten Untertanen überfallen lassen kann, bildet der Krieg eine ständig drohende Gefahr auch für jedes andere Land. Damit ist auch für diese andern Länder die Notwendigkeit und die Unerlässlichkeit der Landesverteidigung gegeben. Auch die grundsätzliche und konsequente Kriegsgegnerschaft darf meines Erachtens sich nicht zu der Forderung verdichten, dass überhaupt nie zu den Waffen gegriffen werden solle. Es gibt zwar einen religiösen Antimilitarismus, der diese Forderung aufstellt, und einzelne Anhänger desselben haben ein freiwilliges Martyrium auf sich genommen. Man wird diese Überzeugung unter allen Umständen respektieren, wenn sie ehrlich ist; zu teilen braucht man sie deswegen nicht. Mir ist es nicht möglich, der Dienstverweigerung aus religiösen Gründen eine mehr als rein individuelle Bedeutung beizumessen. Sie ist wie jede religiöse Ansicht nur für ihre Bekenner verpflichtend. Als Mittel zur Bekämpfung des Krieges bleibt sie, wie ich fürchte, völlig wertlos, solange sie sich nur auf vereinzelte Fälle in einem Kleinstaat beschränkt, der ohnehin nur auf Selbstverteidigung angewiesen ist und niemals einen Angriffskrieg führt. Etwas anderes wäre es, wenn einmal in einem

imperialistischen Grossstaat eine religiöse Reaktion gegen den Krieg und den Militarismus einsetzen würde. Davon ist aber bis jetzt nichts zu spüren. Der anarchistische Antimilitarismus fällt kaum in den Rahmen einer ernsthaften politischen Besprechung. Er war von jeher nur der Helfershelfer der Reaktion und diente ausschliesslich zur Stärkung der Macht des Absolutismus. Er will nicht die Freiheit für das Volk, sondern nur wieder eine neue Tyrannei, eine andere, aber nicht bessere Sorte von Klassenherrschaft: die Diktatur des Proletariats. Wir aber wollen von keiner Diktatur etwas wissen, weder von einer militärisch-absolutistischen, noch von einer anarchistischen; wir wollen weder Junker- noch Pöbelherrschaft, sondern die Souveränität des Volkes in seiner Gesamtheit.

Die Landesverteidigung ist selbstverständliche Pflicht jedes Wehrfähigen für so lange, als die Möglichkeit der Eroberung des Landes durch einen fremden Tyrannen und seine Soldateska besteht. Allerdings unter einer Voraussetzung: dass nämlich die Freiheit und Selbständigkeit des Vaterlandes den Bürgern als ein um jeden Preis festzuhaltendes Gut gelte. Besteht diese Überzeugung nicht mehr und ist man der Meinung, dass sich unter einem beliebigen Landesherrn „ebenso gut leben lasse“ wie unter der souveränen Herrschaft des eigenen Volkes, dann freilich mag man inmitten des waffenstarrenden Europa abrüsten und sich dem ersten besten, der daherkommt und dem unser Ländchen gefiele, unterwerfen. Nur glaube man dann nicht, dadurch der Pflicht der Landesverteidigung überhoben zu sein! Der neue Herr würde uns bald begreiflich machen, dass er uns seinen Machtschutz nicht umsonst angedeihen lässt. Statt für unser eigenes Land, hätten wir dann für ihn zu kämpfen und wie zur Zeit des Söldnerwesens in aller Welt für fremde Interessen Krieg zu führen. So oder anders: der Landesverteidigung entrinnen wir nicht. Die Frage ist nur: Halten wir das, was die Schweiz besitzt — das Erbe unserer Väter, unsere Unabhängigkeit, unser Selbstbestimmungsrecht — für so wert, dass es die Verteidigung lohnt? Wenn wir, wie ich glaube, in unserer übergrossen Mehrheit wirklich dieser Meinung sind, dann müssen wir auch bereit sein, für diese Güter unter allen Umständen selber einzustehen, denn niemand sonst wird sich dazu verpflichtet fühlen, nur damit wir ungestört unsere politischen Freiheiten weiter geniessen können.

Genau dasselbe Argument, das wir hier für unsere eigene Landesverteidigung ins Feld führen — die Pflicht, für das bedrohte Vater-

land einzustehen — wird gegenwärtig von allen kriegführenden Völkern geltend gemacht. Soweit dies im guten Glauben geschieht, ist es nur ehrenwert. Das gilt ohne weiteres auch für die grosse Masse des deutschen Volkes, das von Anfang an den Selbstverteidigungskrieg zu führen glaubte, während er zu einem solchen — im bittersten Ernste — erst im weiteren Verlaufe geworden ist. In weit höherem Masse aber als für die in einem Irrtum befangenen Angehörigen des angreifenden Staates reklamieren wir dieses Selbstverteidigungsrecht für die angegriffenen und überfallenen Staaten, Serbien und Belgien vor allen, und zwar muss nach der Erfahrung in Belgien mit viel grösserem Nachdruck als bisher das Recht der Selbstverteidigung der kleinen Staaten mit allen Mitteln und auf jede denkbare Art und Weise statuiert werden. Denn es hat sich gezeigt, dass die Bevölkerung eines überfallenen Staates in den Augen eines nach preussischer Methode ausgebildeten und abgerichteten Militärs schlechterdings vogelfrei ist. Sie wird behandelt, wie wenn sie nichts anderes als eine Bande von Meuchelmördern wäre, und nicht nur jeder kleinste Widerstand, sondern schon der Verdacht genügt zur Veranstaltung von Zerstörung ganzer Ortschaften und Massenhinrichtung ihrer Bewohner. Und doch gestatten die völkerrechtlichen Vorschriften ausdrücklich unter gewissen Bedingungen den bewaffneten Widerstand des Volkes, aber es wird niemals untersucht, ob diese Bedingungen erfüllt worden seien, sondern ohne weiteres jeder Widerstand als todeswürdiges Verbrechen bestraft. Diejenigen völkerrechtlichen Vorschriften aber, welche dem Eroberer Schranken auferlegen und die Zivilbevölkerung schützen sollen, werden vom preussischen Militär vollständig ignoriert und statt dessen in jedem einzelnen Falle die „militärische Notwendigkeit" vorgeschützt, die alles und jedes rechtfertigen und entschuldigen soll. Die Bürger eines Kleinstaates, die sich unter Umständen auch einmal gegen eine hereinbrechende feindliche Übermacht zu verteidigen hätten, sollten sich daher sehr davor hüten, die deutsche Verurteilung der Franktireurs als „heimtückischer Meuchelmörder" und „feiger hinterlistiger Banditen" ohne weiteres Besinnen nachzuplappern, denn sie fügen damit der Verteidigungskraft ihres eigenen Vaterlandes schweren Schaden zu. Nach monatelangem sorgfältigen Studium des sogenannten „belgischen Volkskrieges" und aller Momente, die für oder gegen die Teilnahme des Volkes am Kriege sprechen, kommen wir zu einer ganz andern Auf-

fassung des Franktireurwesens, als sie auch in unserer Presse üblich ist, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Wenn irgend jemand, dann ist das Volk selbst berechtigt, beim Eindringen eines fremden Eroberers zu den Waffen zu greifen und Haus und Herd, Weib und Kind gegen ihn zu verteidigen. Es ist dies noch die natürlichste und menschlich begreiflichste Art des Krieges, viel natürlicher und verständlicher als jene grause „Ordnung“, die den systematischen Massenmord organisiert und im Interesse und auf Geheiss einiger Machthaber Millionen zu Mord und Totschlag gegeneinander hetzt, denen es ohne das nie in den Sinn gekommen wäre, Streit miteinander anzufangen. Ich kann daher die Menschen nicht begreifen, die sich über den Krieg erst dann entrüsten, wenn die Franktireurs zu schiessen anfangen. Diejenigen, die den Krieg verursachen und machen, die in kalter Berechnung dieses Massenmorden anzetteln, sind unvergleichlich verabscheuungswürdiger als die paar armen Franktireurs, welche, in ihrem eigenen Heim unmittelbar bedroht, in der Verzweiflung zum Gewehr greifen. Man lasse sich doch nicht immer gleich ins Bockshorn jagen durch die Moralpredigten derjenigen, die für sich selbst kein Recht und keine Moral kennen.

2. Es gibt ein geschriebenes, international geltendes Kriegsrecht für den Feldzug zu Lande überhaupt nicht, sondern nur einzelne Bestimmungen, auf die man sich geeinigt hat, einen gewissen Komment der Tradition usw. Jene Bestimmungen über den Volkskrieg, auf die sich die grossen Erobererheere in ihrem Interesse und zu ihrer Bequemlichkeit geeinigt haben, unter dem Vorbehalt, sie jeden Augenblick ausser Kraft zu setzen, wenn sie ihnen unbequem werden sollten, haben selbstverständlich für die Völker absolut keine moralisch bindende Verpflichtung, und es ist lächerlich, einem kleinen Volke einen Vorwurf machen zu wollen, als ob es sich gegen ein wirkliches Gesetz vergehen würde, wenn es die Verteidigung seines Landes in der ihm gut scheinenden, wenn auch den grossen Herren nicht passenden Art führt. Vollends hat derjenige in unseren Augen jedes Recht verwirkt, sich auf den rechtlichen Standpunkt gegenüber dem Volke zu berufen, der selber mit der Parole „Not kennt kein Gebot“ ins Land einbricht, der selber sich über alle Völkerrechtsbestimmungen hinwegsetzt und für sich nur die „Kriegsnotwendigkeit“ als leitende

Norm gelten lässt. Wenn irgend jemand, dann hat nicht der Angreifer und Eroberer, sondern der Überfallene und Angegriffene das moralische Recht, sich auf den Notstand zu berufen und alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel zu seiner Verteidigung zu benutzen.

3. Es ist nicht einzusehen, wieso der Schuss eines Freischärlers aus dem Hinterhalt „feiger" und „gemeiner" sein soll als der aus dem Ordonnanzgewehr eines ebenfalls im Hinterhalt liegenden uniformierten Soldaten, der nur auf Befehl die ihm vor den Lauf kommenden feindlichen Soldaten und Zivilisten „abschiesst". Auch die organisierte Kriegführung benutzt jeden Hinterhalt, jede List, jede Tücke, die ihr Erfolg verspricht. Eine Fliegerbombe auf friedliche Wohnstätten harmloser Menschen, ein Untersee-Torpedo gegen ein Passagierschiff ist unvergleichlich gemeiner, feiger und heimtückischer als der Schuss eines Freischärlers aus guter Deckung auf den Feind, der ihm seine Fluren zerstampft und sein Heim zerstört.

4. Der Volkskrieg der Franktireurs ist darum keine Frage von Recht und Moral, sondern eine reine Frage der Opportunität. Das Volk wird sich angesichts der drakonischen Strafen, die die grossen Eroberer aus eigener Machtvollkommenheit über die Teilnehmer an einem Volkskrieg verhängen, nur zu fragen haben, ob es den Volkskrieg trotzdem riskieren will oder nicht, und wenn man nun in Belgien sieht, wie ein Millionenheer — vom General herab bis zum letzten Soldaten — vor der furchtbaren Gefahr des Volkskrieges förmlich zittert und in beständiger Angst schwebt (wenigstens tut man so!), und zwar bei einem Volk, das schon von seiner eigenen Regierung zum voraus aufs sorgsamste entwaffnet und dann vom Eroberer nochmals aufs peinlichste auf Waffen und Munition durchsucht worden war, dann frägt es sich wirklich, ob man nicht beim Einbruch des Feindes das Volk lieber bewaffnen als entwaffnen sollte, denn es wird vom Feind ja doch so behandelt, als ob es bewaffnet gewesen wäre, und der Feind, der schon vor dem unbewaffneten Volke solche Angst hat, wird noch mehr Angst bekommen, wenn er weiss: hier schiesst's dann wirklich aus jedem Fenster, jedem Kellerloch und von jedem Baume herab, und man ist bei keinem Schritt sicher vor allen möglichen „Teufeleien". Ich möchte die Frage nicht von mir aus im einen oder andern Sinne entscheidend beantworten, sondern sie nur

als Opportunitätsfrage, die — ohne mit Recht und Moral in Konflikt zu kommen — so oder anders gelöst werden kann, kennzeichnen.

5. Jedenfalls tut ein kleines Volk gut, wenn es sich unter allen Umständen freie Hand vorbehält und den Gegner im Zweifel darüber lässt, auf welche Weise es sich zu wehren gedenkt. Für das kleine und schwache Volk ist die ultima ratio der Volkskrieg, und diese Chance darf es sich nicht von vornherein aus der Hand nehmen lassen. Das tut es aber törichterweise, wenn es nun einstimmt in das Geheul der grossen Werwölfe über die „belgischen Meuchelmörder“ und Franktireurs. Es ist über alle Massen dumm, seine eigene Position dadurch moralisch ungeheuer zu schwächen, dass man ohne alle Not den Volkskrieg als „feigen Meuchelmord“ disqualifizieren hilft und einzig und allein im Interesse eines fremden Eroberers die Leute davon abschrecken will, „Meuchelmörder“ zu werden, während sie doch höchstens Verteidiger gegen fremde Meuchelmörder wären.

---

# Der Militarismus

Indem wir für uns das Recht und die Pflicht der Landesverteidigung beanspruchen, anerkennen wir auch die zu diesem Zwecke bestehende Institution: das Militär. Wir sind Gegner des Militarismus, aber nicht Gegner des Militärs, und ganz besonders nicht unseres schweizerischen Militärs. Wie sollten wir auch unser Militär bekämpfen? Das schweizerische Militär ist unser schweizerisches Volk in Waffen; es ist ein Teil unseres schweizerischen Vaterlandes. Solange der Krieg in Europa die höchste Gewalt ausübt, können wir unser Militär nicht entbehren. Wir können den Krieg nicht damit bekämpfen, dass wir zuerst unser eigenes Militär abschaffen und uns dadurch gänzlich wehrlos machen. Der Kampf gegen den Krieg ist ein geistiger Kampf, ein politischer Kampf, eine unendlich schwere, langwierige und undankbare Geduldsarbeit, die noch eine gewaltige Übermacht gegen sich hat. Das Militärwesen ist für uns etwas Ähnliches wie das Feuerlöschwesen; wir können auf ein wohlgeordnetes Feuerlöschwesen nicht verzichten, solange die Möglichkeit eines Brandes besteht, und wenn ein solches Unglück kommt, halten wir es für die Pflicht jedes dazu fähigen Mannes,

sich in die Reihe zu stellen und löschen zu helfen. Wir sind nicht gegen das Feuerlöschwesen, aber wir sind gegen die Brandstifter und gegen die gemeingefährlichen Schwärmer und Narren, welche herumlaufen und predigen, es sei gut und notwendig, dass man hie und da eine Feuersbrunst habe; das erhalte das Volk gesund, übe seine besten Kräfte, bewahre vor Verweichlichung usw.

Das Vaterland bedarf des Militärs. Mit Leuten, die behaupten, sie hätten kein Vaterland zu verteidigen, rechnen wir hier nicht. Woher kommt das vaterlandslose Gerede? Von den deutschen sozialistischen Wanderpredigern, die unsern Arbeitern einredeten, auch sie hätten kein Vaterland, dann aber, beim ersten Trommelwirbel in Berlin, heimwärts stürzten und sich noch freiwillig meldeten, um ihr Vaterland zu verteidigen und in Gottes und des Kaisers Namen „Proletarier aller Länder" um die Wette totzuschiessen. Das vaterlandslose Geschwätz überlassen sie inzwischen der schweizerischen sozialistischen Jugend, die ihr Vaterland bis jetzt davor bewahrt hat, Kanonenfutter zu werden. Volk, das kein Vaterland mehr kennen will, wird zum Pöbel; als ein verlorener Haufe entwurzelter Existenzen verliert es jeden Eigenwert. Wir haben als Schweizer Demokraten nicht das Militär zu bekämpfen, sondern nur dafür zu sorgen, dass es nicht seinem eigentlichen Zweck entfremdet, dass es nicht Selbstzweck werde. Das Militär hat wie jede andere öffentliche Institution dem Ganzen zu dienen, sich dem Ganzen einzuordnen, ganz besonders in der demokratischen Republik. Das Militär darf nicht ein Staat im Staate werden. Es darf nicht eine Scheidewand zwischen Volk und Militär aufgerichtet werden, und es darf nicht dazu kommen, dass sich eines Tages das Militär als feindselige Macht gegen das Volk in unsrer Mitte kundgebe. Militär und Volk gehören zusammen, und keine Macht soll sich trennend zwischen beide drängen.

Das weitverbreitete und von interessierter Seite geflissentlich genährte Vorurteil, als seien die Gegner des Militarismus immer zugleich die Feinde des Militärs, trifft nur in den wenigsten Fällen zu, etwa bei den anarchistischen Antimilitaristen; im übrigen hat es keine Berechtigung. Um dies zu verstehen, muss man den Gegnern des Militarismus allerdings erst einmal das Recht einräumen, sich deutlich darüber aussprechen zu können, was sie unter „Militarismus" verstanden wissen wollen. Der Militarismus, wie wir ihn verstehen, ist Missbrauch des Militärs zur Machterweiterung einer absolu-

tistischen Herrscherklasse, zur Eroberung neuer Gebiete und zur Unterjochung von Völkerschaften unter einen fremden Willen. Der Militarismus ist die zum System ausgebildete Verwendung der furchtbarsten Zerstörungsmittel zur Vernichtung jedes Widerstandes gegen den Eroberer und Unterdrücker. Die Aufgabe und der Zweck des Militarismus heisst: unterjochen, töten, zerstören, verwüsten. Wo der Militarismus in die Erscheinung tritt, da ist Furcht und Schrecken, da ist Unglück, Tod und Verderben, da ist Jammer und Elend ohne Mass. Der Militarismus ist die menschenfeindlichste, kulturfeindlichste Institution, die wir auf unserer sonst so schönen Erde haben. Er ist das fluchwürdigste aller Menschenwerke. Während jede andere menschliche Betätigung in irgend einer Weise dazu beiträgt, unser Leben zu bereichern und zu verschönern, neue Werte zu schaffen, neue Erkenntnisse zu erschliessen, hat es der Militarismus einzig und allein auf das Töten, Zerstören und Verwüsten abgesehen. Wie man am meisten seiner Mitmenschen umbringen, am besten Städte und Dörfer zerstören, am gründlichsten ganze Landstriche verwüsten kann, das ist's allein, was den Militarismus interessiert, womit er sich beschäftigt, Jahre und Jahrzehnte hindurch. Wer das grösste Unglück über die grösste Zahl von Menschen herbeiführen kann, dessen Ruhm erstrahlt am hellsten, dessen Name wird „mit unvergänglichen Lettern ins Buch der Geschichte eingetragen". Und doch sollte man meinen, das Töten, Zerstören und Verwüsten sei im Grunde die leichteste und billigste Art, sich Ruhm zu erwerben und einen Namen zu machen. Es ist bald viel verdorben, und wenige Granaten genügen, um zu vernichten, was Jahrtausende aufgebaut haben. Wer all seinen Fleiss daran wendet, die Geschicklichkeit des Zerstörens und Verwüstens auszubilden, kann es darin bald weit bringen. Es fragt sich nur, ob ein Ruhm, der mit so viel Leid und Jammer anderer Menschen erworben wird, zu beneiden ist, ob ein Volk seine wahre Befriedigung darin finden kann, wenn es mit Hilfe des länder- und städteverheerenden Militarismus sich über die andern empor zu schwingen vermag.

Der Militarismus ist die Verneinung alles Rechtes, die Umkehrung aller staatlichen Ordnung. Der Militarismus gibt den Entscheid über die wichtigsten Lebensinteressen des Volkes in die Hand einer kleinen Gruppe von Menschen, die — nur an militärisches Denken und Urteilen gewöhnt — ausschliesslich den militärischen Augenblicksvorteil im Auge haben und immer gleich losschlagen möchten. Sie

haben immer schon die Lokomotive geheizt und die Züge bereitgestellt, damit nur ja nicht die Vermittlung noch zu Worte kommen und die mit fieberhafter Ungeduld erwartete Ausführung ihrer taktischen und strategischen „Überraschungen“ durchkreuzen kann. Während über ein Viehzuchtgesetz, über den Ankauf einer Liegenschaft die Parlamente tagelange Beratungen pflegen, arbeiten die Militärs, wo es sich um das Leben von Millionen und die Existenz von Staaten handelt, mit zwölfstündigen Ultimatas, die keinem Menschen Zeit zur ruhigen Besinnung lassen. Sie bezeichnen die „blitzschnelle Offensive“ immer als eine Sache des Lebens oder des Todes. „Für die Nation ist dies in Wirklichkeit nur eine Frage grösserer oder kleinerer Anfangserfolge. Für den Frieden bedeutet es aber immer das Todesurteil.“

Am grauenhaftesten aber erscheint der Militarismus, wo er im eroberten Lande dem unterworfenen Volke gegenübertritt, wo er — Recht und Menschlichkeit vollständig ausschaltend — Städte und Dörfer zusammenbrennt und Offizieren und Soldaten die Macht über Leben und Tod von Hunderten unschuldiger Einwohner verleiht. Am Schicksal Belgiens möchten wir zeigen, was in unseren Augen „Militarismus“ ist. Warum gerade *Belgiens*? Es liegt den Schweizern vergleichsweise am nächsten und zeigt am klarsten, was *wir* zu gewärtigen gehabt hätten, wenn dem preussischen Generalstab eingefallen wäre, den Weg durch die Schweiz zu nehmen. Sodann aber hatte der preussische Generalstab dank seiner „blitzschnellen Offensive“ den Vorteil, den Krieg ausserhalb der eigenen Landesgrenzen zu tragen. Wäre den Franzosen der ihnen zugeschriebene „Überfall“ ins Rheinland gelungen, so hätten wir vielleicht Gelegenheit gefunden, das Verhalten des *französischen* Militarismus gegenüber dem deutschen Franktireurwesen zu studieren. Dass die Sache jetzt umgekehrt liegt, ist nicht unsre Schuld. Für uns handelt es sich so wie so nicht um eine Verteidigung der „Belgier“ gegenüber den „Deutschen“, sondern unser ganzes Mitgefühl gehört den *unschuldigen Menschen*. Es gehört dem Volk, das zerfleischt wird von den Pranken des Militarismus. Der Militarismus ist ein Dämon, der seine Diener und Werkzeuge um den gesunden Menschenverstand bringt. Immer wieder drängt bei dem traurigen Studium dieser Kriegsgeschichte der Gedanke sich auf: *diese Menschen sind nicht normal!* Diese Offiziere, die mit solcher Selbstverständlichkeit, als hätten sie die Welt erschaffen und dürften sie jetzt auch wieder verderben,

wenn das „Kriegsziel“ es erfordert, über ganze Städte und Dörfer und das Leben ihrer Bewohner entscheiden, die mit einer Handbewegung bestimmen, dass diese Gasse, jenes Quartier niederzubrennen, heute so viel, morgen so viel Einwohner zu erschiessen seien, handeln nicht bei klarem Verstand, sondern unter der Einwirkung von Zwangsvorstellungen. Nicht sie sind es, die so Furchtbares beschliessen und verfügen können über die Heimstätten friedlicher Menschen, über das Glück von Hunderten von Familien und das Leben ihrer Angehörigen: es ist das System, der Dämon des Militarismus, der verurteilt und gerichtet ist schon dadurch, dass er solcher Mittel zu seinen Zwecken bedarf.

Was den preussischen Militarismus für uns so besonders abstossend macht, das ist das Methodische und Vorbedachte in seiner Art, diese entsetzliche „Ordnung“ und kalt überlegte Folgerichtigkeit. Jedes menschliche Empfinden muss notwendigerweise ersticken, wenn man es einmal als „Pflicht“ erkannt hat, grausam zu sein und alle andern Rücksichten hinter der „militärischen Notwendigkeit“ zurücktreten zu lassen. Es ist etwas Fürchterliches um solche, in eine falsche Bahn gelenkte Pflicht- und Gehorsamsmenschen. Sie sind — und wenn sie sonst die gutmütigsten Naturen wären — schlechterdings zu allem fähig. Solche Städte und Dörfer verwüstende Barbaren macht aus den preussischen Soldaten der preussische Drill, der es förmlich darauf anlegt, das sich regende menschliche Widerstreben gegen eine dienstlich befohlene Brutalität als gefährliche und pflichtwidrige „Schwäche“ erscheinen zu lassen. Die höchste militärische Autorität Deutschlands, Hindenburg, hat schon im Anfang des Krieges behauptet, dass die grausamste Kriegführung im Grunde genommen die humanste sei, weil sie den Krieg abkürze. Jede Phase des Weltkrieges widerlegt diese Theorie, und heute sind trotz allen Strafgerichten noch nicht einmal die Belgier besiegt, dafür aber ein Jahrhunderte überdauernder Hass und Abscheu vor der deutschen Kriegführung erregt.

Das „Handbuch“ des deutschen Generalstabs für den Kriegsgebrauch sagt in seiner Einleitung: „Ein energisch geführter Krieg kann nicht nur gegen die Soldaten des feindlichen Staates und gegen seine Befestigungsanlagen geführt werden, sondern er bezweckt auch und muss bezwecken, alle seine materiellen und moralischen Hilfsquellen zu zerstören; humanitäre Rücksichten, d. h. Schonung von Menschen und Gütern, können nur in Frage kommen, soweit die

Natur und der Zweck des Krieges es erlauben.“ An anderer Stelle heisst es: „Schonungslos die nötigen Verteidigungs- und Abschrekkungsmassregeln zu ergreifen, ist nicht nur das Recht, sondern die Pflicht einer jeden Armeeleitung.“ „Der Offizier hat sich darüber klar zu sein, dass der Krieg notwendig eine gewisse Härte in sich schliesst, und dass die wahre Menschlichkeit oft in der schonungslosen Anwendung dieser Strenge besteht.“ Damit erklärt sich das Massaker von Unschuldigen in Belgien; denn jedermann hat entweder geschossen oder ist verdächtig, geschossen zu haben. Man bemächtigt sich aufs Geratewohl einer Anzahl Personen und erschiesst sie, denn das alles sanktionierende Interesse der deutschen Armee erheischt, dass „ein Exempel statuiert“ werde. Man tötet ohne Untersuchung und Urteil.

Nur nicht zu viel Humanität! Das ist die Warnung und Vorschrift, die der deutsche Offizier im „Handbuch“ des Generalstabes immer wieder unterstrichen sieht. Warum diese Warnung? Ein fachkundiger Autor gibt darüber in der „Frankfurter Zeitung“ vom 13. März 1915 Aufschluss: „Humanität und Kriegszweck! Der deutsche Generalstab mahnt, den letztern in dem Drängen der seelischen Regungen nie zu vergessen. Darin zeigt sich vielleicht am deutlichsten, was uns eigentlich von den Andern trennt. Braucht man einen mordenden Asiaten an den Zweck der Waffen und des Krieges zu erinnern? Wird ihn der Engländer oder der leidenschaftliche Franzose je übersehen?“

Das heisst also: mordende Asiaten, Engländer und Franzosen haben eine Warnung vor zu viel Humanität und eine Mahnung an den Kriegszweck nicht nötig, wohl aber der Deutsche! Noch einmal betont es der Gewährsmann der „Frankfurter Zeitung“: „Hütet euch vor der deutsch-romantischen Stimmung, sonst könnt ihr den Krieg verlieren. Auch ihr Offiziere seid in dieser Gefahr, denn auch ihr seid Kinder eurer Zeit! So ähnlich lautet die Warnung. Dass sie berechtigt und dringend nötig sei, kann man heute jeden Tag hören, trotz Löwen und des Schwindels von Reims. Das ist die Grundstimmung der Generalstabsarbeit und ihr eigentlicher Zweck.“

Nur aus dieser Mentalität des preussischen Offizierskorps ist es zu erklären, dass die stärkste und stolzeste Armee der Welt glauben konnte, „imponieren“, sich „Respekt“ verschaffen zu müssen durch blutige „Strafgerichte“ über wehrlose Einwohner, dass sie die

Tötung von Menschen als reines Abschreckungsmittel systematisch betrieb und den Terrorismus zum Prinzip erhob. Familienväter, junge Söhne, Greise, selbst Frauen und Kinder sind füsiliert worden im vollen Bewusstsein dessen, dass sie unschuldig waren. Sie fielen als Märtyrer den Massenhinrichtungen zum Opfer, ohne dass sie auch nur im Verdacht gestanden hätten, Franktireurs zu sein. Zwar hat der Generalgouverneur von der Goltz bei seinem Einzug in Brüssel am 1. September 1914 in einer Proklamation an die Bevölkerung gesagt: „Kein belgischer Bürger, der friedfertig seinem Gewerbe nachgeht, hat irgend etwas von seiten der deutschen Truppen zu befürchten" Das war aber leider einfach nicht wahr, und der Generalgouverneur dementierte sich selber, indem er in der gleichen Proklamation, ein paar Zeilen weiter oben, es aussprach: „Die harte Notwendigkeit des Krieges bringt es mit sich, dass bei Bestrafung feindseliger Handlungen Unschuldige mit den Schuldigen mitleiden." Es ist also die Bestrafung von Unschuldigen von vornherein zum Grundsatz erhoben und proklamiert, und kein belgischer Bürger, der friedlich seinem Gewerbe nachging, war auch nur einen Augenblick sicher davor, als Geisel ergriffen und erschossen zu werden. Dasselbe geht hervor aus der Proklamation des Generalgouverneurs von der Goltz am 1. Oktober 1914, wo es heisst: „Wenn in Zukunft weitere derartige Vorkommnisse sich ereignen, werden die zunächst gelegenen Ortschaften — gleichgültig, ob sie schuldig sind oder nicht — ohne Barmherzigkeit bestraft werden. Zu diesem Zwecke sind Geiseln aus allen Ortschaften an den Bahnlinien, welche durch derartige Angriffe bedroht sind, weggeführt worden, und beim ersten Versuche, die Eisenbahn-, Telegraphen- oder Telephonlinie zu zerstören, werden diese Geiseln sofort erschossen." General von Bissing sagte in einer Kundgebung im August 1914, als er noch nicht Gouverneur, sondern Kommandant des VII. Armeekorps war: „Dass bei dieser Gelegenheit (den Strafgerichten) einzelne Häuser, blühende Dörfer oder ganze Städte vernichtet werden, ist gewiss bedauerlich, darf aber nicht eine ungerechtfertigte Gemütsbewegung verursachen. Das alles hat für uns nicht so viel Wert wie das Leben eines einzigen Soldaten. Das ist ganz selbstverständlich und braucht nicht besonders bemerkt zu werden." An der gleichen Stelle verkündet General von Bissing den Grundsatz, „dass die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden

müssen.“ Ähnlich lautet die Mahnung des Stabsarztes Dr. Berghausen an die das Strafgericht in Löwen vollziehenden Soldaten: „Das Leben aller Einwohner der Stadt Löwen ist nicht so viel wert wie ein einziger Tropfen Blut von einem deutschen Soldaten.“

Uns aber ergreift unendliches Erbarmen mit den friedlichen Stadt- und Dorfbewohnern, die ihr Unglück dem losgelassenen Ungeheuer Militarismus in den Weg warf. In ihren Wohnzimmern, in ihren Schlafstuben sahen sie sich plötzlich überrascht von hereinstürmenden wilden Kriegern, die sie in fremder Sprache anbrüllten: „Alle heraus!!“, sie zwangen, alles liegen und stehen zu lassen, von allem, was ihnen lieb und teuer war, Abschied zu nehmen, die weinenden Kinder an die Hand, den Säugling aus der Wiege zu nehmen und vor den Soldaten her die Treppe hinunter auf die Strasse zu eilen, in die schon Feuersbrünste ihren grellen Schein warfen. Bald sahen sie hinter sich auch ihr eigenes trautes Heim in Flammen aufgehen, sie wurden vorwärts gejagt von rohen Kriegern, einem ungewissen Schicksal entgegen, tagelang herumgeführt und allen möglichen Demütigungen ausgesetzt, in Viehwagen verpackt, auf welche die Soldaten mit Kreide geschrieben: „Zivilisten, die auf deutsche Soldaten geschossen haben“, nach Deutschland geführt zur Augenweide für eine johlende Menge, und man versteht Chambry, wenn er sagt: „Weder eine ganze Welt von Güte, noch die versöhnendste, wärmste Freundschaft, welche man später diesen armen Menschen wird erweisen wollen, wird jemals die fürchterlichen Eindrücke auslöschen können, die die Deutschen ihnen eingeprägt haben.“

Das ist die Wirklichkeit, vor deren Anblick sich empfindsame Leute mit dem stets vorgehaltenen Schild vom „Schlagwort des Militarismus“ schützen ...

---

## Ein Volksbetrug

Die rätselhafte Erscheinung, dass Millionen vernunftbegabter Wesen sich nach dem Willen einiger weniger Menschen töten lassen, findet ihre natürliche Erklärung in der Täuschung der Volksmassen. Die Täuschung besteht in der Vorspiegelung eines wirklichen Ideals, für welches der Einsatz von Gut und Blut tatsächlich erforderlich und geboten ist: der Idee des Vaterlandes. Es gelingt den nach

Krieg und Eroberung lüsternen Machthabern immer wieder, die Massen glauben zu machen, das Vaterland sei in Gefahr, während es sich doch fast ausnahmslos nur um Fragen handelt, die bei auch nur einigem guten Willen mit Leichtigkeit auf dem Wege der diplomatischen Verhandlungen oder schiedsgerichtlicher Entscheide gelöst werden könnten. Dass die Täuschung sich so leicht bewerkstelligen lässt, das erklärt sich daraus, dass dem Volk gar kein Einblick in die auswärtigen Angelegenheiten und nicht der geringste Einfluss auf dieselben eingeräumt ist. Das Volk muss einfach hinnehmen, was ihm die Machthaber über den Stand und Gang der diplomatischen Verhandlungen mitzuteilen für gut finden, und hat keine Möglichkeit, zu prüfen, ob die behauptete Vaterlandsgefahr wirklich bestehe oder aber nur diplomatisches Ungeschick und militärischer Betätigungsdrang die gefährliche Lage geschaffen haben.

Es sind aber nicht nur Fehler und Ungeschicklichkeiten der Diplomaten oder der Ehrgeiz der Militaristen, die in den zum Kriege führenden Verwicklungen eine verhängnisvolle Rolle spielen. Das eigentlich Verbrecherische in dem verübten Volksbetrug besteht vielmehr darin, dass es die Machthaber — die im Alleinbesitz der Machtmittel des Staates befindlichen wenigen Menschen — verstehen, ihre eigenen Interessen (Macht, Ruhm, Besitz) als diejenigen des Vaterlandes auszugeben und dafür das Volk in Kampf und Tod zu schicken. Das Volk glaubt, es schlage sich für das Vaterland und seine heiligsten Güter; die Wahrheit aber ist, dass das Vaterland unter allen Umständen die Vermeidung des Krieges und die Erhaltung des Friedens verlangt hätte. Statt des Wortes „Vaterland" brauchen die Machthaber — oder vielmehr die in ihrem Dienst und Sold stehenden und ihre Interessen verfechtenden Intellektuellen — mit Vorliebe das Wort „Staat". Und mit diesem Begriff „Staat" werden die raffiniertesten Taschenspielerkunststücke getrieben. Er wird das eine Mal so verwendet, dass man glauben könnte, es sei unter dem „Staat" die Allgemeinheit, das ganze Volk, der Gesamtwille des Volkes, verstanden. Dann aber wird einem plötzlich wieder klar gemacht, dass Staat und Volk zwei ganz verschiedene Dinge sind, dass „der Staat" nur aus einer kleinen Gruppe von allein weisen, zum Regieren berufenen Menschen besteht, denen das unmündige Volk — unfähig, seine eigenen Interessen zu verstehen und wahrzunehmen — in Treue und Ergebenheit zu dienen und die Bestimmung über sein Schicksal zu überlassen hat.

Man muss sich hier vor allen Dingen darüber im Klaren sein, dass es sich um zwei grundverschiedene Staatsideale handelt: das demokratische Staatsideal, nach welchem ,,Staat und Volk," ,,Staat und Allgemeinheit" identisch sind und deshalb ,,Hingabe an den Staat" das gleiche bedeutet wie ,,Hingabe an das Ganze", ,,Hingabe an die Allgemeinheit". Das ist aber natürlich nur da möglich, wo sich das Volk selbst im Besitze der Regierungsgewalt befindet, wo die Souveränität des Staates auf der Gesamtheit des Volkes beruht und das Volk selbst, entweder direkt oder durch seine Vertreter, Gelegenheit hat, seinen wahren Willen kund zu tun und ihm Nachachtung zu verschaffen. Dem gegenüber steht das autokratische Staatsideal, wie es oben geschildert wurde, mit seiner Trennung von Staat und Volk und mit der Verteilung aller Bürden und Lasten auf die Schultern des Volkes, der Würden und der Macht jedoch auf die glücklichen Inhaber der Staatsgewalt. Das autokratische Staatsideal sucht sich dadurch zu behaupten, dass es die Demokraten als ,,Staatsfeinde" stigmatisiert, dass es sie hinstellt als Leute, die sich ihrer Verpflichtung gegenüber dem ,,Ganzen", der ,,Allgemeinheit" in schnöder Selbstsucht entziehen wollen, die sich keiner ,,Zucht und Ordnung" fügen können und in ihrer eigenwilligen Meisterlosigkeit die allgemeine Anarchie herbeiführen. Es ist überall die gleiche Lüge und der gleiche Betrug: man höhnt und verspottet die Pazifisten, bemächtigt sich aber im geeigneten Moment des pazifistischen Ideals und gibt es als das eigene aus. Man erklärt unverfroren, die Vorschriften des Christentums in der Politik nicht brauchen zu können, erklärt dann aber gerade die als schlechte Christen und Gottesfeinde, die sich gegen solche Lehren wenden. Der ,,demagogische Unverstand", dem Volk seine eigene Regierung anzuvertrauen, wird mit allem Nachdruck bekämpft, dann aber doch wieder die kleine Gruppe der Staatslenker als Träger und Vollstrecker des ,,Gesamtwillens" hingestellt.

Es ist gut und nützlich, sich einmal an einem konkreten Beispiel das Verfahren zu vergegenwärtigen, das von den Verfechtern des autokratischen Staatsideals angewendet wird. Wir zeigen es hier an einigen Aussprüchen des deutschen Gelehrten Adolf Lasson, der sich (in dem Buch ,,Das Kulturideal und der Krieg") über die Frage ,,Staat und Volk", ,,Staat und Allgemeinheit" folgendermassen vernehmen lässt:

,,Alle solche Klagen (über die Schädigungen des Krieges) sind wenig vernünftig, denn der Staat führt Krieg und nicht die Gesell-

schaft. Der Staat ist nicht die Gesellschaft und ist auch nicht um der Gesellschaft willen. Es hiesse, die Tafel der Güter vollkommen verkehren, wenn man den Staat regeln wollte nach den Bedürfnissen der Gesellschaft. Umgekehrt vielmehr: der Staat lässt die Gesellschaft gerade so weit gewähren, wie es für seine Selbsterhaltung und für seine Fortentwicklung nötig und gedeihlich ist. Im übrigen aber ist er berufen, ihrem von Natur immer weiter um sich greifenden Streben zur rechten Zeit ein Halt zuzurufen. Sobald die bürgerliche Gesellschaft fett wird und die Existenz des Ganzen durch ihre geilen Triebe bedroht, muss der Staat mit der Macht und der Autorität der vernünftigen Ordnung sich gegen sie wenden.

„Der Staat ist in seinem Kreise ein Höchstes und Letztes. Die Gesellschaft hat überall nur zu dienen.

„Fortschritt der bürgerlichen Gesellschaft ist vom Standpunkt des Staates aus nur Zunahme der Steuerkraft und der kriegerischen Macht des Staates. Dem einzelnen gebührt gerade so viel Anteil an den erworbenen Gütern, als der Staat nicht für sich in Anspruch zu nehmen gezwungen ist.

„Abgesehen vom Staate ist das Volk eine Horde, ein beliebiger Menschenhaufen: wie soll ein solcher eine Funktion mit rechtlicher Befugnis und Wirkung üben können? Ein Volk funktioniert nach den Gesetzen seines Staates, und da ist sein Wirken respektabel; aber ein Volk und nun gar ein Bruchteil eines Volkes entscheiden lassen über internationale Dinge, etwa über seine Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Staate, wäre etwa dasselbe, als wollte man die Kinder eines Hauses darüber abstimmen lassen, wen sie als ihren Vater anerkennen, achten, lieben und ehren wollen, oder die Bewohner, ob sie ihre Miete an ihren eigenen Hauswirt oder an einen Fremden zahlen wollen. Dies Selbstbestimmungsrecht ist der frivolste Betrug, den je ein welscher Kopf ersonnen hat. Möge nie der Tag kommen, wo auf deutschem Boden der Welsche so viel Einfluss hätte, dass eine so unsittliche Komödie aufgeführt würde! Ein Volk übt sein Selbstbestimmungsrecht, indem es, den Gesetzen des Staates gehorchend, zu den Waffen greift und fremden Zwang abwehrt. Wehrhaft sein, gibt allein das Recht, sich in seinem Staate zu behaupten.

„Die Menschen sind nicht dazu da, um sich ihres Lebens zu freuen, Güter zu produzieren und zu geniessen, zu freien und Kinder zu zeugen und es sich jeder in seinen vier Pfählen

wohl sein zu lassen. Es ist nicht nötig, dass die Menschen glücklich seien, sondern dass sie ihre Pflicht tun. Jede entgegengesetzte Meinung ist gemein oder streift ans Gemeine.

„Das unbeschränkte Behagen der Gesellschaft ist der Untergang des Staates, und nicht allein des Staates, sondern ziemlich aller idealen Güter des Lebens. Ohne den Staat ist der Mensch nicht Mensch. Gerade in diesen Tagen ist es doppelt nötig, zu betonen, dass der Staat nicht eine Anstalt für die Bequemlichkeit und den Frieden der Einzelnen ist, damit sie in Ruhe geniessen können, kein Treibhaus, in dem jeder Pflanze ihr Mistbeetchen gesichert und ihre künstliche Wärme bereitet wird, damit sie recht üppig gedeihe und geile Schösslinge treibe, sondern dass er immer zunächst sich selber im Auge hat als mächtiges, umfassendes Ganzes, das eine Stätte sei zur Entwicklung der Menschheit zur sittlichen Freiheit, und dass die Individuen als Naturwesen schlechterdings für den Staat da sind. Ihm erzeugen wir Kinder, ihm produzieren wir Güter. Wir sind sterblich, aber der Staat ist seinem Begriffe nach unsterblich. Er bleibt, wenn wir vergehen; er repräsentiert die Gattung, an der wir nur wie flüchtige Blasen erscheinen, die ebenso gut auch nicht sein könnten; vermittelst seiner haben wir erst eine Beziehung zur wahren Menschheit vom Boden unserer sinnlichen, vernünftigen Einzelheit aus.

„Auch im Frieden lässt der Staat den Bürger für sich arbeiten. Aber im Frieden zieht er gewissermassen nur einen Überschuss von dem an sich, was der Bürger erarbeitet, nur einen geringen Teil des Ganzen, etwa wie eine Versicherungsgesellschaft für den Schutz, den sie verleiht, einen gewissen beständigen, aber nach der Grösse der Gefahr, gegen die geschützt wird, abgemessenen Verlust vorweg gebietet. Da entsteht leicht die Täuschung, als ob der Staat für die Individuen da sei, zu ihrem Gedeihen und Behagen, und als ob er ein Recht nur auf ihren Überschuss habe. Der Krieg durchbricht alle solche Schranken, die das Gesetz für das Recht auch des Staates dem einzelnen gegenüber aufrichtet. Der Staat im Kriege verlangt für seine Zwecke alles Hab und Gut seiner Bürger, aber er verlangt noch mehr: er verlangt die Preisgebung ihrer gesamten Existenz.

„Unsere Jugend ist bestimmt, kriegerisch ausgebildet zu werden, um zur rechten Zeit kriegerische Tugend zu bewähren."

So war auch die in der Königsberger Kaiserrede vom 25. August 1910 an die Frauen gerichtete Mahnung gemeint: „sie sollen Kindern

und Kindeskindern klar machen, dass es heute nicht darauf ankommt, sich auszuleben auf Kosten anderer, sondern einzig und allein das Vaterland im Auge zu haben, einzig und allein alle Kräfte für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen.“ Mit andern Worten, sagt dazu Bertha von Suttner: „Soldaten aufziehen! Denn im Gedankengange dieser Rede deckt sich das Vaterländische mit dem Kriegerischen.“

So deutlich als möglich geht aus den Darlegungen Lassons und seiner Gesinnungsgenossen hervor, dass nach dieser Lehre Staat und Gesellschaft, Staat und Volk zwei verschiedene Dinge oder Begriffe sind. Der Staat steht über dem Volk; er überwacht und erzieht das Volk. Das Volk steht zum Staate in einem kindlichen Abhängigkeitsverhältnis. Selbstbestimmungsrecht des Volkes? Schon das blosse Wort setzt den Professor in Wut. Es ist ihm der „frivolste Betrug“, eine „unsittliche Komödie“. Nein, der Staat hat das Volk in Zucht zu halten, seine geilen Schösslinge zu beschneiden, ihm klar zu machen, dass es nicht dazu da ist, ein faules Mistbeetchen des häuslichen Glückes zu pflegen usw. Jede andere Denkungsart ist „gemein“.

Wer aber ist denn eigentlich dieser Staat? Wenn der Staat nicht das Volk oder die Gesellschaft ist, dann können nur die „der Staat“ sein, die zu befehlen haben, die die Macht besitzen. Das sind zwar auch nur Menschen, aber natürlich und selbstverständlich die besten, weisesten und intelligentesten der Sterblichen. So wenigstens stellen die Professoren des Absolutismus die Sache dar. In der absoluten Monarchie aber ist es ganz bestimmt nicht die Intelligenz, nach welcher die Auslese der an der Regierungsgewalt Teilnehmenden getroffen wird, sondern es ist beim Inhaber des Thrones die Erbfolge, die ja natürlich, wenn das Glück wohl will, auch auf intelligente Köpfe kommen kann, und bei den höchsten Regierungsämtern ist es die Wahl des Monarchen und die gesellschaftliche Stellung, speziell der Adel. Gewöhnliche Sterbliche, und wären sie noch so intelligent, können auf gewisse Regierungs- und militärische Kommandostellen gar nicht gelangen, weil ihnen der „Makel“ der niedrigen Geburt anhaftet.

Wenn dem nun aber so ist, dann kann bei einem solchen Regierungssystem auch keine Rede sein von einer alle umfassenden Volksgemeinschaft, sondern dann haben wir eben den durch eine abgrundtiefe Kluft in zwei Teile gespaltenen Junkerstaat, der dem einen, kleineren Teile Macht, Ehre und Besitz, der Masse

des Volkes aber die Pflicht des Gehorchens und des Steuerns zuteilt. Daher denn auch das hohe Lied vom Gehorsam, und damit dieser dem Leser um so besser eingehe, wird dann von den gelehrten Dozenten der Staatsallmacht und des Gehorsams gelegentlich eines jener Taschenspielerkunststücke verübt, die das Volk über den wirklichen Stand der Dinge hinwegtäuschen:

„Der Staat ist nicht lebensfähig," schreibt Lasson, „wo das Volk nicht zu gehorchen versteht. Die Strenge der Zucht, der Gemeingeist, vermöge dessen der einzelne sich willenlos dem Gesamtwillen unterordnet, das einträchtige, freudige Zusammenwirken aller für das Heil des Vaterlandes: diese Erscheinungen beweisen das Vorhandensein eines wahrhaft staatsfähigen Volkes, das seine Existenz zu verteidigen vermag und eben deshalb ein Recht auf selbständige Existenz besitzt."

Hier wird nun also plötzlich an Stelle des Staatsideales der Junker, auf welches die ganze Lehre Lassons zugespitzt ist, mit einem geschickten Handgriff das Staatsideal der Demokratie: der Gesamt-Wille, untergeschoben und dem Volke plausibel gemacht, dass es durch gehorsames Sichbeugen unter den Befehl des Staates nur dem Gesamtwillen sich unterordne. Es gibt aber im Junkerstaat gar keinen Gesamtwillen, sondern nur den Willen der regierenden Kaste, nur den Willen der den „Staat" bildenden Machthaber, die das Volk in Zucht und Ordnung und beim Verstand halten müssen, ohne die das Volk nur eine wüste Horde ist, ja ohne die die Menschen überhaupt nicht Menschen wären. Und warum findet man diese Unterschiebung notwendig? Weil es sogar dem sprichwörtlichen deutschen Gehorsam schliesslich zu bunt werden könnte, wenn er sich einmal klar darüber würde, dass der „Staat", der von ihm alles verlangt und der ihm zuruft: du bist nicht dazu da, glücklich zu werden, sondern zu gehorchen und deine Pflicht zu tun; dein Hab und Gut, deine Kinder, dein Leben gehören mir, nicht dir, — dass dieser „Staat" eigentlich nur die paar allmächtigen Junker sind, dass sie es sind, nach deren Gutfinden und für deren Interessen man alles opfern soll. Und dann könnte man weiter zu der Frage gelangen: was leisten, was bieten denn sie für das Ungeheure, das sie verlangen? Nun, sie bieten ihr gnädiges Wohlwollen und ihre — Gott gebe, gesegnete — Vermahnung: sich's nicht allzu wohl sein zu lassen auf dieser Welt, nicht üppig zu werden, sich nicht „auszuleben auf Kosten anderer". — Es sollte das einer probieren aus dem Volk, „sich auszuleben auf Kosten anderer"! Der wäre

bald in einer Zwangsarbeitsanstalt. Dieses Privilegium besitzen auch nur die Herren. Überhaupt: wo ist die Gefahr grösser, sich's allzuwohl sein zu lassen und üppig zu werden, bei den Herren und Junkern, die sich alle Genüsse verschaffen können und deren Leben oft nichts weiter ist als Spiel und Tand, oder aber im Volk, das sich mühen und plagen muss, um nur mit Ehren durchzukommen?

Wenn man aber auch annehmen wollte, die regierende Junkerklasse stelle die Auslese der weisesten und besten Menschen dar, so schlösse dieses Regierungssystem doch immer noch eine furchtbare Gefahr sowohl für das eigene Volk wie auch für alle andern Völker in sich. Die Gefahr besteht darin, dass diese auserlesenen Menschen im Junkerstaat, so vornehm sie auch sein mögen, doch eben fehlbare Menschen sind und bleiben, Menschen, die sich irren können, Menschen, die der Versuchung ausgesetzt sind, die unbeschränkte und entsetzliche Macht, die in ihren Händen ruht, falsch anzuwenden oder gar zu missbrauchen, um einer Laune, einer Temperamentsaufwallung, einer vorgefassten falschen Meinung Genüge zu tun; und wenn sie dann bei jedem ihrer Einfälle über ein unbedingt und besinnungslos gehorchendes, kriegstüchtiges Volk verfügen können, ist dies nicht furchtbar zu denken? Es gäbe daher für den Bürger noch andere Pflichten und andere schöne und wichtige Aufgaben, als nur immer lieb Kind sein nach oben hin und zeigen, wie musterhaft brav und gehorsam man sein kann: nämlich die Pflicht, zu prüfen, ob das, was die Regierung will, auch richtig und gut ist, und wenn dies nicht der Fall sein sollte, dagegen zu protestieren. „Es ist gefährlich," sagt Georges Matisse, „wenn eine Regierung des Gehorsams des Volkes sicher ist. Eine Regierung muss sich kontrolliert fühlen. Ihre Befehle müssen ihre Wirksamkeit nicht aus dem Autoritätsprinzip, sondern aus der freiwilligen und vernünftigen Zustimmung der Nation herleiten."

Noch ein letztes Beispiel aus Lasson mag zeigen, mit welchen Begriffsfälschungen von den Kriegsverteidigern gearbeitet wird, um den Krieg als solchen zu rechtfertigen. Lasson geht von dem — bereits durch die bisherige Tätigkeit des Haager Schiedsgerichts als falsch erwiesenen — Satze aus, dass es eine zwischenstaatliche Rechtsordnung nicht geben könne, und sagt:

„Eine Rechtsordnung, ein Gerichtshof, ein Zwang für das Verhältnis von Staaten untereinander ist nicht denkbar. Der Krieg ist daher im Begriff des Staates mitgesetzt.

„Will man den Krieg abschaffen, so muss man zunächst den Staat beseitigen, oder, was auf dasselbe Ziel herauslaufen würde, man muss die Vielheit der Staaten abschaffen und damit die Universal-Despotie und die allgemeine Sklaverei einführen.

„Wer gegen den Staat, gegen seine geschlossenen Ordnungen ankämpft, dient allein der Bestialität.

„Wir haben viele, die den Krieg nicht wollen, im Verdacht, dass sie eigentlich den Staat nicht wollen.

„Ohne den Staat aber wäre der Mensch nicht Mensch, ohne den Krieg der Staat nicht Staat. Mithin ist der Krieg durch den Begriff der Menschheit selbst gegeben, nicht bloss wie sie war oder jetzt ist, sondern wie sie immer sein wird."

Machen wir uns noch einmal recht klar, was da behauptet wird: Eine Rechtsordnung zwischen Staaten kann es nicht geben; also ist Krieg der natürliche Zustand zwischen Staaten, und somit — so wird unter etlichen logischen Purzelbäumen fortgefahren —: wer Staat sagt, der sagt auch Krieg. Folglich: wer gegen den Krieg ist, der ist auch gegen den Staat; Krieg abschaffen wollen, heisst soviel als den Staat abschaffen und dafür die Universal-Despotie und die allgemeine Sklaverei einführen; und da der Mensch ohne den „Staat" überhaupt nicht Mensch ist, sondern nur eine Bestie, folgt der Haupttrumpf: „Wer gegen den Staat, gegen seine geschlossenen Ordnungen ankämpft, dient allein der Bestialität." So gelangt man mit Hilfe einer Kette von Trugschlüssen und falschen Vorspiegelungen dahin, diejenigen, die mit aller Kraft gegen die Bestialität des Krieges kämpfen, gerade als solche hinzustellen, die „allein der Bestialität dienen".

Der Krieg ist der Vater aller bösen Dinge. Er ist ganz besonders der Vater der Lüge. Der Krieg kann niemals vor dem menschlichen Gewissen gerechtfertigt werden, und jeder Versuch, es doch zu tun, muss sich der Lüge bedienen. Darum ist auch die ganze Kriegsliteratur, Kriegsphilosophie und Kriegstheologie vom Lügengeist förmlich durchtränkt. Die gewöhnlichen Kriegslügen: erfundene Schauergeschichten, Siege statt Niederlagen usw. sind harmlos und ungefährlich im Vergleich zu dem die Köpfe verwirrenden und die Gewissen vergiftenden Lügengeist, in dem das von einer Regierung in den Krieg gehetzte Volk systematisch bearbeitet wird.

---

# Politik und Moral

Ein solches Lügensystem, wie es der Krieg zu seiner Rechtfertigung verlangt, kann natürlich vor der hausbackenen bürgerlichen Moral nicht bestehen. Das ist nach der Meinung der Kriegsphilosophen auch gar nicht nötig. Die bürgerliche Moral hat hier nichts zu meinen und zu befinden. Lasson sagt es unmissverständlich:

„Nur die gründlichste Borniertheit kann mit dem Moralgesetz auszukommen meinen auf einem Gebiet, wo in jedem Augenblick Entschlüsse von unübersehbarer Tragweite zu fassen, wo die höchsten Güter in reichster Fülle zu wahren sind, wo auf geniale schöpferische Kraft des Tuns fortwährend Anspruch gemacht wird. Das Moralgesetz kann als Norm und Kriterium des ethischen Verhaltens überhaupt nur auf den niedern Stufen der Willensbildung gelten. Es dient zur Erziehung ... In jeder besonders schwierigen Lage lässt uns aber das Moralgesetz schon im gewöhnlichen Leben im Stich und weiss den besondern Fall nicht mehr ganz zu beherrschen ... Das ist jedenfalls unzweifelhaft, dass für das Handeln auf politischem Gebiet das Moralgesetz ein durchaus ungeeigneter Massstab ist. Es frägt sich vielmehr: Bis zu welchem Grade ist der Handelnde von der Tendenz des Ganzen, das er vertritt, durchdrungen und verwirklicht er die Intentionen desselben?“

Auch hier wieder begegnen wir dem gewohnten Trick. Es wird gezeigt, dass an den verantwortlichen Stellen unter Umständen jeden Augenblick Entscheide von der grössten Wichtigkeit gefällt werden müssen. Was braucht es dazu? Wir würden antworten: Scharfsinn, klaren Kopf, rasche Auffassungsgabe, äusserste Gewissenhaftigkeit. Lasson aber will glauben machen, dass der Staatsmann, um solche folgenschweren Entscheide fällen zu können, einer skrupellosen Moral bedarf. Eine schlimme und unverantwortliche Irreführung wird hier dadurch begangen, dass man die Vorstellung erweckt, als ob schwere und verantwortungsvolle Entscheide überhaupt nur mit unmoralischen Mitteln zustande kommen könnten und es daher nur auf die Überlegenheit in spitzbübischer Gerissenheit ankomme, während die tausendfache historische Erfahrung zeigt, dass die wahre und dauernd erfolgreiche Staatsklugheit mit Rechtlichkeit und Moral identisch ist.

Wenn man den Quellen nachforscht, aus denen die Moraltheorien der deutschen Intellektuellen entsprungen sind, so wird man direkt

zum Jahr 1870 zurückgeführt. Der Amerikaner James A. Beck hat geschrieben, dass sich der allzu leicht errungene Sieg über Frankreich in den Jahren 1870/71 noch als das grösste Unglück erweisen werde, das jemals über Deutschland gekommen. Das deutsche Volk hat Elsass-Lothringen gewonnen, aber Schaden an seiner Seele genommen. Bismarcks Gewalterfolge haben die Augen geblendet und die Gewissen verwirrt. Anfänglich, als Bismarck mit seiner skrupellosen, vor keinem Mittel der List, der Täuschung und Gewalt zurückschreckenden Politik sein unablässig im Auge behaltenes Ziel — die preussische Vorherrschaft über Deutschland — verfolgte, hatte man in weiten Volkskreisen noch den klaren Verstand und die moralische Kraft, gegen eine solche Politik zu protestieren. Selbst in Preussen regte sich bis ins Abgeordnetenhaus hinein der Widerstand gegen den „wilden Abenteurer" und „gewissenlosen Gewaltpolitiker", als welchen man damals schon mit vollem Recht Bismarck betrachtete. Bismarck kümmerte sich um nichts, ging seinen Weg und erreichte sein Ziel. „Später," sagt Professor Johannes Scherr, „nachdem der böse Medizinmann die deutsche Krankheit mit Eisen und Feuer kuriert hatte, sind natürlich seine heftigsten Gegner und Schmäher von 1862 seine alleruntertänigsten Knechte und Schmeichler geworden, denn der Erfolg ist der Gott der Menge und verwandelt im Handumdrehen den Urjunker in einen patriotischen Genius." Der Erfolg ist nicht nur der Gott der Menge, er ist ganz speziell auch der Gott der Herren Professoren, — Johannes Scherr nicht ausgenommen. Die Professoren, die Intellektuellen, die die geistigen Führer des Volkes sein sollten, waren die ersten, die vor dem Erfolg sich in den Staub warfen und den zum Nationalheros erhobenen Blut- und Eisenmenschen anbeteten. Bismarck hatte über die Moral und das Gewissen gesiegt; danach stellten sich die Professoren ein und betrachteten es fortan als ihre Aufgabe, dem deutschen Volk begreiflich zu machen, dass die Moral mit der Politik nichts zu schaffen habe. Man war auch jetzt noch klar genug bei Sinnen, um zu sehen, dass zwischen der Politik Bismarcks und der Moral ein unvereinbarer Gegensatz bestand. Vor die Wahl gestellt, entweder die Politik Bismarcks zu verurteilen oder aber die Moral als Kinderstubenweisheit lächerlich und unwirksam zu machen, wählte man das letztere. Der „Schöpfer der deutschen Einheit" durfte nach den Versicherungen der Professoren nicht mehr mit dem Massstab gewöhnlicher Sterblicher gemessen werden; er, der so Grosses vollbracht, hatte das Recht, für

sich eine besondere Moral zu beanspruchen. Dabei liess man es absichtlich in Vergessenheit geraten, dass es keinen schlimmeren Feind und Verspötter der deutschen Einheit gegeben hat als Bismarck, solange es sich nur um deutsche Einheit handelte. Diese erhielt für ihn erst Sinn und Zweck als Mittel zur Erlangung der preussischen Oberherrschaft, und dafür hatte er seine drei Kriege arrangiert; das allerdings ging nicht ohne „Blut und Eisen". Die deutsche Einheit hätte man haben können ohne Blutvergiessen, schon 1849 — wenn man gewollt hätte! Krieg ist nicht nötig zur Herstellung von Einheit und Bundesgenossenschaft, aber er ist nötig und unentbehrlich zur Errichtung und Ausbreitung der Herrschaft. Wer Herrschaft will, ja, der muss in der Tat Krieg wollen, und wer den Krieg will, der muss die Moral aus der Politik verbannen.

So hebt denn alsbald mit 1870 — ja eigentlich schon mit 1866, wo die erste gründliche „Bekehrung" zu Bismarck sich vollzog — jenes Treiben der Professoren an, das dem deutschen Volk das Wirken Bismarcks im Lichte einer über der Moral und dem Gewissen erhabenen Staatskunst zeigen sollte. Es begann die Lobpreisung der „Realpolitik", als welche — nach Scherr — die Moral nur ein Ammenmärchen und die sittliche Entrüstung ein vertretener Kinderschuh ist. Man schämte sich ordentlich, Bismarck solange verkannt und missverstanden zu haben, und billigte es nun vollkommen, nachdem der Erfolg ihm „rechtgegeben", dass die überlegene Genialität des grossen Staatsmannes sich über die lächerlichen Bedenklichkeiten der kleinbürgerlichen Moral hinweggesetzt hatte. „Wir hatten damals wie später" — so doziert Johannes Scherr — „Idealiker genug, aber keine Politiker. Uns fehlte der praktische Genius, der skrupellose Dämon. Ja, gerade dieser! Denn denkende und wissende Menschen sollten den abgedroschenen Gemeinplatz, dass „die ehrlichste Politik die beste sei", doch nachgerade ruhig da lassen, wohin er gehört, d. h. in der Kinderfibel. Es hat niemals eine ehrliche Politik gegeben in dem landläufigen Sinn des Wortes, und kann keine geben. Der schöpferische Staatskünstler will und muss sein Werk fertig stellen, ganz unbekümmert darum, ob dasselbe den Gegnern „unehrlich" vorkommt, missfällig sei und zum Schaden gereicht. Nicht die bunte Luftspiegelung der sogenannten „sittlichen Weltordnung", sondern harte Wirklichkeiten, erzprosaische Interessen, sowie edle und gemeine Leidenschaften bestimmen mitsammen die Staatskunst". Scherr spottet über die protestierenden preussischen Liberalen, welche,

eingewickelt in ihr „Blatt Papier“ (die Verfassung!), pochend auf ihren „Schein“ (das Recht!), Bismarck nicht verstehen wollten, wie nun auch für Rohrbach die damals von Bismarck proklamierten, von der Opposition heftig bekämpften politischen Grundsätze heute „selbstverständliche Wahrheiten“ sind, während sie damals „auf die voreingenommenen, vom politischen Tatsachensinn noch unberührten“ Gemüter der Opposition noch keinen Eindruck zu machen vermochten. Scherr vermag nicht einzusehen, warum Bismarck es nicht auch hätte machen sollen wie alle andern Diplomaten vor ihm und nach ihm: „Aber sollte denn in dieser unsrer Welt, wie sie nun einmal ist, sollte in diesem ungeheuren Mechanismus von Lug und Trug ein deutscher Staatsmann ehrlicher sein müssen als die englischen, französischen, russischen usw.? Und wenn alle diese diplomatischen Gegner Bismarcks um so viel dümmer sich erwiesen als er, um so schlimmer für sie! Wenn ihre Mittelmässigkeit seiner Genialität gestattete, ihnen den Leitring durch die Nase zu ziehen, warum hätte er sie denn nicht daran herumführen sollen? Wozu wären denn sonst die Nasenringe da?“

Auf den gleichen Ton gestimmt sind die Vorlesungen Treitschkes, der zwar auch gelegentlich beim „lebendigen Gott“ schwört, im übrigen aber den lieben Gott einen guten Mann sein lässt. Treitschke findet es lächerlich, gegen Bestechung und dergleichen „moralisch zu poltern und einem Staatsmann zuzumuten, dass er in solcher Lage immer erst den Katechismus zur Hand nehmen solle“. „Der Staatsmann hat nicht das Recht, sich die Hände zu wärmen an den rauchenden Trümmern seines Vaterlandes, mit dem behaglichen Selbstgefühl: ich habe nie gelogen; das ist die Tugend des Mönches.“ Die Moral bestehe nur um der kleinen Leute willen, die nur Kleines leisten; sobald man aber den Ehrgeiz habe, grosse Dinge zu leisten, müsse man wohl oder übel aus den engen Grenzen heraustreten. Alle Mittel der Gewalt sind da erlaubt, „denn wer nicht zu schrecken vermag, ist verloren.“

Lasson führt eine Reihe von Fällen an, aus denen er das Recht des Angriffskrieges, der Intervention in einem Nachbarstaat, ableitet, indem er beifügt: „Von einem Staate Grossmut, milde Schonung, zarte Rücksichten zu verlangen, ist eitle Sentimentalität. Der Staat wäre pflichtvergessen, der aus Gutmütigkeit und Zartgefühl seine Interessen und diejenigen seiner Bürger wahrzunehmen unterliesse, sobald sich Gelegenheit bietet, es auf wahrhafte und Dauer

versprechende Weise zu tun. Nur die Rücksicht auf fremde Macht kann dem Staate in seinem umsichgreifenden Wesen Schranken setzen. Denn — so betont Lasson unermüdlich — „zwischen Staaten gibt es nur eine Form des Rechts: das Recht des Stärkeren, und da, solange es Staaten gibt, es auch einen Streit von Staaten geben wird, der entschieden werden muss, so ist es durchaus der Vernunft entsprechend, dass zwischen Staaten Krieg geführt werde.“ — „Wer die Macht hat, der greife an; wer der Macht nicht traut, der hüte sich, da drein zu reden, wo nur die Macht ihm das Recht gibt, seinen Rat und seine Meinung geltend zu machen.“ — „Das allerdings ist nicht richtig, dass der Zweck die Mittel heiligt, wiewohl das Entsetzen des Philisters über diesen Satz höchst ungerechtfertigt ist.“ — „Das Vertragsrecht normiert sich schlechthin nur nach dem Vorteil, und nur von dem Standpunkt des Vorteils aus wird es verständigerweise beurteilt. Wer den Vertrag bricht, begibt sich in den Kriegszustand. Er handelt unklug, wenn er die Entscheidung durch Waffengewalt fordert, ohne auf die Übermacht sichere Aussicht zu haben. Hat er diese, so mag er sich erlauben, was ihm frommt; denn zwischen Staaten gibt es nur das Recht des Stärkeren.“ „Man muss sich von aller Sentimentalität der durchaus vernünftigen Tatsache gegenüber frei halten, dass zwischen Staat und Staat die Rede nur ist vom Vorteil und von der Gelegenheit . . Ein klug berechnender, sonst aber schrankenloser Egoismus ist auf diesem Gebiet das einzig vernünftige.“

Jedes Mittel, das diesem schrankenlosen Egoismus dient, ist recht, ist „sittlich“, so auch der Nationalhass. Nach Lasson ist der Nationalhass nicht nur nicht verwerflich, sondern geradezu „eine sittliche Notwendigkeit“. „Jede Nation ist berechtigt, jede andere zu hassen; sie ist verpflichtet dazu, sobald die fremde Nationalität der eigenen Gefahr droht.“ Die hohe Obrigkeit in Preussen-Deutschland sorgt, wie für alles andere, auch für die richtige Temperierung, Ausschaltung oder Anfeuerung des Nationalhasses: „Diesen Hass zu zügeln oder zu entfesseln, ist abwechselnd die Aufgabe der Staatsleitung, je nach den vorherrschenden niederen oder höheren Interessen des staatlichen Egoismus der allgemeinen menschlichen Kulturbewegung“. Auf diesem Wege kommt Lasson auch zur Rechtfertigung des ausgesprochensten Eroberungskriegs: „Es ist die bare Kopflosigkeit, gegen Eroberungskriege als solche zu eifern. Es fragt sich vielmehr, was erobert werden soll.“ Die Theorie

Paul Rohrbachs gipfelt in dem Satz, den er auf S. 174 seines Buches „Der Krieg und die deutsche Politik“ in Sperrdruck wiedergibt: „Trachtet am ersten nach der Erweiterung des deutschen Bodens und nach der Heimholung der Deutschen aus der Zerstreuung, so wird euch solches alles von selber zufallen.“

Zur Rechtfertigung der Diplomatenmoral in den Augen des Volkes und zu dessen Beschwichtigung bedient man sich mit Vorliebe der tendenziös zugespitzten Antithesen. Man ängstigt das Volk mit den extremsten Gegensätzen, um ihm zu zeigen, dass ihm gar keine andere Wahl bleibe, als sich der Schelmenpolitik seiner Diplomaten anzuschliessen und den „kurzsichtigen Schwärmern und Fanatikern“, die immer wieder mit ihren Moral-Trivialitäten kommen, entschlossen den Rücken zu kehren. Für das deutsche Volks heisst es, so wird gesagt, „Weltmacht oder Niedergang“; es heisst „ins Kloster gehen“ oder Krieg führen; ein Volk von Sklaven, Trotteln und Schwächlingen werden oder sich wehren; Frauen schänden, Kinder spiessen lassen oder Krieg erklären; die Feinde lieben oder das Vaterland hassen; an den rauchenden Trümmern des Vaterlandes sich die Hände wärmen und pharisäisch sich rühmen: ich habe nie gelogen, oder aber wie die andern lügen und damit das Vaterland retten. Es ist nicht auszusprechen, welche Falschheit und Verlogenheit in dieser politischen Bildersprache liegt, die keinen andern Zweck verfolgt, als das Volk mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass „in der Welt, wie sie nun einmal ist“, für ein ehrliches, braves Volk der Weg der ehrlichen treuen Arbeit zum Vorwärtskommen nicht genügt und man sich nicht davor scheuen darf, Krieg zu führen. Damit muss dann aber auch alles in den Kauf genommen werden, was der Krieg zur Voraussetzung hat: den Militarismus, den Absolutismus, die Disziplin und den Gehorsam.

Wenn uns entgegnet wird, dass alle diese einzelnen Aussprüche einzelner Professoren doch nichts beweisen für die Politik der deutschen Regierung und die Gesinnung des deutschen Volkes, so kann in bezug auf letzteres ohne weiteres zugestimmt werden, obwohl gerade die Riesenauflagen, welche alle jene imperialistischen Bücher erfahren haben, darauf schliessen lassen, dass diese Auffassung doch schon in recht weiten Volkskreisen Anklang gefunden hat. Was die Regierung anbetrifft, so ist für mich massgebend ihr Verhalten gegenüber den Reden und Schriften der Kriegsverherrlicher und

Verkündiger der politischen Unmoral. Da muss man nun wahrnehmen, dass die Erzeugnisse dieser Richtung sich obrigkeitlicher Duldung, wenn nicht gar direkter Förderung erfreuen, während die Schriften gegen den Krieg und für die Moral in der Politik verboten sind. Es kommt auch nicht darauf an, ob die Alldeutschen nur eine mehr oder weniger zahlreiche Minderheit im Volke bilden; das Ausschlaggebende ist, dass die alldeutsche Idee im Krieg sinnfälligen Ausdruck gefunden hat und die von den Treitschke, Bernhardi usw. empfohlene Methode akkurat auf die Art und Weise der Eröffnung des Weltkrieges passt.

Es gibt aber noch ein anderes, ganz sicheres Kennzeichen für die in den obern Regionen herrschende Windrichtung, und das sind — die Wetterfahnen auf den Kirchtürmen: die Haltung der Herren Pastoren im absolutistischen Staate. Die Pastoren gehen mit der Regierung durch Dick und Dünn, und die Pastoren predigen für den Krieg und verherrlichen ihn. Was sie dabei aus dem Christentum machen, dessen Verkündiger sie sein sollten, ist ganz entsetzlich. Uns steht der Verstand still, wenn wir in der Broschüre eines deutschen Pfarrers über „Christentum und Krieg" die Worte lesen: „Das Verlangen, gründliche Vergeltung an unsern tückischen Feinden zu üben, und die reine, ungetrübte erhebende Freude über schwere, den Feinden beigebrachte Verluste ist nur die Kehrseite tiefer Vaterlandsliebe. Wir flaggen die Häuser, wir läuten die Glocken, wir singen: Nun danket alle Gott, wenn unübersehbare Scharen von Russen in den Masurischen Sümpfen einen schrecklichen Tod finden, oder wenn fast 2000 Seeleute durch „U 9" auf den Grund des Meeres befördert werden, und solche Äusserungen dankbarer Freude sind echt deutsch und sind echt christlich. Wer wollte annehmen, dass es dem Christengott missfällt, wenn ein Volk, das gegen Neider und Hasser um seine Existenz kämpft, jeden Fortschritt in diesem Kampfe freudig begrüsst, und wenn es ihm, dem Herrn der Heerscharen, dabei die Ehre gibt!" Von seelsorgerlicher Wirksamkeit ganz eigener Art erzählte in einer Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses im März 1916 der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann, der nach dem Verhandlungsbericht ausführte: „Der Divisionspfarrer Schettler verbreitet an der Front Bücher, wohl auch auf Staatskosten, deren eines heisst: „Im Namen Gottes — durch!" Da heisst es: „Unsere Schuld ist es nicht, wenn wir in der Blutarbeit des Krieges auch die des Henkers verrichten müssen (Hört, hört! bei den Sozialdemo-

kraten). Dem Soldaten ist das kalte Eisen in die Hand gegeben; er soll es führen ohne Scheu; er soll dem Feinde das Bajonett zwischen die Rippen rennen (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten); er soll sein Gewehr auf ihre Schädel schmettern (stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten); das ist seine heilige Pflicht, das ist sein Gottesdienst (stürmisches Hört! hört! und Pfuirufe bei den Sozialdemokraten). Dagegen müssten Sie doch protestieren! Weiter heisst es in dieser Schrift: ‚Gott hat zugelassen, dass diese Prüfung die Menschheit trifft. Ihr habt nichts zu verantworten, sondern nur jeder an seiner Stelle die Waffen mit Nachdruck zu gebrauchen gegen die Russen, die Franzosen, Belgier, vor allem gegen die englischen Kanaillen‘ (erneute stürmische Pfuirufe bei den Sozialdemokraten). Ist das christlich? Ist das religiös? (Zurufe rechts: Ja! — Abg. Dr. Liebknecht: Sie lächeln da noch? — Heiterkeit rechts. — Abg. Ströbel: Sie würde Christus zum Tempel hinaustreiben! — Zurufe rechts: Geht nach England!) Wenn ein Kommandeur einer Truppe so spricht, wie dieser Divisionspfarrer, so kann man es vielleicht verstehen, aber von einem Geistlichen sollte man es doch nicht für möglich halten.“ —

Zur Kennzeichnung des mit dem Krieg und Absolutismus liierten Christentums genügt wohl die von Lic. theol. Paul Rohrbach (aber auch von vielen andern) vertretene Idee, dass dieser fürchterliche Weltkrieg von dem „deutschen Gott“ extra seinem lieben und auserwählten deutschen Volke zubereitet und „geschenkt“ worden sei, um ihm den Weg „zum Weltvolk hindurch“ und zur „Weltgeltung“ zu bahnen. Dieser „deutsche Gott“ stünde somit ganz auf dem Standpunkt des Herrn Bissing, wonach alles, was die Deutschen auf diesem Siegeswege zugrunde richten, auch nicht ein Augenzwinkern wert ist. Bei einem preussischen General ist solche Denkungsart verständlich, aber beim „deutschen Gott“? Einen solchen deutschen oder andern Gott gibt's nicht, sondern höchstens einen greulichen Götzen, dem eine aus dem Geleis geratene menschliche Phantasie ihre lästerlichen Dummheiten unterschiebt. Solche Religion ist schwarzes Heidentum und steht auf der Stufe der Fetischanbeter in Aschanti.

Man sollte es nicht für möglich halten, und doch ist es Tatsache, dass eine über zahlreiche Anhänger verfügende theologische Richtung es förmlich darauf anlegt, zu beweisen, dass das Christentum für diese Welt nichts taugt, und dass jedenfalls in der Politik mit ihm

nichts anzufangen ist. Sie hat zu diesem Zweck einen ganz neuen Begriff von „Sittlichkeit“ herausgearbeitet: „sittlich“ ist ihr alles, was der Staat (oder dessen Machthaber) für nützlich und zweckmässig finden, und wäre es moralisch noch so anrüchig, „unsittlich“ aber, was sie in ihrem Vorhaben geniert oder hindert. Dem Christentum, dessen Vorschriften in der Tat oft für den Staatsmann genierlich werden können, darf deshalb kein entscheidender Einfluss auf politische Erwägungen eingeräumt werden. Es sei für diese Richtung ein einziges Beispiel angeführt: das von dem deutschen Theologieprofessor Joh. Wendland in Basel herausgegebene „Handbuch der Sozialethik“, das unlängst im Sonntagsblatt der „Basler Nachrichten“ besprochen wurde. Danach bestehe heute für die Deutschen entschieden die Notwendigkeit, die Christenpflichten und die, welche ihm als Bürger obliegen, zu trennen, und die erstern den zweiten unterzuordnen; oder, wie Naumann das ausgedrückt hat, es gelte für jedermann, Christ zu sein, so viel und so gut es in dieser Welt möglich ist; man müsse darauf verzichten, nur christliche Motive zu haben, sondern man habe sie neben andern. Immer wieder sieht Wendland seine Hauptaufgabe darin, zu beweisen, dass sich vom Christentum aus kein direktes Verhältnis zur Welt ergebe, dass das Christentum nicht die einzige unser Leben bestimmende Macht sein könne, und die Konflikte zu schildern, die daraus entspringen. So erhält auch der Leser seines Buches als stärksten Eindruck den, dass es zwar eine sehr schöne Sache um die christliche Moral sein mag, aber auch eine recht unpraktische, insofern man weder draussen in den Händeln der Welt, noch in Beruf und Familie damit auskommen kann, und neben ihr noch einer handfesten, bodenständigen Moral bedarf, die auch solche Bedürfnisse und Gesetze berücksichtigt, die das allzusehr in der Höhe schwebende Christentum ignoriert oder geradezu bestreitet.

Der Sinn dieser Kriegstheologie ist in kurzen Worten der: wenn du als Staatsmann etwas leisten willst, dann musst du vergessen, dass du ein Christ bist, ja du musst vergessen, dass du ein anständiger Mann bist! Es ist wohl kaum nötig, zu bemerken, dass wir als Laienmitglieder unserer evangelischen Landeskirche diesen Grundsatz für absolut falsch halten und der Überzeugung sind, dass die für den Weltkrieg verantwortlichen Staatsmänner gerade deswegen das Unglück verursachten, weil sie nicht als Christen und anständige Leute handelten. Damit haben sie auch bewiesen, dass sie nicht

richtige Staatsmänner waren, sonst hätten sie unter allen Umständen die ungeheure Dummheit dieses Krieges verhindert.

Recht und Moral sind aber doch so mächtige Faktoren im Kulturgewissen des 20. Jahrhunderts, dass trotz aller Kriegstheologen und Rechtsverdreher kein Staat es mehr wagt, nur auf die brutale Gewalt und auf das Recht des Stärkeren allein gestützt, einen Krieg zu beginnen. Auch der ausgesprochenste Eroberungskrieg muss vor der Öffentlichkeit in einen gerechten und heiligen Krieg umgelogen werden, und das geschieht oft mit einer Kasuistik, bei der die alten Moralisten des Jesuitenordens noch in die Schule gehen könnten. Es fehlt hier wie überall am Mut der Konsequenz. Man wagt es nicht, im kritischen Moment zu seiner Überzeugung zu stehen. Wenn es richtig wäre, was uns von den Kriegstheologen und Juristen des Absolutismus vorgetragen wird, dass der Staatsmann nichts nach Recht und Moral zu fragen habe, dann wäre beim Kriegsausbruch von „Schuld" und „Verantwortlichkeit" überhaupt nicht zu sprechen, sondern es tut in diesem Falle eben jeder was er kann, um sich durchzusetzen. Nun aber kommt man doch sogleich mit der Schuldfrage und bemüht sich aufs hitzigste, zu beweisen, dass die ganze Verantwortung für das „ungeheure Verbrechen" auf den Gegner falle.

Das hängt damit zusammen, dass eben das Volk den Krieg machen muss, dass es die Suppe auszuessen hat. Das Volk aber hat keinen Sinn und kein Verständnis für die Spitzfindigkeiten der politischen Kasuistik und für die illuminösen Gedankengänge der Kriegstheologen. Dem Volk muss man bar und glatt sagen: „Diese elenden, schlechten Kerle haben uns überfallen wollen. Drauf! Gebt's ihnen, — deutsches Volk, pack an!" (siehe „Kölnische Zeitung"). Der Gegner muss so schlecht wie nur möglich gemacht werden, um die Wut des Volkes zu reizen und es zum Kriege anzufeuern. Denn das Volk beurteilt auch die hohe Politik ausschliesslich nach der bürgerlichen Moral. Fürst Bülow sagt: „Bei keinem Volk ist die Neigung, die auswärtige Politik mit Sympathie oder Antipathie, Liebe oder Hass nach bürgerlichen Moralbegriffen oder privatrechtlichen Grundsätzen, nach vorgefassten Meinungen oder abstrakten Vorstellungen zu treiben, so ausgeprägt wie bei uns." Der gemeine Mann fühlt instinktiv, dass es auch in der Politik nicht zweierlei Moral geben darf. Das Volk vertraut seiner Regierung doch nur deshalb, weil es von ihr überzeugt ist: unsere Regierung lügt nicht,

*sie* bricht keine Verträge, sondern sie handelt überall so, wie man es von einem Ehrenmann erwartet. Diesem weitverbreiteten Volksgefühl wird denn auch von Seiten der Obrigkeitsregierung sorgfältig Rechnung getragen. Alle ihre offiziellen Kundgebungen und Erlasse sind durchaus auf den Ton und Geist der *bürgerlichen Moral* abgestimmt. Ganz entgegen den Lehren der Kriegsphilosophen und Kriegstheologen spielt die bürgerliche Moral bei der hohen Politik auch im gegenwärtigen Kriege eine sehr grosse, ja die ausschlaggebende Rolle, aber — *sie wird nur den Landesfeinden gegenüber zur Anwendung gebracht*: Engländer, Franzosen, Russen, Serben, Belgier usw. werden offiziell *ausschliesslich* nach der *bürgerlichen Moral* beurteilt; gegen sie wird der Volkshass und die Kriegswut entzündet, weil sie nach den bürgerlichen Moralbegriffen schlechte Kerle, Räuber, Neidhämmel, Meuchelmörder sein sollen. Für *sie* gelten nirgends das blosse Recht des Stärkern, das Recht der Eroberung, das Recht des Vertragsbruchs, der Vorteil des Augenblicks und alle jene Momente, die die imperialistische deutsche Staatslehre für sich in Anspruch nimmt.

Diese Anwendung des *doppelten Massstabes* — der Diplomatenmoral für die eigene Politik, der bürgerlichen Moral für die Gegner — lässt sich durch die ganze deutsche Kriegsphilosophie bis zum Jahre 1870 zurück verfolgen. Der gleiche Johannes Scherr, der das deutsche Volk glücklich preist darob, dass es endlich in Bismarck den „skrupellosen Dämon“ gefunden, hat für Napoleon III. nur Worte des Abscheus und der tiefsten sittlichen Entrüstung. Er ist „aus einem Wüstling ein Abenteurer, aus einem Abenteurer ein Verbrecher, aus einem Verbrecher ein Kaiser“ geworden, auf dessen Stirne mit Brandmallettern geschrieben steht: „Boulevard Montmartre, 4. Dezember 1851“. Und dieser Mensch, ruft Scherr aus, dieser meineidige und mörderische Usurpator, hat nahezu zwanzig Jahre die Geschicke Europas gelenkt, — einzig und allein, weil er ein „glücklicher Verbrecher“ war ...

Wir fühlen uns als Menschen, als Bürger und Demokraten im denkbar stärksten Gegensatz zu dem Prinzip, dass die Moral von der Politik ausgeschlossen werden müsse. Wir stellen uns mit vollem Bewusstsein auf den „abgedroschenen Gemeinplatz“, dass die ehrlichste Politik die beste sei, und es war für uns ein Lichtblick in dem Dunkel dieser traurigen Tage, als das Oberhaupt eines mächtigen Grossstaates, *Präsident Wilson*, feierlich verkündete:

„Wir stehen am Anfang eines Zeitalters, in welchem die Menschheit darauf bestehen wird, dass bezüglich des gegenseitigen Verhaltens und der Verantwortlichkeit für begangenes Unrecht zwischen den Völkern derselbe Massstab sittlicher Bewertung angelegt wird, wie zwischen den einzelnen Bürgern zivilisierter Staaten."

Zwei Gründe sind es hauptsächlich, die uns diesen Standpunkt vorschreiben. Einmal die allgemeine Erwägung, die man nicht genug betonen kann, dass der Staat eben kein abstraktes Ding ist, für das man eine ganz aparte, übermenschliche Moral schaffen müsse, sondern dass der Staat auch nur aus Menschen besteht: aus der menschlichen, bürgerlichen Gesellschaft. Diese bürgerliche Gesellschaft aber, soviel haben wir im Lauf der Zeit immerhin gelernt, kann nicht bestehen ohne Recht und Moral; sie muss Unrecht und Unmoral strafen und unterdrücken, wenn sie ihre Existenz nicht will untergraben lassen. Genau dasselbe wie für den einzelnen Staat gilt auch für die internationale menschliche Gesellschaft: sie kann nicht bestehen und richtet sich zugrunde, wenn sie die politische Unmoral zur Richtschnur ihres Handelns nimmt. Das sehen und erleben wir jetzt mit Schaudern. Auf Grund dieser Erfahrungstatsache kommen wenigstens wir Laien unter den demokratischen Schweizern dann doch wieder zu einer Bestätigung unserer Überzeugung, dass es falsch ist, zu glauben, die politische Unmoral der Diplomaten und Staatsmänner sei im Grunde eine Weisheit höherer Art, und es wäre von ihnen „nur dumm", sich durch moralische oder christliche Skrupeln von Rechtsverletzungen abhalten zu lassen. Wir glauben im Gegenteil, dass auch im politischen Leben das Unrecht immer zugleich eine Dummheit ist, mag es im Augenblick auch noch so viele Vorteile bieten. Wir glauben nicht an die Gewalt, glauben nicht, dass eine rechte und gerechte Sache mit einem Wahlspruch wie „Not kennt kein Gebot" unternommen werden darf. War diese Sache noch so recht und gerecht, sie wird in dem Augenblick zum Unrecht, da sie an die Gewalt appelliert und das Unrecht zu Hilfe ruft. Und dieser tragische Entschluss, das Unrecht als Mittel zum guten Zweck zu begehen, hat seinen Hauptgrund in der menschlichen Kurzsichtigkeit und Ungeduld, die nicht warten kann, bis die Saat des Rechtes in langen Jahren des Harrens zur friedsamen und ungestörten Ernte heranreift, sondern glaubt, der Entwicklung einer an und für sich

unzweifelhaft guten Sache durch Benutzung augenblicklicher Vorteile selbst auf unrechtem Wege nachhelfen zu müssen.

Wenn man uns auf Bismarcks Erfolge verweist und seinen „Tatsachensinn“ lobpreist, so gestehen wir, gerade durch das nähere Studium seines Lebenswerks in unsrer Ansicht bestärkt worden zu sein. Auf Bismarcks Gewalterfolgen ruhte kein Segen. Der „skrupellose Dämon“ war für Deutschland ein Verhängnis, er hat das deutsche Volk auf eine falsche Bahn gebracht. Sein sogenannter „Wirklichkeitssinn“ hat sich oft genug in den Wirklichkeiten des Lebens geirrt; seine politischen Berechnungen schlugen häufig fehl. Es sind zum grossen Teil die Fehler seiner Politik, unter denen heute Europa leidet und blutet. Es wirkt nach unserer Überzeugung direkt demoralisierend, wenn man es unter Berufung auf Bismarck immer so darstellt, als ob Ehrlichkeit und Moral gleichbedeutend sei mit Dummheit und ein tüchtiger Staatsmann überhaupt nicht ehrlich sein könne. Überlegene Klugheit, Scharfsinn, Verstand sind sehr wohl mit Ehrlichkeit und Moral vereinbar und sie werden letzten Endes immer den Sieg über die Dummpfiffigkeit der politischen Unmoral davontragen.

Sodann sind wir darüber vollständig im klaren, dass es für unser Vaterland in dem wilden Kampf der Grossmächte um die Weltherrschaft gar keine andere dauernde Rettung und Sicherung gibt, als die allgemeine Anerkennung des Rechtes an Stelle der Gewalt, die Verpflichtung auch der Grossen und Mächtigen dieser Erde, ein gegebenes Wort zu halten, einen abgeschlossenen Vertrag als solchen zu respektieren, die Grundsätze der bürgerlichen Moral, Ehrlichkeit, Treue und Glauben auch im internationalen Verkehr zur Geltung zu bringen. Es liegt daher in unserem eigenen höchsten Interesse, unsre Stimme mit denjenigen zu vereinigen, die nach Eindämmung der Gewalt, Gleichberechtigung aller Staaten und internationaler obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit rufen.

---

## Die Kleinstaaten

Die feudale Gesinnung, die noch an Menschen von blauem Blute glaubt, welche vor dem kleinen Mann aus dem Volk Ansprüche auf Macht, Ehre und Vorrechte aller Art voraushaben, und deshalb mit Geringschätzung auf diesen herabblickt, überträgt sich auch auf die

Staaten. Es gibt Angehörige von Grossstaaten, die sich dem Kleinstaatbürger gegenüber gewaltig blähen, nur weil ihr Vaterland eine Grossmacht ist. Uns Schweizer Demokraten kommt das immer komisch vor, weil wir wohl wissen, dass diese armen Prahler sich einer Sache berühmen, zu der sie rein nichts zu sagen haben. Ihr Vaterland mag so gross und mächtig sein als es will, sie selber stehen zu ihm nur im Verhältnis von politisch rechtlosen, nach allen Richtungen bevormundeten Untertanen. — Unser kleines Vaterland dagegen, das wir grösser gar nicht wünschen, gehört doch wenigstens uns selber; wir selbst, das Volk, wir sind der Staat. Wir machen die Gesetze selber, denen wir in freiwilligem und verständigem Rechtsgehorsam uns unterziehen, wir wählen unsre Regierungen, unsre Richter, unsre Beamten. Jeder von uns, der letzte Strassenkehrer, der Bauernknecht, der Senn auf der Alp, ist ein kleiner Souverän, er hat seinen Anteil an der Souveränität des Staates, und als aufrechter Eidgenosse im Ring der Landleute an der Landsgemeinde oder mit dem Stimmzettel an der Urne übt er seinen Einfluss auf die Geschicke des Vaterlandes. Das bedeutet für uns unvergleichlich viel mehr als die Zugehörigkeit zu einem Grossstaat, in dem man von der Wiege bis zum Grabe nur Objekt der Regierung ist, und um nichts in der Welt möchten wir unsre königliche Armut tauschen an jene glänzende Untertänigkeit.

Für die imperialistischen Professoren aber sind wir Kleinstaaten eigentlich die reinsten Parasiten, — Schmarotzer, die auf Kosten der Grossstaaten ein zwar höchst vergnügliches, aber nichtsdestoweniger unberechtigtes Dasein führen. Der Professor der Geschichte Hermann Oncken in Heidelberg sagt in seiner Schrift „Deutschland oder England?“ über Belgien:

> „Das Schicksal, das Belgien auf sich herabbeschworen hat, ist hart für den einzelnen, aber nicht zu hart für dieses Staatsgebilde, denn die Lebensgeschicke der unsterblichen grossen Nationen stehen zu hoch, als dass sie im Notfall nicht hinwegschreiten müssten über Existenzen, die sich nicht selbst zu schützen vermögen.“

Als Bürger eines Kleinstaates müssen wir natürlich dagegen protestieren, dass man die Kleinstaaten ganz allgemein als Schmarotzer traktiert. Sie würden diesen Schimpf nur dann verdienen, wenn sie nichts leisten würden, wenn sie sich auf Kosten anderer erhalten liessen. Die Kleinstaaten leisten aber an ihrem Ort für die Kultur so

viel wie die Grossstaaten. Sie arbeiten, sie bezahlen, was sie brauchen, sie verzinsen ihre Schulden, sie erweisen sich als nützliche Glieder in der europäischen Völkerfamilie und sie können sich zu allem hin auch sagen, dass von ihnen niemals so viel Unheil und Jammer über die Welt gebracht wurde wie von den eroberungssüchtigen Grossstaaten. Eine „Unsterblichkeit grosser Nationen“ in dem Sinn, dass nur denen, die nach Quadratkilometern, Anzahl und Kaliber von Geschützen, Stärke der Heere und Flotten „gross“ zu nennen sind, Unsterblichkeit vorbehalten sei, anerkennen wir nicht. Belgien z. B. wird in der Geschichte so unsterblich sein wie Deutschland, und die Unsterblichkeit des Märtyriums wird heller strahlen als die des Eroberers.

Es ist unser ungestörtes kleines Glück, auf das die imperialistischen Politiker mit Missvergnügen blicken. Sie ärgern sich im stillen über unsere „unverschämte Prosperität“ und unsere sorglose Unbekümmertheit um alle die weltbewegenden Fragen der sogenannten grossen Politik. Es stört sie sodann unser eigener, wenn auch kleiner, aber fester und unveräusserlicher Besitz, der ihnen im Wege ist wie das in die Ländereien eines Grossgrundbesitzers hineinragende Heimeli eines benachbarten Kleinbauern. Der Herr möchte längst gerne sein Besitztum arrondieren, aber der eigensinnige Bauer erklärt: „Das Heimeli ist mir nicht feil.“ Der Gutsherr will ihm einen schönen Preis bezahlen, will seine Schulden übernehmen, ihn selber als Knecht oder sogar als Grossknecht mit gutem Gehalt unter sein Gesinde aufnehmen: Es nützt alles nichts, es lockt den Bauern nicht, er bleibt bei seinem Nein, und das ist verdriesslich. Das aber ist die Stimmung der Imperialisten gegen die widerhaarigen Kleinstaaten. So spricht man ihnen denn — vorläufig wenigstens theoretisch — das Leben ab: Die Kleinstaaten haben keine Daseinsberechtigung mehr, sie gehören einer überwundenen Stufe an. Mit ihrer fast beleidigenden Gesundheit und normalen Entwicklung inmitten der um ihre Existenz ringenden Grossmächte können sie die Untertanen der letztern nur auf falsche Gedanken bringen. Es gehört darum nach Prof. Karl Lamprecht zu den Aufgaben der Grossstaaten, die Kleinstaaten anzuziehen und aufzusaugen. Treitschke schon hat die Parole von der Minderwertigkeit und Überflüssigkeit der Kleinstaaten ausgegeben. Um dies zu begründen, bestreitet er ihre Kulturbedeutung. „Was haben sie denn für die Kultur getan? Man würde kaum einen Abzug daran verspüren, könnte man sie einfach wegdenken. Einzig die Schweiz hat in Gottfried Keller einen grossen Dichter hergebracht.“ So sprach und schrieb Treitschke

schon vor vierzig Jahren. „Im Wesen des Kleinstaates," sagt er an anderer Stelle, „liegt unzweifelhaft etwas Lächerliches. Schwäche ist ja an sich nichts Lächerliches, aber die Schwäche, die sich als Macht gebärden will." Der Begriff des Staates ist nach Treitschke untrennbar von dem Begriff der Macht; ein schwacher Staat ist also etwas an sich Kontradiktorisches. Grenzenloser Stolz und Hochmut sind die wesentlichen Tugenden des Staates. „Nur in den Grossstaaten kann sich ein wirklicher Nationalstolz entwickeln, der ein Zeichen ist der sittlichen Tüchtigkeit eines Volkes." Die weiten Aussichten, welche den Individuen offen stehen, entwickeln ihren „Weltsinn". Man duldet keine zu engen Grenzen mehr; man braucht Raum, um sich auszudehnen. Namentlich die Beherrschung des Meeres wirkt in dieser Richtung. „Das freie Meer befreit den Sinn." Der Kleinstaat dagegen gibt allen Dingen ein kleinliches Gepräge. In den kleinen Staaten entwickelt sich „jene bettelhafte Gesinnung", die den Staat nur beurteilt nach den Steuern, die er erhebt. „Dadurch, dass er diesen Materialismus erzeugt, wirkt der Kleinstaat so verderblich auf die Gesinnung seiner Bürger." Gestützt darauf schliesst Treitschke, dass das Vorhandensein der Kleinstaaten gegenwärtig nur noch etwas Überlebtes ist, ohne innere Berechtigung. Dass sie verschwinden müssen, liegt, seiner Ansicht nach, in der Natur der Dinge; sie sind daher unwiderruflich dazu bestimmt, durch die Grossstaaten aufgezehrt zu werden.

Man sieht auch hier wieder, wie verschieden die Ansichten sein können. Grenzenloser Stolz und Hochmut gelten sonst als ein Symptom von Grössenwahn; nach Treitschke wären sie eher ein Zeichen sittlicher Tüchtigkeit. Ob Materialismus und bettelhafte Gesinnung mehr im kleinen als im grossen Staate gedeihen, mag jeder nach seinem Geschmack beurteilen. Wir konstatieren bloss, dass auch mit aller Grossmachtpolitik der einzelne Bürger bleibt was er ist: ein rechtloser Untertan — weniger als der letzte Gendarm, der doch immerhin ein Stück Staatsgewalt repräsentiert. Dafür bietet man dann dem Bürger das ewige Eiapopeia von Gehorsam, — Gehorsam, selbst ohne innere Zustimmung! „Fester Gehorsam ist für den Bürger das erste Erfordernis" sagt Treitschke. „Der Zwang hat zwar keine Wirkung auf das innere Gewissen; er kann nur Handlungen erlangen, aber der Staat verlangt nichts Weiteres. Daran, dass man ihm tatsächlich gehorche, ist ihm gelegen, nicht an der Art, wie man ihm gehorche ... Der Staat frägt grundsätzlich nicht nach der Gesinnung, er verlangt Gehorsam ... Es ist ein Fortschritt, wenn der stille Gehorsam der

Bürger zu einer inneren, vernünftigen Zustimmung wird; unbedingt notwendig aber ist diese Zustimmung nicht. Reiche haben durch Jahrhunderte bestanden als mächtige, hochentwickelte Staaten ohne diese innere Zustimmung ihrer Bürger.“

Nach der Ansicht Adolf Lassons haben die Kleinstaaten auch keine „Ehre“ wie richtige Staaten, „weil sie keinen Beruf haben“. Er lässt sich vernehmen: „Erweist sich der Staat im Kriege schwach, so wird er mit Recht ausgetilgt. Umgeben von grossen Mächten, die, in sich stark, gewaltige Wirkungen nach aussen üben und machtvoll einer eigentümlichen Kultur ihren Boden sichern, hat der Splitter von einem Volke, das in seiner Ganzheit ebenso gross und stark sein könnte, kein Recht zu existieren. Über den Rechtsbruch durch die rohe kriegerische Gewalt klagen am meisten die Schwachen, diejenigen, die gar keine Kriegsmacht oder ein lächerliches Afterbild von einer Kriegsmacht besitzen, gerade wie sie keine Souveränität, sondern nur die hohle Prätention haben, für souverän zu gelten. Kein Staat, der selber mächtig ist, zweifelt an dem Recht der Macht. Aber der Kleine, wenn er den Starken lange durch dreisten Übermut gereizt hat, wimmert und schreit über gebrochenes Recht, wenn der Starke sich mit seinen Riesengliedmassen erhebt und durch gebührende Züchtigung dem Schwachen tatsächlich demonstriert, dass er nur von fremder Gnade sein Dasein friste.“

Hier haben wir wieder den Jongleur. Wenn doch der Schwache nach Lassons Theorie überhaupt kein Daseinsrecht hat, wenn nur das Recht des Stärkern gilt, warum dann nicht geradewegs dementsprechend handeln, warum dann nicht einfach erklären: Du, Kleiner, bist mir im Weg, ich fresse dich!? — Weil die praktische Ausführung dieser Theorie denn doch einen zu wölfisch-brutalen Eindruck machen würde, verdächtigt zuerst der Wolf das Lamm, bevor er es frisst. Das Lamm war unartig, es war „frech“, es wird an ihm die verdiente „Züchtigung“ vollzogen, unter dem beifälligen Blöcken vieler anderen braven Schafe, die eben damit beweisen, dass sie — Schafe sind.

„Der Kleine“, fährt Lasson weiter, „tröstet sich gerne, das Vertragene müsse unverbrüchlich sein, weil es ihm seine kümmerliche Existenz fristet. Aber dazu ist eben der Krieg da, zu beweisen, dass ehemals in verkehrtem Sinne vertragen worden ist, oder dass das ehemals Vertragene seinen Sinn und Wert unter den veränderten geschichtlichen Verhältnissen verloren hat, oder dass über gewisse

Dinge noch gar nicht vertragen worden ist, oder dass der Vertrag von der einen Seite oder von beiden nicht gehalten worden oder auf unbillige Weise zu ungerechter Besitzbeteiligung des andern missbraucht worden ist.

„Ein sogenannter Kleinstaat ist gar kein Staat, sondern nur eine geduldete Gemeinschaft, die nur in lächerlicher Weise affektiert, ein Staat zu sein, ohne die wesentliche Funktion des Staates ausüben zu können, jeden Zwang mit Gewalt abzuwehren.

„Der kleine Staat, der sich im Gegensatz zum Nationalstaat zu behaupten sucht, zieht die Lakaiengesinnung gross; er zehrt wie ein Gift am Körper der Nation, indem er der Staatsgesinnung entwöhnt und durch sein blosses Dasein die schlimmste Korruption erzeugt, das gemeine egoistische Behagen und das anarchistische Sträuben gegen den Gehorsam (das ist wohl „Lakaiengesinnung"?) und die Zucht des wahrhaften Staates grosszieht. Einen solchen Afterpatriotismus im Afterstaate nennt man Partikularismus. Toren und Schwindler lieben es, den Krieg, den der werdende Nationalstaat gegen die falschen verkümmerten Afterstaaten führt, die das Werden des Nationalstaates hindern, als einen brudermörderischen Krieg zu bezeichnen. Im Gegenteil, unter allen Kriegen, die geführt werden, hat dieser Krieg die sittlichsten Ziele, dient dieser Krieg am meisten der inhaltvollen Freiheit, nicht der blossen Unabhängigkeit vom Ausland oder den blossen Existenzbedürfnissen des Staates.

„In seinem hohen und edlen Selbstgefühl verzichtet der Bürger des grossen Staates gerne auf jene lächerliche und erbärmliche Freiheit, die leicht da vorhanden sein kann, wo nicht einmal staatliche Pflichten zu erfüllen sind, wo der Staat von vornherein zur Nichtigkeit verdammt ist, wo man sich zum Lohn für solche „Freiheit" von jedem Fremden muss verletzen lassen. Diese angeblichen Staaten brauchen ihr bisschen Kraft nicht zu sammeln, denn es könnte ihnen doch nichts nützen. Sie dürfen gar nicht so unverschämt sein, ihren Angehörigen Lasten aufzulegen, denn sie leisten ihnen selber nichts. Sie existieren selbst nur durch eine unwahre Fiktion und haben für sich nichts als die verbissene Tücke des Kleinen gegen den Grossen, mit dem er sich gerne auf dieselbe Bank setzen möchte."

Solche Gesinnung gegenüber den Kleinstaaten muss man kennen, um zu verstehen, dass — „Belgien" möglich war! Die besondere Nutzanwendung der Lassonschen Lehren vom Kleinstaat auf die Schweiz hat der gefeierte und fürstlich anerkannte Agitator Otto

Richard Tannenberg besorgt durch einen Erguss, der in dem Buch: „Gross-Deutschland, die Arbeit des 20. Jahrhunderts“, in 150,000 Exemplaren im Jahre 1911 unter der deutschen Intelligenz verbreitet wurde. Er schreibt u. a.:

„Luxemburg und die Schweiz treten ebenfalls ins Deutsche Reich ein, unter Beibehaltung ihrer jetzigen Verfassung, nur müssen auch sie einen Teil an der Reichswehr tragen, die sie schon lange geschützt hat, und ihre Staaten den grossdeutschen Forderungen anpassen. Handel und Gewerbe in der Schweiz sind ganz auf den Verkehr mit Deutschland angewiesen. Die jährlich viele Millionen Mark in das Land bringenden Fremden sind zu 75% Deutsche. Schon der vorübergehende Verlust dieses Verkehrs würde die Schweiz zwingen, den grossdeutschen Forderungen nachzugeben, und ein beträchtlicher Teil des Volksvermögens ist in den dem Fremdenverkehr dienenden Anlagen festgelegt, die sofort wertlos werden und keine Zinsen mehr bringen, wenn die deutschen Reisenden fehlen. Auch ist es hoch an der Zeit, dass einigen Grossindustrien in der Schweiz das Handwerk gelegt wird, in Deutschland erfundene und patentierte Chemikalien ausserhalb der deutschen Landesgrenze zu fabrizieren und dann durch Schmuggel über das Zollgebiet zu bringen. Der Schweizerfabrikant kennt nicht die Lasten der deutschen Arbeiterfürsorge, aber „verdienen“ wird bei ihm gross geschrieben. In ähnlicher Weise wird das deutsche Volk von schweizerischen Industrierittern, die sich arztähnliche Titel beilegen, jährlich um viele Millionen geschädigt, die durch Anzeigen Kranke an sich locken und ihnen zum zehnfachen des in Deutschland üblichen Preises Medikamente zusenden und ärztliche Ratschläge erteilen. Der Einfachheit wegen natürlich unter Nachnahme. Ich erwähne diese nebensächlichen Dinge nur, um zu zeigen, auf wie mannigfache Weise die Einwohner der von uns militärisch kostenfrei geschützten Staaten es verstehen, auf unsere Kosten Geschäfte zu machen. Ein stehendes Heer hat die Schweiz überhaupt nicht. Dafür ist die Kriegsmacht um so gewaltiger — auf dem Papier aber nur. Im Ernstfall hat sie noch niemand gesehen. In statistischen Aufstellungen wird sie auf 500,000 Mann angegeben. Was davon zu halten ist, erhellt aus der Tatsache, dass Deutschland dementsprechend elf Millionen im nächsten Krieg ins Feld stellen müsste.“

Belgien und Luxemburg können bezeugen, welche Bewandtnis es hat mit dem „kostenfreien militärischen Schutz“ ihres grossmächti-

gen Nachbarn. Es ist aber besonders die Gesinnung charakteristisch, die sich eine Tugend daraus macht, eine Brutalität nicht begangen zu haben. Man stelle sich vor: ein Rüpel geht durch die Strasse und sieht einen kleinen Jungen; diesen Jungen, denkt er, könnte ich niederschlagen, wenn ich wollte, mit einem einzigen Faustschlag. Diesen Kinderwagen samt Inhalt könnte ich mit einem Fusstritt über den Haufen werfen. Was für ein edler Kerl muss ich sein, dass ich es nicht tue!... Aber halt, die Leute müssten mir doch eigentlich ein Trinkgeld geben dafür, dass ich ihre Kinder so gut beschützt habe ....

Wir wollen damit sagen, dass wir dem mächtigen Nachbarn noch lange keinen Dank schuldig sind dafür, dass er uns nicht überfällt und erobert. Wir haben das Recht auf Existenz und Selbständigkeit genau so gut wie er, und wenn wir einmal — was Gott verhüte! — seinen militärischen Schutz nötig hätten, so würde uns die Rechnung dafür wahrscheinlich schon präsentiert werden.

---

## Die Schweiz und „Mitteleuropa“

Eine nicht minder grosse Gefahr als die Alldeutschen bildet für die dem Deutschen Reich benachbarten Kleinstaaten jene einflussreiche Gruppe, die sich um den Namen Friedrich Naumann schart. Dieser Mann ist der Hauptvertreter des Projektes, in Mitteleuropa unter Deutschlands Führung ein mächtiges zentrales Staatengebilde zu schaffen, dessen Kern die beiden Kaiserreiche Deutschland und Österreich-Ungarn zu bilden hätten. Mit der Miene überlegener Gescheitheit trägt es auch Naumann als angebliche „Lehre der Geschichte“ vor, dass die Kleinstaaten verschwinden müssen, dass sie sich der „Führung“ eines auserwählten Volkes (nämlich der Deutschen) zu fügen haben, dass auf der Welt nur noch Platz ist für den „staatlichen Grossbetrieb“ und den „technischen Kulturgedanken“. Der ehemalige „Demokrat“ Naumann verachtet heute „den Internationalismus der frühern Demokratie, die für die Entwicklung des staatlichen Grossbetriebes noch kein Verständnis hatte. Es ist weltpolitische Kleinstaaterei, eine Gesinnung, die nichts anders ist als die Übertragung des Kleinbürgergeistes und seiner Kleinlichkeit auf die Verhältnisse der Staaten. Die Geschichte selbst hat aber längst gegen diesen Geist entschieden.“ In seiner traurigen Schrift „Das Ideal der Freiheit“ (!) behauptet Naumann u. a.:

„Die Geschichte lehrt, dass der Gesamtfortschritt der Kultur gar nicht anders möglich ist als durch Zerbrechung der nationalen Freiheit der kleinen Völker.

„Die Geschichte hat entschieden, dass es führende Nationen gibt und solche, die geführt werden, und es ist schwer, liberaler sein zu wollen als die Geschichte selbst es ist.

„Es ist unmöglich, die Selbständigkeitsrechte der kleinen Nationen zu schützen.

„Ein Stück des alten, kleinbürgerlichen Freiheitsideals muss ins Wasser geworfen werden, damit man den technischen Kulturgedanken voll ausdenken und ihm dienen kann.

„Es ist kein ewiges Recht der Menschen, von Stammesgenossen geleitet zu werden."

Wir Kleinstaatbürger sind an Unverfrorenheiten aller Art von seiten der Imperialisten nachgerade gewöhnt, aber zum stärksten, was man uns bisher geboten, gehört es, den mit Deutschland befreundeten Nachbarstaaten die Beleidigung ins Gesicht zu schleudern, dass nach den Lehren der Geschichte ihre endgültige Beseitigung notwendig sei. Mit viel grösserem Recht könnten wir Kleine im Flammenschein und Blutdampf des Weltkrieges es als Lehre der Geschichte verkünden, dass die imperialistischen Grossstaaten des Unglück und der Fluch der Welt gewesen sind und dass es am besten wäre, man könnte sie in tausend Stücke zerschlagen, um hernach endlich eine freie Eidgenossenschaft aller kleinen Völker der Welt entstehen zu lassen. Was aber zieht Naumann für eine Lehre aus diesem Krieg, in dem man halb Europa zu Tode „organisiert" hat? — Mehr Organisation! — Immer noch mehr Organisation, so lautet sein Spruch. Am Tage nach dem Kriege, schreibt er, „holen nämlich alle Reichs- und Staatsämter und Parteien und Verbände ihre Notizblätter heraus, auf denen steht, was nach dem Krieg anders werden soll. Ich wette, dass drei Viertel dieser Blätter das Wort enthalten: bessere Organisation!" — Und alle diese neue, noch bessere, noch sorgfältiger ausgearbeitete, über noch mehr Menschen ausgedehnte Organisation unter dem alten „bewährten" Regime des preussischen Halb-Absolutismus, „preussischer Zucht und Disziplin"! Und auch bei einem Naumann kein Gedanke daran, welche ungeheuerliche Anmassung eigentlich dazu gehört, immer noch mehr Leute unter seine väterliche Obhut und Leitung zwingen, für immer noch grössere Völkerschaften die göttliche Vorsehung vertreten zu wollen. Schon jetzt hat man manchmal das

Gefühl, als ob die modernen Staaten für die Männer, denen ihr Schicksal anvertraut ist, zu gross und gewaltig wären. „Das Menschengeschlecht als Ganzes wächst beständig an Ausdehnung, an angesammeltem Wissen, an Einsicht in die Kräfte der Natur. Aber die Geisteskraft der einzelnen Menschen nimmt nicht zu. Weit grösser als je wird die Masse der zu beherrschenden Tatsachen, die Fülle der verfügbaren Hilfsmittel, die Tragweite der Entscheidungen über Wohl und Wehe unübersehbarer Menschenmengen, aber die Geisteskraft, mit der das alles erfasst, überblickt und beurteilt sein will, ist begrenzt und kann nicht erweitert werden. Von den herrschenden Menschen wird jeder einzelne durch persönliche Vorurteile, persönliche Vorliebe, durch das eigene Interesse und durch Eitelkeiten aller Art beeinflusst. Das Missverhältnis zwischen der persönlichen Bedeutung der Staatsmänner und den nicht auszudenkenden Konsequenzen ihrer individuellen Entscheidungen wird immer erschütternder, immer verhängnisvoller. Da hatten die kleinen Stadt-Staaten des Altertums vor unseren Grossstaaten doch manches voraus. Eine einzelne Stadt konnte verfallen oder verschwinden, die Nation als Ganzes blieb doch bestehen, und eine andere Stadt blühte empor, an Stelle der dahingewelkten. Jetzt aber sind Riesenvölker unter einer Regierung vereinigt, deren Niederlage gleich das ganze Volkstum in Gefahr setzt. Ein moderner Grossstaat gleicht einem Riesenschiff ohne wasserdicht getrennte Abteilungen, welches, wenn es ungeschickt gesteuert wird, an dem Zusammenstoss mit einer einzigen Klippe scheitern kann.“

„Es gibt führende Völker und solche die geführt werden“, meint Naumann, und zu den führenden zählt er vor allem das deutsche. Was aber die politische Führung anbelangt, auf die nun wohl in erster Linie alles ankommt, so müssen wir von unserm schweizerisch-demokratischen Standpunkt aus die Aktiv-Legitimation der Deutschen zur Führung anderer Völker rundweg bestreiten, und warum? Weil das deutsche Volk sich selber nicht führen kann, sondern der Leitung durch eine Dynastie oder jedenfalls eine Obrigkeits-Regierung, die über dem Volke steht, bedarf. Bismarck sagte, die deutsche Vaterlandsliebe bedürfe eines Fürsten, auf den sich ihre Anhänglichkeit konzentriert, und ohne dieses Bindemittel würde die Nation auseinanderfallen. Der frühere Reichskanzler von Bülow betonte ebenfalls: „Der Deutsche muss geführt werden, um Grosses zu leisten“, und

Bernhardi versichert: „Kein Volk ist so wenig wie das deutsche geeignet, seine Geschicke selber zu leiten, etwa in einer rein parlamentarischen oder republikanischen Verfassung.“ Wer aber selber unter politischer Vormundschaft steht, darunter bleiben will und sich nur unter einer solchen glücklich fühlt, soll nicht andere Völker bevormunden wollen. Das ist unsere nüchterne, hausbackene, schweizerisch-demokratische Meinung von diesen deutschen Weltbeglückungs-Ideen. In einer andern Richtung bezweifelt auch Naumann in seinem „Mitteleuropa“ das Talent der Deutschen zum Führerberuf. „Etwas anderes ist es“, so sagt er, „ob wir ausser der Organisation und Technik jene für den Weltverband unentbehrliche Eigenschaft haben und üben werden, die wir vorhin als Elastizität bezeichneten, das biegsame Geschick, das wir in dreifach verschiedener Weise beim Russen, Engländer und Amerikaner finden. Wir sind etwas spröde, herrisch, verschlossen, haben für langsamere Mitmenschen nur geringe Geduld und verlangen pedantisch, dass die Dinge so gemacht werden, wie wir es wollen. Das hat alles sein Gutes, aber um ein erstes, führendes Wirtschaftsvolk zu sein, braucht man etwas internationales Öl, die Kunst, die grosse Kunst der Menschenbehandlung, das Mitdenken mit den anderen, das Hineinversetzen in ihre Art und Absicht. Wissenschaftlich bringen wir das tadellos fertig. Da sind wir die ersten Nachempfinder aller Nationen, aber praktisch waren wir nicht selten kleine Schulmeister alten Stiles oder Unteroffiziere mit Bleistift und Schnurrbart. Es trifft das wohl am wenigsten unsere führenden Kaufleute, aber oft schon unsere Wirtschaftssekretäre, Direktoren, Beamten. Das deutsche Volk als Ganzes muss erst in seine neue Aufgabe hineinwachsen. Auch das aber wird es können, wenn es nötig ist.“

Man muss die Deutschen auch daran erinnern, dass sie selber sich mit vollem Recht dagegen verwahren, „von anderen eingerichtet“ zu werden; von ihrer Regierung lassen sie sich willig organisieren, aber sie verbitten sich nachdrücklich jede Einmischung von aussen in ihre inneren politischen Verhältnisse. Dr. Hermann Kesser lehnt die französische Idee sehr entschieden ab, dass Frankreich gewissermassen das deutsche Volk von seiner Regierung erlösen müsse: „es gibt niemand in Deutschland, der einen Erfolg der Franzosen zugunsten der inneren deutschen Angelegenheiten wünscht.“ Ganz ähnlich hat sich in der N. Z. Z. Prof. v. Sybel in Marburg ausgesprochen. Die Herren haben mehr als recht. Aber warum will man denn „mit Teufelsgewalt“ andern Völkern die deutsche Organisation auf-

zwingen? Haben diese nicht auch das Recht, auf ihre Art glücklich zu sein? „Niemand kann mich zwingen, auf seine Art (wie er sich das Wohl der anderen Menschen denkt) glücklich zu sein“, sagt Kant, „sondern ein jeder darf seine Glückseligkeit auf dem Wege suchen, welcher ihm selbst gut dünkt, wenn er nur der Freiheit anderer, einem ähnlichen Zwecke nachzustreben, nicht Abbruch tut.“ Johann Gottfried Herder rief dem deutschen Volke zu: „Unserem Vaterlande tut Gemeinsinn not, edler Stolz, sich nicht von anderen einrichten zu lassen, sondern sich selbst einzurichten, wie andere Nationen von jeher getan, deutsch zu sein auf eigenem, wohlbeschütztem Grund und Boden.“ So haben auch wir Schweizer unseren Stolz, schweizerisch zu sein auf unserem Grund und Boden, und wir glauben, den Nachweis geleistet zu haben, dass wir imstande sind, „uns selber einzurichten“.

Darum wünschen wir aufs Entschiedenste, in Ruhe gelassen zu werden mit „Mitteleuropa“! — Mitteleuropa soll nach Naumanns Projekt eine deutsch-österreichische Wirtschaftsgemeinschaft und Schützengrabengemeinschaft unter dem preussisch-deutschen „Oberstaat“ werden, an die sich nach und nach die angrenzenden Kleinstaaten mehr oder weniger freiwillig anzugliedern hätten. „Wen sollen wir einladen?“ frägt Naumann, und fügt als kluger Mann sogleich hinzu: „Hier beginnt ein Abschnitt unserer Arbeit, über den mehr noch als über andere das Wort ‚Vorsicht‘ geschrieben werden muss, denn wir leben noch mitten im Kriege, sollen über ‚Kriegsziele‘ im engeren Sinne des Wortes aus sehr berechtigten Gründen nichts veröffentlichen und dürfen in diesem leidenschaftlich erregten Kriegszustand im benachbarten Auslande nicht überall auf wohlwollende Auslegung unserer Darlegung rechnen. Also lieber ein Wort zu wenig, als eins zu viel!“

Im Gegensatz zu andern Imperialisten, die uns Kleine gleich mit Haut und Haar auffressen möchten, gönnt uns Naumann noch gütigst eine Galgenfrist: „Über die nordischen Mächte, die Rumänen, Bulgaren, Serben, Griechen, auch über Holland und die Schweiz reden wir im weiteren Verlauf unserer Arbeit noch einiges, aber nicht vieles, denn es würde falsch sein, diese kleinen mitteleuropäischen Staaten von vornherein in unseren Plan als feste Grössen einzusetzen, da sie noch eine geschichtliche Wartezeit ihrer Entscheidung vor sich haben. Sie wollen und müssen erst mit Augen sehen, ob der Kern von Mitteleuropa sich bildet, ob das Deutsche Reich und Österreich

sich finden.“ Dr. Gustav Stolper in Wien meint nun zwar, dass die mitteleuropäischen Kleinstaaten sich umsonst ängstigen ob des Naumannschen Projektes: „Die Schützengrabengemeinschaft und der Oberstaat, — das sind vor allem die Worte, an die sich übelwollende Deutung hält. Mitteleuropa ein grosses militärisches und wirtschaftliches Heerlager mit straff zentralisierter — natürlich deutscher — Obergewalt, das ist so ungefähr das Bild, das geängstigten Gemütern die Zukunft bietet, wie sie Naumann und die anderen Anhänger des mitteleuropäischen Staatsgebildes angeblich wünschen.“ Aber Stolper muss selber auch zugeben: „Und wenn dieses Zukunftsbild nun einige wesentliche Züge mit der Wahrheit gemein hat, dann haben die, welche nicht zu den Herren dieses ‚Mitteleuropa‘ gehören, allen Grund, es zu fürchten und seine Entstehung zu bekämpfen. Dann haben vor allem die kleinen neutralen Staaten recht, in diesem imperialistischen Staatsgebilde ... ihren gefährlichsten Feind zu sehen, der sie bald in tatsächliche, wenn auch nicht rechtliche Abhängigkeit bringen würde.“

Wir hegen in der Tat diese Befürchtung, und hier sind wir an einem Punkt angelangt, wo die Neutralität für schweizerische Demokraten aufhört, eine Tugend zu sein. Wer die Zertrümmerung der Kleinstaaten auf seine Fahne geschrieben hat, wer uns noch gerade genug findet, um — früher oder später — in eine ungeheure mitteleuropäische Untertanengemeinschaft aufgenommen zu werden, den betrachten wir — heisse er wie er wolle — als Todfeind unseres Vaterlandes. Mit dem wollen wir nichts zu tun haben. Seine Sache kann niemals unsere Sache sein.

---

## Politische Sympathien

Das deutsche Volk befindet sich heute in der unglücklichen Lage, von der halben Welt angefeindet zu werden. Es ist aber noch vollständig im Unklaren über die Gründe dieser weitverbreiteten Feindseligkeit und sucht diese immer am falschen Ort. Da schreibt z. B. der deutsch-amerikanische Schriftsteller Henry F. Urban folgendes:

„Was man den Deutschen nach wie vor besonders verübelt, ist die Verletzung der sogenannten belgischen Neutralität und die so-

genannte Brutalisierung eines sogenannten unschuldigen und schwachen Volkes. Dieser Ansicht huldigt sogar ein sonst so vernünftiger Mann wie Theodor Roosevelt, der in einem Artikel in der deutschfeindlichen NewYorker „Times“ als Mittel dagegen, wenn nötig kriegerische Intervention Onkel Sams vorschlägt. Alle Versuche, das Unsinnige solcher Anschauungen nachzuweisen, prallen an der hysterischen Sentimentalität und an dem böswilligen Entschluss ab, unter keinen Umständen für Deutschland Sympathien zu haben. Und zwingen kann man ja niemand zur Liebe. Ungünstig wirkt nebenher, dass der deutsche Reichskanzler in seiner bei Beginn des Krieges im Reichstag gehaltenen Rede bei Besprechung Belgiens die Wendung gebrauchte: ‚Das Unrecht — ich spreche offen — das wir damit tun, werden wir wieder gut zu machen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist!‘ Das war deutsche Ehrlichkeit, aber es war zugleich eine willkommene Waffe gegen Deutschland, weil Belgiens Unrecht damals vom Kanzler noch nicht beleuchtet wurde. Und da der Mensch für alle Sünden gerne den dazu gehörigen Sündenbock findet, so haben ihn auch die Amerikaner gefunden, und zwar in der Person des Kaisers. In hundert wütenden Redekämpfen mit deutschfeindlichen Amerikanern habe ich versucht, dem Kaiser eine gerechte Beurteilung zu sichern und die belgische Neutralität in ihrer wahren Gestalt zu zeigen, besonders unter Hinweis auf die neueren Beweise für Belgiens heimtückische Unneutralität schon aus dem Jahr 1906. Es ist alles umsonst. Diese Sturmflut von Übelwollen reisst jeden zu Boden, der sich dagegen stemmt. Immer wird einem das Bethmannsche Schuldgeständnis entgegengehalten oder General Bernhardi oder der ‚War-Lord‘, wie sie den Kaiser nennen, oder der ‚barbarische deutsche Militarismus‘, der den unmilitärischen Amerikanern unverständlich ist und bleibt. Es geht selbst so weit, dass die Kinder in der Schule von den als engherzig und kleingeistig bekannten Lehrerinnen gegen Deutschland aufgehetzt worden sind und noch aufgehetzt werden; den anämischen Lehrerinnen, die fanatische Abstinenzlerinnen, Pazifisten und Suffragetten sind, war die rotbäckige Männlichkeit des deutschen Volkes (sein unverkennbarer Unamerikanismus) von jeher unsympathisch. Man hört bereits Stimmen, die eine sichere Wendung der Deutschfeindlichkeit Amerikas erwarten, sobald die Wahrheit über den Krieg erst diese Wälle von Lügen niedergebrochen hat, oder wenn Deutschland siegt. Ich glaube nicht, dass diese Wendung zu erwarten ist. Man wird

vielleicht zugeben, dass man sich hat täuschen lassen, man wird einen deutschen Sieg anerkennen, aber gönnen würde man Deutschland seine Triumphe nicht. Im Gegenteil, man würde sagen: Also der barbarische deutsche Militarismus und Despotismus hat gesiegt — scheusslich! Vergesse man in Deutschland doch nicht, dass eben das, was wir als deutsch lieben, als das Fundament deutscher Grösse, das Männlich-Soldatische, das Männlich-Kräftige, das Alt-Germanische im Familien- und Staatsleben mit seiner krönenden Spitze, dem Monarchismus, den erzdemokratischen Amerikanern unangenehm ist, nein — sagen wir's offen, widerwärtig. Aus solchen Gefühlen heraus ist keine Liebe für Deutschland möglich."

Diese Ausführungen des deutschen Schriftstellers werfen ein grelles Schlaglicht auf den tragischen Irrtum so vieler Deutschen, die nicht imstande sind, sich in die Seele anderer Völker hineinzudenken und ihre Gefühle zu verstehen. Eine krankhaft-sentimentale Gemütsveranlagung, die zum deutschen Wesen zu gehören scheint, wirkt hier vielleicht in verhängnisvoller Weise mit. Die Sentimentalität — wohl zu unterscheiden von der Humanität, die auf das Wohl der andern gerichtet ist! — dreht sich hauptsächlich um das eigene Ich. Sie ist unerschöpflich in Selbstbeobachtung, sie will überall recht haben, sie dürstet nach Liebe, Anerkennung und Bewunderung, und wo diese nicht in erhofftem Masse sich einstellen (da man schliesslich auch nur ein Durchschnittsmensch mit seinen guten und schlimmen Eigenschaften, mit seinen Liebenswürdigkeiten und Unliebenswürdigkeiten ist), ist man enttäuscht, verärgert, und glaubt, dass nur die Böswilligkeit die Anerkennung versagen könne. Das deutsche Klagelied vom „Hass" der Andern ist alt. Schon 1860 meinte Hebbel: „Sie hassen uns wie die Bösen den Guten." Das ist auch heute noch das Leitmotiv der Betrachtungen über die Feindschaft der Entente-Völker. Es ist der Kampf „der Bösen gegen die Guten". Was gegen die deutsche Politik eingewendet wird, deutet man ohne weiteres als Hass gegen die Deutschen, und da diese sich ihrer Bravheit und Rechtschaffenheit bewusst sind, kommen sie auf den Gedanken, dass die Deutschen gerade um ihrer guten Eigenschaften willen von den andern so „gehasst" werden. Eine höchst fatale Selbsttäuschung. Sie verhindert die Deutschen, die Sachen so zu sehen, wie sie wirklich sind. Wir meinen damit noch nicht, dass sie zugeben müssten, ihr Land sei im Unrecht; dass man sich gegen ein solches Zugeständnis solange als möglich sträubt, ist verständlich.

Ein Fehler aber ist es, dass man in der Entrüstung über die Verletzung der belgischen Neutralität den erbarmungslosen Krieg gegen die wehrlose belgische Zivilbevölkerung, die Torpillierung der „Lusitania" und ähnliche Dinge immer nur eine unberechtigte „hysterische Sentimentalität" erblicken will, anstatt einmal offen anzuerkennen, dass man als moderner Mensch sich darüber aufrichtig entrüsten kann und muss. Es ist ein Fehler, das tiefe, wahre, menschliche Mitgefühl mit den unschuldigen Opfern des Krieges und den Zorn über die Urheber dieses Massenelends stets nur als Heuchelei auszugeben und sich darauf zu versteifen, dass die Andern den „böswilligen Entschluss" gefasst haben, „für Deutschland keine Sympathien zu haben."

So schief als möglich sind auch Urbans Erklärungsversuche über den Widerwillen der Amerikaner gegen das „deutsche Wesen". Es soll wieder einmal die „rotbackige Männlichkeit" des deutschen Volkes, das Männlich-Kräftige in seinem Wesen sein, das dem „erzdemokratischen" Amerikaner zuwider ist. Ich glaube, es gibt in Amerika so viel rotbackige Männlichkeit wie in Deutschland, besonders jetzt, und es ist durchaus nicht diese, gegen die der Amerikaner eine Abneigung empfindet. Wohl aber ist ihm das ganze deutsche Regierungssystem im höchsten Grade unsympathisch, und er versteht nicht die unmännliche Folgsamkeit, die sich heute noch von einem solchen System kritiklos gängeln lässt. Ähnlich empfinden die Engländer. Professor J. B. Bury vom Kings College in Cambridge schreibt:

„Wir haben Deutschlands eigenartige Entwicklung achtungsvoll beachtet, sein Königtum von Gottes Gnaden, die väterliche Regierungsfürsorge, die überwiegende Macht einer Soldatenkaste (welche mit Moltke zu glauben scheint, der Krieg sei ein wesentlicher Bestandteil in Gottes Weltordnung), sowie eine Verfassungsform, welche wir für unecht halten. Dieses System mag eine erhöhte Leistungsfähigkeit zustande bringen und, wie Fürst Bülow dargelegt hat, scheint es den Deutschen zu behagen; sie fühlen sich unter dieser Herrschaft frei. Aber wir — und für die Beistimmung Frankreichs, Italiens und Amerikas können wir bürgen — wir würden uns darunter nicht frei fühlen. Väterliche Regierungsfürsorge, „väterliche Gunst" widert uns an. Wir unterwerfen uns keiner Obrigkeit, wenn diese nicht von uns ernannt und von uns im Zaum gehalten wird. Grundsätzlich ist die Unverantwortlichkeit der deutschen Staatsbehörde unserm Begriff nicht weniger entgegengesetzt als die russische Alleinherrschaft."

In dieser Beziehung fühlen wir Schweizer Demokraten uns mit den Engländern und Amerikanern näher verwandt als mit dem deutschen Wesen, das uns — vom politischen Gesichtspunkt aus gesehen — fremd und kalt anmutet. Es gab übrigens eine Zeit — und sie liegt noch gar nicht so lange hinter uns, da man auch in Deutschland dachte wie hier. Damals, als in Deutschland noch eine objektive Geschichtschreibung über England möglich war, hat der deutsche Geschichtschreiber Oscar Jäger das mächtige Inselreich „das Land der Freiheit“ genannt, in dem ein aufgeklärter Despotismus niemals Platz greifen konnte. Er bewunderte diesen Staat, „in dem der Zwiespalt zwischen Königsmacht und Volksrecht frühzeitig ausgeglichen war, und der deshalb in wild erregter Zeit, die jeden Augenblick neue Wünsche und Kräfte hervorbrechen liess, zwar heilsame Anregungen zum steten Fortschritt gab, das ruhige Spiel seiner Institutionen aber keinen Augenblick unterbrach.“ Wer den Fuss auf englischen Boden setzte, empfand, wie Jäger sagt, „den Eindruck eines gesunden, seiner selbst sicheren, fortschreitenden Volkslebens, und wer im damaligen Europa wissen wollte, was die Freiheit, von der man anderwärts so viel redete, wirklich war, der musste hieher kommen. Hier lernte er, dass sie nicht bloss ein Wolkengebilde, nicht bloss ein Ideal, ein politischer Begriff, eine sittliche Forderung und dergleichen war, sondern dass sie ein so wirkliches Gut ist, wie die stärkende Seeluft oder das erquickende Bad, — dass sie dem Leben auch des nicht vom Schicksal Begünstigten etwas verleiht, was nicht Reichtum, nicht Genuss von Macht und Ehre, kein huldvolles Bezeigen befriedigter Vorgesetzter geben kann. Man empfand hier die Wohltaten eines gesitteten, wohlgeordneten Staatswesens nicht in der Allgegenwart der Obrigkeit, wie in Frankreich oder in Deutschland, sondern in der regen Tätigkeit des Volkes selbst, dessen verschiedene Kräfte und Kreise, vernünftige wie verkehrte, in Parlament, Presse, Versammlungen fessellos sich regten und dabei, wie sie von der Regierung in ihren Sphären nicht gestört wurden, ihrerseits die Autorität der Regierung achteten, die nur mit Gegnern, nicht mit Feinden im eigenen Lande zu rechnen hatte.“

Auch der deutschgesinnte schwedische Professor R. Kjellen lässt sich seinen Blick nicht trüben gegenüber der immerwährenden Bedeutung, die das Auftreten des englischen Weltreiches in der Geschichte hat. „Mit ihm wurde doch die planetarische Epoche der Menschheit im Ernst eingeleitet. Der Antrieb zu

einem universalen Zusammenleben unter der Form politischer Organisation war hiermit gegeben und wird in der Zukunft nicht ausgelöscht werden. England hat die Weltgeschichte geschaffen — wenn es auch selbst nie die Welt besitzen wird.“ Selbst Naumann kann nicht umhin, das ausserordentliche Geschick Englands in der Behandlung der Menschen und der Verwaltung seiner Kolonien im Gegensatz zu der bureaukratischen preussischen „Organisation“ anzuerkennen: „Wie anders verwaltet der Engländer seine Welt! Er bittet, solange es möglich ist, statt zu befehlen. Sein über alle Erdteile hin verstreutes See- und Kolonialreich ist ganz unschematisch gegliedert, wie es die Geschichte jeder Weltprovinz und der zufällige Vorgang ihrer Erwerbung mit sich brachte. Von monarchischen, aristokratischen und demokratischen Einrichtungen wird dabei je nach Bedarf das verwendet, was gerade brauchbar scheint, so wie man ein Schiff nach Bedarf aus Eisen, Holz, Kupfer und Leinwand zusammensetzt. Darin liegt die englische Elastizität, dass sie das, was wir Prinzipien nennen, als Arbeitsmethoden ansieht, eine instinktive, ruhige Anpassungsfähigkeit, bei unerschütterlicher Selbstsicherheit der Leitenden. Man hat von deutscher Seite oft das Unsystematische des englischen Imperialismus in doktrinärer Kritik als Mangel hervorgehoben und geglaubt, dass der lockere Bau an seiner vielgliedrigen Oberflächlichkeit zerbrechen würde, aber der Krieg hat auch hier gezeigt, dass lockere Fäden, wenn sie richtig angebracht sind, festhalten können. Das geographisch so bunte, an allen Küsten lagernde Imperium ist eine Einheit geblieben. Es können Erschütterungen in Indien oder Ägypten auftauchen, und einige Anzeihen sprechen dafür, dass sie nicht ganz ausbleiben werden, aber selbst den völlig stammesfremden, unterworfenen Massen asiatischer und afrikanischer Länder gegenüber wirkt eine biegsame Verwaltungskunde und schiebt den Zeitpunkt der Gefährdung immer wieder erfolgreich hinaus.“

Heute aber wissen viele von Englands Vergangenheit nicht viel mehr zu erzählen, als dass es immer und überall den Kontinentalmächten als Spielverderber in den Weg getreten sei und ihre Absichten und Pläne wo immer möglich durchkreuzt habe. Das trifft für die Zeit nach dem Wiener Kongress gewiss in vollem Umfange zu. Es fragt sich nur, ob auch wir Schweizer Demokraten uns darüber entrüsten sollen. Widerwillig wird selbst von den Feinden Englands anerkannt, dass seine Politik zumeist den kleinen Staaten und den

Unabhängigkeitsbestrebungen unterdrückter Nationen zugute kam, aber man beeilt sich, hinzuzufügen, dass dies natürlich nur aus „purem Eigennutz" geschah. Dann ist aber immerhin festgestellt, dass Englands „Eigennutz" zu seinem Gedeihen freier Nationen, freier Bürger, freien Handels, liberaler Gesetze und möglichst ausgedehnter politischer Rechte der Völker bedarf. Der Eigennutz des Absolutismus aber verlangt Knechtschaft der Völker, Unterjochung, Gehorsam der Bürger, unumschränkte Macht der Wenigen. Für uns Demokraten in den kleinen Staaten ist es nicht zweifelhaft, mit welcher Sorte „Eigennutz" wir besser fahren. Die „ewige Leidwercherei" Englands gegen die Politik der absolutistischen Monarchien war verschiedenen kleinen Völkern — die Schweizer nicht ausgenommen! — von allergrösstem Nutzen. Im Sonderbundskrieg 1847 unterstützte England entschieden die eidgenössischen Bestrebungen gegenüber den von Österreich begünstigten Sonderbundskantonen. Metternich und Guizot suchten mit aller Gewalt eine Intervention der Mächte herbeizuführen, allein Lord Palmerston wirkte ihnen mit Geschick entgegen, bis es zum Einschreiten zu spät war. „Der Mut, mit dem sich zwölf kleine Schweizer Kantone über die Drohungen Frankreichs, Österreichs, Preussens und Russlands einfach hinwegsetzten und ihre innern Angelegenheiten nach eigenem Ermessen im Sinne der Freiheit und Einheit ordneten, war nach Metternichs Ausspruch ein ‚tödlicher Schaden' für die reaktionären Regierungen und ein Sporn für die übrigen Völker, das Beispiel nachzuahmen" (Oechsli). Dr. jur. Cuno Hofer, ein früherer Angehöriger des schweizerischen diplomatischen Korps, hat in seinem nach streng wissenschaftlichen Grundsätzen geschriebenen Buche über die „Keime des grossen Krieges" ausgeführt: „Diese Ungewissheit (ob die britische Regierung sich jeweilen von liberalen Ideen oder von egoistischen Motiven leiten liess) enthebt keinen Schweizer der Pflicht, anzuerkennen, dass England ausnahmslos für die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft eingetreten ist. Vorerst in den Napoleonischen Kriegen und am Wiener Kongress, dann im Jahre 1847, als die Londoner Diplomatie die Intervention der reaktionären Mächte in den Sonderbundskrieg — ein Verhängnis, das die Eidgenossenschaft moralisch und vielleicht auch politisch zugrunde gerichtet hätte — zu verhindern wusste. England wollte nicht, dass die Schweiz von der Landkarte verschwinden sollte, — aus welchem Grunde, ist vorläufig gleichgültig. Es hat diesen Willen im Jahre 1856

abermals betont, als wegen der Neuenburger Frage ein Krieg zwischen der Eidgenossenschaft und Preussen auszubrechen drohte. Die preussische Armee hatte bereits mobilisiert, und diesseits des Rheins wurde das Gelände befestigt, — da gelang es der englischen Regierung, viel besser als Napoleon III., den Konflikt zu ersticken, indem sie den König von Preussen bewog, auf seine Hoheitsrechte über den schweizerischen Kanton zu verzichten. So ist England auch für die Freiheit Griechenlands und für die Einheit Italiens eingetreten ..."

Die englischen politischen Einrichtungen sind trotz ihrer dekorativen monarchischen Spitze auf demokratischer Grundlage aufgebaut. Der englische Parlamentarismus gereicht der Welt zum Vorbild. Wenn Bismarck es an der englischen Regierung tadelte, dass man sich auf ihre „Diskretion" nicht verlassen könne und nie sicher sei vor höchst unerwünschten Mitteilungen im Parlament, so erhöht das nur unsere Achtung vor dem englischen Regierungssystem, das die diplomatische Heimlichtuerei nicht so leicht verträgt. Es ist für uns auch nicht ganz gleichgültig, dass der liberalen englischen Regierung in den letzten Jahren mehrere Männer angehört haben und zum Teil noch angehören, die aus dem Volk hervorgegangen sind und das Leben des Volkes aus eigener Erfahrung kennen. Das gilt besonders vom jetzigen Ministerpräsidenten Lloyd George, für den manche von uns — neben Wilson — die meiste Bewunderung und Sympathie unter den Staatsmännern der Gegenwart hegen. Lloyd George ist der Sohn eines Volksschullehrers und von einem kleinen Hofbesitzer in einem Dorfe in Wales erzogen; er war einer der mutigsten öffentlichen Gegner des Burenkrieges und wäre beinahe von einer wütenden patriotischen Volksmenge in Manchester gelyncht worden, als er während des Krieges die Sprache der Humanität und Gerechtigkeit zu führen versuchte. Wer auch nur ein wenig Sinn und Verständnis für politische Wahlverwandtschaften hat, wird es begreifen, dass wir bewusst demokratische Schweizer uns politisch viel mehr zu England hingezogen fühlen als zu Deutschland. Es mag ja prächtig sein, besonders für die Regierung selbst, wenn ihr die ganze öffentliche Meinung jederzeit lenksam und willig gehorcht wie ein gut geschultes Ross auf jedes leise Anziehen des Zügels oder Schnalzen mit der Zunge. Aber wir sind nun einmal so, dass es uns mehr imponiert, wenn ein Volk nicht so überaus gerne gehorcht, sondern in grossen Fragen, die ihm an Gut und Leben gehen, zuerst den Kopf erhebt und frägt: Wohin führt ihr uns? Das Regieren in Deutschland ist

ein Kinderspiel im Vergleich zu England. Welch ungeheure Schwierigkeiten hatte die englische Regierung neben der ganzen, erst zu schaffenden Kriegsbereitschaft zu überwinden, um die misstrauische, durch und durch kriegsgegnerische öffentliche Meinung von der Notwendigkeit dieses Krieges zu überzeugen, was für Widerstände setzte ihr die englische Arbeiterschaft entgegen, die mit ihrer grundsätzlich absolut festgehaltenen und zähe verteidigten Kriegsgegnerschaft in unsern Augen ungleich höher steht als die mustergültig folgsame deutsche Sozialdemokratie mit der Verleugnung all ihrer bisher gepredigten Grundsätze von einem Tag auf den andern! In der Haltung der englischen Bevölkerung gegen ihre Regierung steckt viel denkende Selbständigkeit, viel Charakter, Eigenwille, Trotz; das ist das Holz, aus dem man Demokraten schneiden kann; es ist etwas darin, das uns an die alten trotzigen, eigenwilligen Eidgenossen erinnert.

Es klingt wie schmetternder Trompetenton, ein Signal „Achtung!“ für das gesamte Universum, wenn die Herausgeber der deutschen „Wahrheit über den Krieg“ in die Welt hinausrufen:

> „Hört es, ihr Völker! Ihr sollt Euch vorstellen, wie es uns Deutschen zu Mute ist!“

Und sie beginnen ihren Aufruf an die zivilisierte Welt mit den Worten: „Noch vor wenigen Wochen waren wir alle mit den Arbeiten des Friedens beschäftigt.“ Alle? Das gilt nicht einmal für die Unterzeichner des Aufrufs, unter denen sich die bekanntesten imperialistischen Kriegshetzer und Kriegsverherrlicher befinden. Es gilt noch weniger für den preussischen Generalstab, der seit Jahr und Tag fieberhaft für den Krieg arbeitete und gerade im Frühjahr 1914 dank der Durchführung der gewaltigen neuen Rüstungen die Kriegsbereitschaft zur äussersten Vollkommenheit gebracht hatte. Dieser kriegsbegierige preussische Generalstab aber war es, dem im Kriegsrat von Berlin die ausschlaggebende Stimme zukam. Die deutsche Regierung hatte vier Möglichkeiten, den Krieg zu vermeiden: 1. sie konnte (wie schon früher einmal) Österreich erklären, dass sie sich an einem Krieg gegen Serbien nicht beteiligen würde, womit die ganze Sache erledigt gewesen wäre; 2. sie konnte die demütige Antwort Serbiens auf das österreichische Ultimatum als genügend erklären, 3. sie konnte das Haager Schiedsgericht oder 4. eine Konferenz der Mächte anrufen. Deutschland wollte nichts von dem allem

wissen und hat nach allen Richtungen Krieg erklärt. Darum und nur darum sind eine Menge ehrlicher und wohlmeinender Menschen, die Deutschland nie etwas Übles wünschten, heute erbittert über Deutschland. Das ist die wahre „Wahrheit über den Krieg“.

---

# Die Demokratie: das Staatsgewissen!

Das gegenwärtige Weltunglück verdankt seine Entstehung zum guten Teil einem heute noch geltenden falschen Prinzip: dem Autoritätsprinzip. Auf ihm beruht die Macht und die Lebenskraft des Absolutismus. Der Absolutismus ist die Regierungsform, bei welcher der Regent mit unumschränkter, „absoluter“ Machtvollkommenheit über das Schicksal des ihm unterworfenen Volkes entscheidet. Im Gebiet der innern Politik ist der Absolutismus in allen Kulturstaaten durch eine Reihe von Revolutionen allmählich zurückgedrängt worden. Er muss es sich gefallen lassen, dass eine Volksvertretung, ein Parlament, seine Handlungen mehr oder weniger kontrolliert. In der äussern Politik aber hat sich der Absolutismus auch in den konstitutionellen Monarchien bis auf den heutigen Tag uneingeschränkt behauptet. Der deutsche Kaiser allein entscheidet über Krieg und Frieden. Er darf zwar keinen einzigen von seinen Untertanen von sich aus, ohne vorausgegangenes, ordentliches Gerichtsverfahren, zum Tod verurteilen und hinrichten lassen. Er hat aber die Macht, mit einem einzigen Federzug Millionen von Angehörigen seines Volkes und anderer Nationen zum Tode zu verurteilen, ohne darüber irgendeinem Menschen Rechenschaft schuldig zu sein. Diese ungeheure, verhängnisvolle Kompetenz ist es aber gerade, was wir hier in unserm freien Alpenhochland nicht fassen und nicht begreifen können: dass ein einzelner oder einige wenige in unserer Zeit noch eine solche Macht haben sollen, und dass die Völker Europas diese Macht sich noch gefallen lassen! Es war, als brandete die trübe, schwarze Flut des Mittelalters an den Fuss unserer Berge und drohte, langsam steigend, auch uns zu verschlingen. Schon dass Krieg überhaupt noch möglich ist, Krieg in Europa, unter den gebildetsten Nationen, musste uns mit Ekel und Grauen erfüllen. Dass man ihn sich gefallen lässt, dass wir in Europa noch so tief im Mittelalter stecken, dass der Geist einer feudalen Raubritter- und Landsknechtezeit, die wir längst

begraben glaubten, noch so lebendig und mächtig ist in unserm modernen Europa des 20. Jahrhunderts, das war die grimmigste Enttäuschung, die sich denken lässt. Und warum lassen sich die Völker das noch gefallen? Weil sie noch blindlings glauben an die Autorität, insbesondere an die Autorität der Obrigkeit, die „von Gott verordnet" und mit Weisheit ausgestattet ist, zu regieren, während den Völkern die Pflicht des willigen Gehorsams zukommt.

Wohin sind wir aber gekommen mit dieser Weisheit der Regierungen und mit dem Gehorsam der Völker? Wie sieht es denn aus heute in Europa? Was ist das Resultat eurer Regierungskunst und Weisheit? Ein ungeheures Spital über der Erde, ein ungeheurer Friedhof unter der Erde. „Der beste Teil eines ganzen Geschlechtes, den die Jugend darstellt, wird wie durch Pest oder Erdbeben ausgemerzt sein, mit seiner Kraft zum Lieben und zum Lachen, und wird der Menschheit den Fluch unverheirateter Frauen und ungeborener Kinder zurücklassen. Ein verstümmeltes und verkrüppeltes Europa mit halbblinden Augen und gelähmten, schwer beweglichen Armen wird versuchen, langsam und unter ungeheuren Schwierigkeiten eine neue Welt auf den Ruinen der alten zu errichten." Das ist das Denkmal eurer Staatsweisheit, das ist die Probe auf das Exempel, die eure Regierungskunst bestanden hat! Unter der Herrschaft der Demokratie aber wäre ein Krieg überhaupt nicht möglich gewesen; das Volk hätte ihn nicht zugelassen. Das Volk hätte die allgemeinen Interessen im Auge gehabt, nicht dynastische und militaristische Standes- und Kasten-Interessen, und es hätte gefunden, dass im allgemeinen Interesse der Völker Europas der Krieg unter allen Umständen zu unterbleiben habe. Die Demokratie kann man für diesen Krieg zu allerletzt verantwortlich machen; sie ist daran so unschuldig wie ein noch ungeborenes Kind. Wenn jemand verantwortlich ist, dann sind es die, welche bis jetzt regiert haben in Europa, allmächtig und unkontrolliert, welche so regiert haben, dass dieser Krieg mit allen seinen Schrecken kam und kommen musste. Das Volk hätte besser als die dem wirklichen täglichen Leben fernstehenden Autoritäten begriffen, dass man Krieg in heutiger Zeit nicht mehr machen darf, dass kein Staubgeborener, sei er noch so hochgestellt, die Kriegsfurie von der Kette lösen und auf die Menschheit hetzen soll. Schwache Menschenhände können wohl freventlich den Damm durchstechen, aber dann nicht mehr die Überschwemmung meistern. Menschen können wohl den Krieg anfangen, das ist keine

Kunst, aber dem Riesenunglück nicht mehr Halt gebieten, wenn es einmal entfesselt ist. Sie können nur wie die Kinder, die mit Zündhölzchen spielten, einen Schopf anzündeten und die Stadt in Asche legten, schluchzend sagen, sie hätten es ganz gewiss nicht express gemacht. Der kleine, schwache Mensch soll sich nicht vermessen, die göttliche Vorsehung spielen zu wollen und zu sagen, weil der Krieg in zwei, drei Jahren doch kommen wird, machen wir ihn lieber jetzt gleich.

Die Verantwortung für eine Kriegserklärung in unserer modernen Zeit geht über das Mass jedes menschlichen Vermögens hinaus. Nun aber muss man billigerweise feststellen, dass der deutsche Kaiser für das Regierungssystem, das ihm eine solche ungeheuerliche Verantwortung überträgt und überlässt, nicht verantwortlich ist. Er hat es nicht geschaffen, sondern bei seinem Regierungsantritt vorgefunden. Es wäre Sache des deutschen Volkes gewesen, dieses System zu ändern und mit den Verhältnissen einer ganz andern Zeit in Übereinstimmung zu bringen. Es hat sich dazu nicht veranlasst gesehen aus Gründen, die mit seinen dynastischen Traditionen und seiner ganzen politischen oder vielmehr unpolitischen Denkungsart zusammenhangen. Dazu kommt dann noch ein nicht nur auf das deutsche Volk beschränkter, sondern allgemein menschlicher Hang zur Unterwürfigkeit und zum Personenkultus. Absolutistische, militaristische und imperialistische Herrschsucht und Herrschergewalt wird begünstigt und gefördert durch den Servilismus der Massen. Der Servilismus der Massen macht überhaupt die Herrschergewalt des Absolutismus möglich. Ohne ihn wäre der Absolutismus verloren, machtlos, zur Abdankung gezwungen. Solange aber der Absolutismus ein treu ergebenes Volk zu seiner Verfügung hat, benutzt er natürlich das Volk, um seine Macht immer mehr zu befestigen und auszubreiten. Der Servilismus ist genau so in der Menschennatur begründet wie die Herrschsucht. Die frechern Typen werfen sich, wenn man sie nicht im Zaume hält, zu Herrschern und Tyrannen auf; andere finden ihr Glück und ihre Befriedigung in der Hingabe, in williger Unterordnung, im Gehorsam. „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit", sagt Marie von Ebner-Eschenbach. Gehorchen ist leichter und bequemer als selber denken, selber entscheiden, selber handeln. Sich leiten und führen lassen ohne eigene Verantwortung, erfordert keine Geistes- und Seelenkräfte; sich tragen lassen von dem allgemeinen Strom, fällt nicht so schwer wie das Alleinstehen oder das Schwimmen gegen den Strom.

Die Demokratie ist diejenige Staatsform, welche die höchsten geistigen Anforderungen an ihre Bürger stellt. Sie verlangt von ihnen Selbstdenken, Selbstbesinnung, Selbstentscheidung, Selbstzucht, Selbstregierung. Sie ist das gerade Gegenteil von alledem, was ihre Feinde und Verleumder aus ihr machen: Widerstand gegen alle Ordnung, Respektlosigkeit, Zuchtlosigkeit, Meisterlosigkeit, — ein Staat, in dem jeder befehlen und keiner gehorchen will. Bei solchen, von interessierter Seite geflissentlich genährten Vorstellungen ist es begreiflich, dass manche Leute eine wahre Angst vor der Demokratie empfinden — eine Angst insbesondere um ihr teures Hab und Gut, das bei solcher unordentlicher Wirtschaft schwer gefährdet sein könnte — und selbst Eidgenossen das Wort „Demokratie" nie ohne eine Grimasse aussprechen können, während sie für die preussische „Zucht und Ordnung" eine innige Verehrung im Herzen tragen. Man könnte zwar bei uns in der Schweiz wissen, dass diese Angst vor der Demokratie, die nichts anderes ist als die Angst vor dem Volke, unbegründet ist. Angst vor dem Volk, Angst vor der Revolution ist nur dort berechtigt, wo man sich eine unbefugte Herrschaft über das Volk anmasst und diese zu egoistischen Zwecken missbraucht. Revolution ist sinnlos und unmöglich, wo das Volk selbst regiert. Bei der monarchisch-absolutistischen Staatsform dagegen, in der das Volk zur Ohnmacht verurteilt und der Willkür einer regierenden Klasse preisgegeben ist, wird man die Revolution niemals gänzlich ausschalten können. Krieg und Revolution sind die Attribute des Absolutismus. Er kann den Krieg nicht entbehren, der ihm immer wieder von Zeit zu Zeit das ganze Volk in „einmütiger Begeisterung" zu Füssen legt und alle innern Gefahren und Misshelligkeiten mit einem Schlage auslöscht. Andrerseits aber schafft unter dem Absolutismus das nie ganz zu erstickende Freiheitsbedürfnis der Menschen von selber immer wieder in der Revolution sich das unentbehrliche Gegengewicht. Die Revolution ist das Einzige, vor dem der Absolutismus — der sonst weder Gott noch Teufel fürchtet — wirklich Angst hat. Die Angst vor Revolution allein vermag noch die Despotenlaune des Absolutismus einigermassen in Schranken zu halten. Die Revolution wird deshalb auch immer wieder, sobald ein Volk einmal zu einer gewissen politischen Reife gelangt ist, ihr Recht geltend machen, bis es gelungen ist, den Absolutismus mit den das Volk vor seiner Willkür schützenden Schranken zu umgeben. Eine prinzipielle Ablehnung der Revolution von vornherein

macht der Absolutismus aber auch dadurch unmöglich, dass er für sich selber jederzeit das Recht der Revolution von oben, der Verletzung von Gesetz und Verfassung in Anspruch nimmt, sobald er damit seine selbstsüchtigen Zwecke fördern zu können glaubt. Solange aber die Revolution von oben praktiziert wird, solange bleibt auch die Revolution von unten unentbehrlich. Wie war es bisher immer? Wenn eine Revolution von unten ausbrach, kam ein Prinz mit seinen Generalen, kartätschte die aufständigen Dörfer zusammen, hängte und füsilierte die Rebellen, und das Volk, das arme, unwissende Volk, stand in schlotternder Ehrfurcht daneben und glaubte wahrhaftig, es seien dieser Prinz und seine Generale Werkzeuge der strafenden, göttlichen Gerechtigkeit. Unkundig der Geschichte, hat das Volk keine Ahnung davon, mit welcher skrupellosen Verachtung von Gesetz und Recht manche der auf der Welt regierenden Grossen oder ihre Vorfahren zu ihren Kronen, ihrer Macht und ihrem Besitz gekommen waren, und wie sehr sie stets wieder bereit sind, Recht und Gesetz, Verfassung und Verträge mit Füssen zu treten, wenn es sie nach Ausbreitung ihrer Macht gelüstet. Dies muss das Volk einmal wissen, damit es jene schlotternde Ehrfurcht vor den Autoritäten, die es immer wieder in blinder Unterwürfigkeit hält, gründlich verlernt. Das Volk braucht keine Ehrfurcht zu haben vor menschlichen Autoritäten und irgendeinem von ihnen angemassten Gottesgnadentum, dessen einziger Sinn und Zweck die Unterdrückung ist. Ehrfurcht aber, unbedingte Ehrfurcht und heilige Scheu vor Gesetz und Recht, vor Verfassung und Vertrag, das ist es, was nottut oben und unten, ganz besonders aber oben! Die Heiligkeit des gegebenen Wortes, die Unverbrüchlichkeit des unterschriebenen Vertrages, der solange zu gelten hat, bis er auf dem ordnungsmässigen Wege durch die dazu berufenen Instanzen den veränderten Verhältnissen entsprechend geändert ist, hat für die Autoritäten wie für ihre Untertanen in genau gleicher Weise zu gelten. Alles andere ist Anarchie, und gegen diese kämpft mit der äussersten Entschlossenheit jeder überzeugte Demokrat. Er ist der abgesagte Feind aller Anarchie unten und oben, der leidenschaftliche Verfechter von Gesetz und Recht, Verfassung und Vertrag. Dem Absolutismus aber, der mit Hängen und Füsilieren dem Volk den Respekt vor sogenannter „göttlicher und menschlicher Ordnung", in Wirklichkeit aber nur vor seiner Allmacht beizubringen sich anmasst,

soll einmal klar gemacht werden, dass für ihn Gesetz und Recht, Verfassung und Vertrag ganz genau gleich zu gelten haben wie für das Volk, und dass dem Volk, wenn er dagegen frevelt, das Recht zusteht, ihn dafür ebenfalls zur Verantwortung zu ziehen.

„L'état c'est l'homme moins la conscience", sagt Vinet. Dieses Wort, dass der Staat kein Gewissen habe, gilt aber doch nur für solange, als der Staat einigen wenigen gehört, die mit ihm machen können, was sie wollen, deren „schrankenlosem Individualismus" mit Hilfe der geheimen Diplomatie zugleich die fürchterlichste Macht in die Hand gegeben ist. Sobald der Staat dem Volk gehört, sobald die Demokratie regiert, ist auch ein Gewissen des Staates da: das öffentliche Gewissen, das kein wissentliches Unrecht duldet. Auf die Demokratie hinarbeiten, das ist die einzig vernünftige, ganz und gar nicht utopistische, sondern höchst realpolitische Art, den Krieg zu bekämpfen, denn die Demokratie hasst und verabscheut alle jene verruchten Heimlichkeiten, die dem Volke einen trügerischen Frieden vortäuschen, um es dann eines Tages mit der Kunde zu überraschen, dass jetzt Krieg geführt werden müsse. Das Volk will nichts wissen von einer jesuitischen Diplomatenmoral, von Betrug, Wortbruch, Treulosigkeit und Schlechtigkeit aller Art, wie sie in der Politik der höheren Sphären noch an der Tagesordnung sind. Das Volk kennt nicht zweierlei Moral, und wenn ihm die Möglichkeit gegeben ist, seinem Willen Geltung zu verschaffen, so wird es Böses verhindern und Gutes fördern können. Das Volk denkt im allgemeinen gut und gerecht, und nicht ohne Grund beruft man sich immer auf sein gesundes und vernünftiges Urteil (in normalen Zeiten wenigstens; der jetzige Zustand der Mentalität ist nicht massgebend).

Es ist ganz gewiss, dass das Volk, wenn es überall das massgebende Wort zu sprechen hätte, die Verständigung verlangen würde und nicht den Krieg, die gründliche Untersuchung und schiedsrichterliche Beilegung der Streitigkeit und nicht das zwölfstündige Ultimatum. Die Völker untereinander, wenn sie sich einmal mit einander besprechen könnten, würden auch vollständig damit einverstanden sein, dass kein Volk das Recht hat, um seiner eigenen nationalen Zwecke, seines „Aufstiegs" willen das Weltunglück eines Krieges zu veranstalten, unter dem Millionen und Millionen von Unschuldigen leiden, dass nicht kleine und schwache Völker, die an Kulturbedeutung hinter keinem andern zurückstehen, in den Staub getreten und ver-

nichtet werden dürfen, weil eine sogenannte unsterbliche grosse Nation das Bedürfnis empfindet, sich mit dem Bajonett den Weg „zum Weltvolk hindurch“ zu bahnen. Die Völker würden dem Grundsatz beipflichten, den Prof. Egger in Zürich in folgenden Sätzen formulierte: „Auch für die Staaten muss gelten, was für die Individuen durch unsere Rechtsordnung anerkannt ist: dass sie ihre Interessen nicht mehr mit allen, auch den schlimmsten Mitteln durchsetzen dürfen, dass ihre Freiheit eine Schranke haben muss an der Freiheit der anderen ... Wie im Verhältnis von Individuum zu Individuum, muss auch im Verhältnis der Staaten zu einander ein Zustand des Friedens und der Ordnung geschaffen werden. Wie dort, müssen die Beziehungen pazifiert werden. ... Nur so werden auch die Staaten ihre wahre Freiheit erlangen, nur so die Möglichkeit erlangen, ihre geistigen Mächte zu entwickeln und zu entfalten.“

Unsere schweizerische Demokratie entspricht noch lange nicht dem Ideal einer Demokratie, wie es uns vorschwebt; niemand weiss das besser als wir selber. Aber wir haben doch schon eine Demokratie; wir besitzen als Erbteil von den Vätern alle Rechte und Freiheiten, die die Souveränität des Volkes begründen. Die staatlichen Angelegenheiten sind die Angelegenheiten aller, und jedem ist es möglich — wes Glaubens er auch sei —, mit freudiger Begeisterung für den Staat zu wirken, an seinem Wohle mitzuarbeiten. Denn unser Staat sinnt nichts Arges gegen andere, er hat keine geheime Diplomatie und überhaupt keine verdächtigen Heimlichkeiten vor dem Volk. Seien wir von ganzem Herzen froh und dankbar für das, was wir schon haben und wofür andere erst mit Einsetzung von Gut und Blut kämpfen müssen. Schenken wir den Kämpfern für die Freiheit und die Demokratie unser warmes Mitgefühl und bezeugen wir dadurch auch unsere volle Anteilnahme an dem gewaltigen Ringen unsrer Tage. Denn es gilt, ein Neues zu schaffen; es gilt, in diese Welt, die unter dem Gesetz des Todes und der Traurigkeit steht, das Gesetz des Lebens hineinzubringen. Bei der 500jährigen Feier des böhmischen Märtyrers Hus erinnerte man sich der grossen Gedanken seines treuen Anhängers Havlitschek: „Früher starben Leute für die Ehre und den Ruhm ihres Volkes, wir aber wollen für das Volk leben und arbeiten. Das Ideal der Humanität verlangt das Leben und nicht den Tod, ein volles, positives Leben. Von diesem Ideal sind wir noch weit entfernt; heutzutage verlangt man noch den Tod; aber der Tod soll dem Leben

weichen. In der Zukunft wird man die Freiheit des Lebens und der Arbeit nicht mehr durch den Tod erkaufen müssen." Es gilt, eine staatliche Ordnung zu schaffen in dieser Welt, die den Bürgern erlaubt, für ihr Vaterland zu leben, und nicht mehr von ihnen verlangt, für das Vaterland zu sterben. Es wird nicht mehr verlangt werden müssen, für das Vaterland zu sterben, wenn es selber nicht mehr vom Tode bedroht ist. Und es ist dann nicht mehr vom Tode bedroht, wenn die Staaten endlich ein Gewissen bekommen, das ihnen nicht erlaubt, andern Staaten Unrecht zu tun. Dieses Staatsgewissen aber ist die Demokratie.

---

# Der Schweizer Standpunkt

Wir schliessen mit einem Versuch, den Schweizerstandpunkt zum Weltkrieg zu formulieren, — jenen Standpunkt nämlich, von dem wir glauben, dass er der Überzeugung der grossen Mehrheit des Schweizervolkes entspricht. Es wäre gut, wenn die, die einen andern Standpunkt haben, den sie als Schweizer für den richtigen halten, damit ebenfalls ohne Rückhalt und Hintergedanken vor die Öffentlichkeit treten würden, denn nur so wird es unserm Volke schliesslich möglich sein, zu einer abgeklärten und wohlbegründeten Ansicht zu kommen, von der man sagen könnte: das ist nun die Meinung der Schweizer.

Diese Meinung einigermassen zuverlässig festzustellen, läge schon deshalb in unserem Interesse, weil Unberufene sich schon längst herausgenommen haben, als „Meinung der Schweiz" in die Welt hinaus zu telegraphieren, was ihnen gerade in den Kram passte und was sie irgend einem Lokalblatt entnommen, nachdem sie selber zuvor die betreffende Notiz diesem Blatte zugesteckt. Es besteht u. a. eine weit verzweigte Organisation namentlich zur Bedienung der kleinern deutschschweizerischen Blätter mit deutschen Nachrichten und Stimmungsbildern, die man dann gerne wieder benutzt, um sie als „schweizerische Ansicht" in alle Lande und selbst über den Ozean zu drahten. Unserm Lande ist dadurch schon schwerer Schaden geschehen. Es wurde ernstliche Missstimmung gegen uns erzeugt durch die Verbreitung solcher angeblich „schweizerischer" Meldungen, denen jeder Kundige die deutsche Mache sofort ansah. Diesen Machen-

schaften wird man nie ganz den Riegel stossen können, allein es sollte doch einmal konstatiert werden, dass das Schweizervolk noch niemanden ermächtigt und beauftragt hat, dem Ausland gegenüber seine Meinung zu vertreten. Das Schweizervolk hat ja noch gar nicht angefangen, sich auf seine Stellung zum Weltkrieg zu besinnen. Es wäre aber nun allmählich Zeit dazu.

Vorläufig also kümmern sich andere Leute, Ausländer, viel intensiver darum, was unsre Meinung sei, als wir selber, und da wir es zu einer eigenen Meinung immer noch nicht gebracht haben, suchen sie uns natürlich die ihrige als die einzig richtige und „echt schweizerische" aufzuschwatzen. Wir müssen uns diese Suggestion vom Halse halten und selber unsern Kopf anstrengen. Das wird uns nicht geschenkt, — oder dann gestehen wir eben, dass wir nur nachzuplappern imstande sind, was andere uns eingeben.

Zuerst wollen wir uns klar machen, dass wir uns nichts darauf einzubilden haben, Schweizer zu sein. Das will an und für sich noch gar nichts heissen und ist kein Verdienst. Was wir sind und haben, wurde uns geschenkt durch den Zufall der Geburt. Auch unsre Rechte und Freiheiten brauchten wir nicht erst zu erkämpfen, sondern haben sie von den Vätern ererben können. Wenn wir unseres Schweizertums uns freuen, so soll das auch im geringsten nicht die Meinung haben, als hielten wir uns deswegen für mehr und besser als andere Leute und als wäre uns von der Vorsehung irgendwelche „Weltmission", eine führende Rolle in dieser oder jener Hinsicht anvertraut. Alles derartige überschnappte Getue ist uns verhasst.

Wir freuen uns unseres Schweizertums ganz einfach deshalb, weil die Schweiz unsre Heimat ist: eine schöne, im ganzen doch überaus glückliche, freie und unabhängige Heimat, die mit gleicher Liebe von Eidgenossen deutscher, welscher und italienischer Art umfangen wird, ein Vaterland, eben recht in der Grösse, um darin ein eigenes, tüchtiges Volkstum zur Entfaltung zu bringen, dessen Verhältnisse sich aber immerhin noch überblicken lassen und einer vernünftigen, den wirklichen Bedürfnissen des Volkes angepassten Regierung keine übermässigen Schwierigkeiten bieten. Kurzum, wir wollen nun hier kein hohes Lied auf die Heimat anstimmen; wir kennen sie ja. — — Kennen wir sie wirklich? Manchmal möchte man es fast bezweifeln. „Ihr Schweizer wisst ja gar nicht, was Ihr habt", sagte mir noch dieser Tage ein Ausländer, der seit Jahren unter uns lebt und Vergleiche anzustellen in der Lage ist. Und er hatte recht.

Viele Schweizer kennen und schätzen ihre Heimat nicht genügend, sie könnten sonst nicht so bedingungslose Bewunderer und Verteidiger fremder „Grösse" sein. Erst dann, wenn dieses fremde Grosse auch das unsrige werden sollte, würden sie endlich merken, was wir — gehabt haben. So wie es viele fremde Touristen gibt, Engländer, Amerikaner, auch Deutsche und andere, die unsre Berge und ihre erhabenen Schönheiten viel besser kennen als die grosse Masse des Schweizervolkes selber, so vermögen auch Fremde, Deutsche nicht ausgenommen, oft viel eher zu erkennen und abzuschätzen, was es für ein Volk heisst, im Besitz seiner souveränen Rechte und Freiheiten zu sein, als eine ganze Menge Schweizer, die sich darüber noch nie Gedanken gemacht haben und sich höchstens ärgern, wenn sie am nächsten Sonntag „schon wieder stimmen müssen".

Deshalb, sagen wir, ist es an und für sich noch nichts, Schweizer zu sein . Man muss es sein mit Bewusstsein und Verstand; erst dann hat es einen Wert. Man muss wissen, warum wir Grund und Ursache haben, unsere schweizerische Heimat zu lieben und über alles hochzuschätzen. Wir wollen sie nicht deswegen in den Himmel erheben, weil es auf der ganzen Welt kein so schönes und kulturell hoch entwickeltes Land gäbe. Andere Länder sind gerade so schön und ihre Bewohner stehen den Schweizern in geistiger und materieller Hinsicht jedenfalls nicht nach; sie besitzen vielmehr manches, was wir entbehren müssen. Niemand verübelt es einem Deutschen, Franzosen, Engländer, wenn er stolz auf sein Vaterland ist; man findet es vielmehr ganz natürlich. Und so glaube ich, dass auch wir Schweizer keine Ursache haben, die Liebe zu unsrer Heimat zu verstecken, sondern frei und offen bekennen dürfen, dass wir Schweizer sind und nur Schweizer sein wollen. Unser schweizerisches Vaterland ist uns deshalb so unendlich teuer, weil es unsrer schweizerischen, durch jahrhundertalte freiheitliche Traditionen ausgeprägten Eigenart so durchaus angemessen ist, wie kein anderes, weil es die Stätte ist, wo die Demokratie, die wahre und wirkliche Souveränität des Volkes, zu einer vernunftgemässen und konsequenten Ausgestaltung gelangen konnte wie sonst gar nirgends in der Welt, weil in diesem Vaterland es möglich war, Volksgenossen von ganz verschiedenen Nationalitäten in unverbrüchlicher Treue zu einem Staate zu vereinigen. Andere Völker von einer andern Eigenart können in ihrem Vaterland gerade so glücklich sein; wir aber könnten in keinem andern Vaterland so glücklich sein wie im unsrigen, weil kein anderes

uns gerade das zu bieten vermöchte, was wir als Schweizer nicht entbehren können und mögen.

Wenn unserm Schweizertum über das hinaus, was es für uns selber ist, noch eine Bedeutung zukommt, so wäre es die, dass mit ihm der Beweis für die Möglichkeit eines wohlgeordneten und soliden Staatswesens auf freiheitlich-demokratischer Grundlage erbracht ist. Davon haben alle die einen indirekten und nicht unwichtigen Vorteil, die in ihren Staaten gegen die autokratische Herrschaft und für die Demokratie kämpfen. Gegenüber den von der Autokratie mit Vorliebe verwendeten Schlagworten, dass mit der Demokratie ein geordnetes Staatswesen nicht durchzuführen sei, genügt schon ein Hinweis auf die freie demokratische Schweiz, um jene unrichtigen Behauptungen zu widerlegen und das unterdrückte Volk zu ermutigen, in seinem Streben nach Freiheit und Mitregierung nicht nachzulassen. Wir haben also einen doppelten Anlass, das Schweizertum hochzuhalten: einmal um unsrer selbst willen, und sodann zur moralischen Unterstützung aller freiheitlichen Bestrebungen in der Welt. Und allemal, wo diese letztern Erfolg haben, kommt das auch uns wieder zugute. Wir haben selber das grösste Interesse daran, dass das Autokratenregiment in der Welt so viel als nur möglich zurückgedämmt oder besser ganz abgeschafft werde, weil nur dieses Regierungssystem noch den Krieg als Mittel zu seinen eigennützigen Zwecken braucht und deshalb gegen seine Einschränkung sich sträubt. Solange wir aber solche allmächtige, kriegslustige Autokratien in Europa haben, ist auch für uns keine Ruhe und Sicherheit.

Diese bedeutungsvolle Wechselwirkung zwischen der Schweiz und andern Ländern gibt uns auch die beruhigende Zuversicht, dass man mit Leib und Seele Schweizer und *nur* Schweizer sein und doch mit den andern Völkern in einer *tiefgefühlten Solidarität* verbunden sein kann. Schweizer und *nur* Schweizer sein, heisst nicht, in einer einfältigen Chineserei sich für besser halten und das Fremde verachten, weil es fremd ist, sondern es will sagen, dass wir als Schweizer gerade genug zu tun haben, wenn wir zu dem Sorge tragen und das hüten und bewahren, was *uns* anvertraut ist: die Souveränität des Volkes im unabhängigen Staate! Wenn wir andere, um ihre Freiheit ringende Völker fragten, was wir für sie tun könnten, sie würden antworten: seid nur, was Ihr heisset: *Schweizer*, dann habt Ihr genug getan.

Durch ihre Mobilisation und den Aufmarsch an der Grenze in den ersten Augusttagen 1914 hat die Schweiz kundgegeben, dass sie entschlossen ist, ihre Unabhängigkeit und ihre Neutralität gegen jedermann zu verteidigen.

Dieser Wille ist heute noch unerschüttert.

Das ist das erste, was man vom Schweizer Standpunkt mit vollständiger Sicherheit feststellen kann.

Und so schrecklich der Weltkrieg in seinem Verlauf gewesen sein mag, die Zuversicht hat er bei uns mächtig gehoben, dass solche Verteidigung unsrer Grenzen nicht vergeblich sein würde. Dem Schwachen ist sein Stachel auch gegeben. Es geht doch nicht mehr so leicht wie man sich eingebildet hat, selbst mit einem Kleinstaat fertig zu werden. Noch nicht ein einziger der Kleinstaaten, die man mit Millionenheeren überfiel, ist heute faktisch besiegt und unterworfen. Erobert und verwüstet, das schon, aber nicht unterworfen. Das zur Exekution bestimmte Serbien sieht sechs Grossmächte an seiner Seite, die den Schild über ihm halten. Das kleine Belgien hat in heldenmütigem Widerstand die glänzendste Armee der Welt drei Wochen aufgehalten und dadurch Frankreich gerettet. Die unsäglich verspottete englische Armee, der nach preussischen Begriffen so gut wie alles fehlte, was eine richtige Armee ausmacht, erweist sich trotz mangelhafter Ausbildung stark genug, um dem furchtbaren Anprall der preussischen „unüberwindlichen" Legionen zu widerstehen, — sobald genügend Mannschaften und Kanonen zur Stelle sind! Sie widersteht nicht bloss, sondern sie schlägt sogar den hundertjährigen preussischen Drill aus dem Feld. Desgleichen die Franzosen. An der Marne muss die preussische Kriegsmaschine stoppen und Kontredampf geben. Verdun wird monatelang wütend berannt und schliesslich wieder fahren gelassen. Das alles sind Ereignisse, die man sich im preussischen Generalstab ganz gewiss nicht träumen liess.

Wir schliessen daraus, dass der unübertreffliche preussische Drill zwar vieles, aber doch nicht alles ausmacht, und wir dürfen uns deshalb sagen, dass unsre kleine Milizarmee, wenn sie das preussische Vorbild, nach dem sie erzogen werden sollte, in manchen Stücken nicht erreicht, deswegen noch lange nicht zu verzagen braucht. Das spezifisch Preussische ist es schliesslich nicht, das den Ausschlag gibt, sondern es sind andere Faktoren, über die wir Schweizer wenigstens zumteil auch verfügen. Übrigens verlassen sich auch die Preussen selber nicht auf ihren Drill. Wir würden vor diesem eine unbegrenzte

Ehrfurcht haben, wenn bei einem unter gleichen Bedingungen und mit gleichen Kräften unternommenen Kampfe die Drill-Armee über die andere unfehlbar und ausnahmslos den Sieg davon tragen würde. Wir sehen aber, dass es das erste und eifrigste Bemühen der preussischen Armee war, möglichst ungleiche Bedingungen des Kampfes zu schaffen, den Gegner zu überfallen, wann er noch nicht gerüstet ist, und seinen Abwehrmassnahmen möglichst überall zuvorzukommen. Es war für die preussische Armee, wie sie behauptete, „eine Frage auf Leben und Tod", durch Belgien vorzustossen und den Franzosen durch den unbeachteten hintern Zugang ins Haus zu fallen. Selbst bei dem Gemetzel unter den wehrlosen Zivilisten in Belgien sprach man von einer Frage, „auf Leben und Tod" für die preussische Armee, die zu ihrer „Rettung" solche Schrecknisse anrichten müsse. Im Felde bleibt der Sieg treu, solange die taktischen und strategischen Vorteile, die man sich durch die Überraschung gesichert, vorhalten. Das Kriegsglück fängt aber alsbald an zu schwanken und zu wechseln, wenn einmal ein gewisser Kräfteausgleich hergestellt ist. Wir behaupten deshalb kühn: der preussische Drill allein machts nicht aus.

Dies gibt uns vielleicht auch einen Fingerzeig, nach welcher Richtung wir unsre Widerstandskraft noch erhöhen könnten, auch ohne dass wir den letzten Hauch von Mann und Ross und den letzten Rest von gutem Willen unsrer Milizen dransetzen müssten, um einem doch niemals erreichbaren militärischen Vorbild des Auslandes wenigstens einigermassen nahezukommen. Vergesse man doch nie, dass unsre Armee einen andern Zweck hat als die einer auf Eroberungen ausgehenden imperialistischen Grossmacht. Der preussische Professor der Physiologie an der Universität Berlin, Dr. Nicolai, gewesener Arzt der deutschen Kaiserin, sagt in seinem tief ergreifenden Buche „Die Biologie des Krieges": „Die Worte Volksheer und Militärstaat zeigen recht deutlich, wie es sich bei diesen Unterscheidungen eigentlich um Imponderabilien handelt. Beides bezeichnet, dass Volk und Heer ganz miteinander verwachsen sind, und doch weiss man, dass eine Welt zwischen beiden Extremen liegt: das eine ist die Schweiz und das andere ist eben Preussen-Deutschland, während die übrigen Länder zwischen den beiden Extremen verteilt sind. ... Jedenfalls sind eigentliche Volksheere und echte Milizen eminent friedliche Organisationen, da sie ihrem Wesen nach nur für den Schutz der Heimat tauglich sind, für den Angriff aber ver-

sagen. Was sie in den Augen des Militärs herabsetzt, hebt sie in den Augen des Bürgers! Solche Heere gilt es zu schaffen, wenn man es ernstlich meint mit dem Willen zum Frieden. Wer andere Heere befürwortet, schafft Kriegsinstrumente und ist dann dafür verantwortlich, wenn diese Instrumente nun ihrerseits mit automatischer Gewissheit den Krieg erzeugen." — Nicht zum Angriff tauglich, sondern nur zum Schutz der Heimat; das aber genügt uns. Wir brauchen daher eine Menge Dinge nicht, die für die imperialistische Grossmachtarmee unentbehrlich sind: kein Trainieren für „blitzschnelle Offensiven" in anderer Leute Land und Eigentum, kein Abrichten der Soldaten zu „Strafgerichten", keine Umwandlung denkender Menschen und Bürger in schiessende und salutierende Automaten zu möglichst bequemer Handhabung für die Offiziere. Der Schutz der Heimat kann deswegen doch recht wirksam werden; das kleine Belgien hat's bewiesen. Sogar die entwaffnete Zivilbevölkerung bereitete dem Feinde Schwierigkeiten und Zeitverlust; wie könnte dann erst die bewaffnete das reguläre Militär unterstützen!

Unter allen Umständen erwarten wir, dass nicht etwa unsre eigene Regierung den gleichen Fehler begehe wie die belgische, welche in guten Treuen und im Vertrauen auf den völkerrechtlichen Schutz für die Nichtkombattanten das ganze Volk entwaffnen liess. Das Schweizervolk soll und wird sich nicht entwaffnen lassen. Man kann dann immer noch darüber schlüssig werden, ob und wie von den Waffen Gebrauch zu machen ist, aber man soll dem Volk nicht von vornherein die letzte Möglichkeit nehmen, sich gegen eine hereinbrechende blutberauschte Soldateska bis zum alleräussersten und letzten zu wehren. Wir wissen wohl, dass die preussisch-gesinnten Militärs mit unsäglicher Verachtung herabblicken auf alles, was „Volkskrieg" und Franktireurs heisst; das ist für sie nicht Komment. Aber wir pfeifen auf militärischen Komment, wenn es uns an Leben und Freiheit geht, und wir wollen zum allermindesten noch die Wahl haben, ob wir uns fügen oder aber den kommentmässigen Brandstiftungen und Exekutionen mit wirksamen Mitteln irgendwelcher Art Hemmnisse in den Weg legen sollen. Es wird hoffentlich keinen einzigen Schweizer geben, welcher der treuherzigen Meinung ist, wir hätten unsrerseits von vornherein auf jeden Notwehrakt zu verzichten und mit uns machen zu lassen, was den Einbrechern beliebt, während diese sich mit der famosen „militärischen Notwendigkeit" von aller und jeder Rücksicht und Schonung entbinden, auch wenn

ihre Regierung die hiefür geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen mit unterzeichnet und besiegelt hat. Wer uns angreift und überfällt, der enthebt uns schon dadurch jeder moralischen oder rechtlichen Verpflichtung ihm gegenüber, und wer bei uns ungeladen zur Tür hereinkommt, soll sich darauf gefasst machen müssen, dass er sich eventuell die Finger einklemmt.

Die Erscheinungen des gegenwärtigen Krieges haben der Zivilbevölkerung mit furchtbarem Ernst ihre absolute Recht- und Schutzlosigkeit klar gemacht. Die militärischen Operationen nehmen auf sie nicht die geringste Rücksicht; alle Härten und Grausamkeiten des Krieges treffen auch sie; der Krieg wird, wie der preussische Kriegsminister Stein selber zugestand, längst nicht mehr bloss gegen die Armee, sondern auch gegen das Volk des betreffenden Staates geführt, ganz gleichgültig, ob es sich am Kampf selber beteiligt oder nicht. Dann hat man aber jetzt auch abzufahren mit dem alten militärischen Komment, dass nur das uniformierte Militär soll schiessen dürfen und die Zivilbevölkerung sich wehrlos jede Brutalität und Schädigung gefallen zu lassen habe. Der „Schutz der Heimat“, für welchen in erster Linie die Milizarmee bestimmt ist, bekommt eine andere und viel weitergehende Bedeutung als früher. Wenn denn doch die Zivilbevölkerung unter allen Umständen passiv am Krieg beteiligt ist — und zwar bis zur Zerstörung ihres Eigentums, körperlicher Misshandlung und Verlust des Lebens —, so ist nicht einzusehen, warum nicht alles aufgeboten werden soll, um die in ihr vorhandenen Mittel und Kräfte auch aktiv zum Schutz der Heimat mitwirken zu lassen. Es müsste doch danach getrachtet werden, zum mindesten auf dem Wege der Freiwilligkeit jede Hand, die überhaupt eine Waffe zu führen imstande ist, zu benutzen. Ist erst einmal der Grundsatz des allgemeinen, freiwilligen Volkskriegs — wozu natürlich jedes Land ganz von sich aus berechtigt ist, sobald seine Existenz in Frage kommt — anerkannt, ergeben sich tausend neue Möglichkeiten zur Hebung der Widerstandskraft des Landes in idealem Zusammenwirken mit der Feldarmee.

Diese Kooperation ins Auge zu fassen und vorzubereiten, würde zunächst Aufgabe der Instanzen sein, welchen die Leitung unseres Heerwesens anvertraut ist. Schutz der Heimat auf jede denkbare Weise müsste nicht nur der Grundgedanke und das Leitmotiv aller und jeder militärischen Tätigkeit sein, sondern auch als solches für Soldaten und Bürger deutlich erkennbar hervortreten. Speziell

sollte das, was vom Soldaten im Dienst verlangt wird, in einem für ihn erkennbaren Zusammenhang mit dem Zweck der Armee stehen. Unter dieser Voraussetzung glaube ich — und ich stütze mich dabei auf die Ansicht kompetenter militärischer Sachverständiger —, wäre auch mit unsern Schweizer Soldaten alles zu machen und könnte man von ihnen alles verlangen. Hier böte sich das natürlichste und wirksamste Mittel zur Erhaltung und Hebung der Dienstfreudigkeit. Wenn es damit nach drei Jahren Grenzwache etwas zu hapern begonnen hat, so liegt nach einer weitverbreiteten Überzeugung der Hauptgrund darin, dass es den Soldaten nicht immer klar geworden ist, was der ihnen zugemutete Drill mit dem Schutz der Heimat zu tun hat. Drill um des Drills willen ist für ihn unnütze Plackerei. Er kommt auf die Idee, dass er mit aller Gewalt zu einem preussischen Soldaten gemacht werden soll, während er doch nur ein schweizerischer Wehrmann zu sein braucht. Der General selbst fördert dieses Vorurteil, indem er in seiner neuesten Denkschrift über die Dienstfreudigkeit wiederum schreibt:

„... Lange Jahre war die Bezeichnung, es ‚preusselt', das Schlimmste, das man über den Betrieb des Wehrdienstes sagen konnte, obgleich man vor Augen hatte, was das preussische Heer geleistet, und obgleich jeder, der sein Vaterland auch nur ein klein wenig höher stellt, als seine doktrinäre Gesinnung, glücklich sein sollte, wenn die Leistungen unseres Wehrwesens einigermassen denen des preussischen Heeres gleichen."

Der General, dessen Verdienste um unser Heerwesen niemand bestreiten wird, bestätigt hier wiederum, dass die preussische Armee das Ideal ist, dem er nachstrebt, und dass er es offenbar als seine Hauptaufgabe betrachtet, unser Heer und Volk zur preussischen Methode zu „erziehen". Am Schluss seiner Denkschrift sagt er u. a.:

„Dasjenige, was die Armeeleitung in jetziger Zeit braucht, ist Vertrauen; nicht so sehr und an erster Stelle Vertrauen in ihre tiefgründigen strategischen Kenntnisse und in die Genialität ihrer strategischen Kombinationen, — das bisschen, das davon zur Führung unserer kleinen Armee in unsern einfachen Verhältnissen erforderlich ist, wird hoffentlich vorhanden sein ..."

Es hätte entschieden mehr Vertrauen erweckt in unserm Volk, wenn dem General die Führung unserer Armee nicht gar nur so als Bagatelle erscheinen würde. Bagatelle mag das sein im Vergleich zu den preussischen Millionenheeren, aber nicht in unsern Verhält-

nissen, die keineswegs sehr „einfach" sind. Die Denkschrift, die sich fast mehr mit Politik als mit Militär befasst, gipfelt in dem oft gehörten Wunsch der Armeeleitung, man möge sie „ungestört und ungehindert arbeiten lassen", d. h. ihr nicht dreinreden. Dieser Wunsch wäre berechtigt, wenn es sich um eine rein fachwissenschaftliche Angelegenheit handeln würde, über die dem Laien kein Urteil zusteht. Allein das Volk steht nicht in diesem Verhältnis zur Armee. Die Armee gehört dem Volk und nicht den Berufsoffizieren; die Armee ist zumteil selbst das Volk; die Heimat, zu deren Schutz die Armee da ist, gehört dem Volk, und wenn's fehlt mit der Armee, so hat das Volk es zu büssen. Da hat das Volk doch wohl etwas zur Sache zu sagen, meine ich. Und man kann nicht immer alles, was darüber gesagt wird, einfach als „unpatriotische, antimilitaristische Hetze" gegen die Armee und ihre Leiter abtun. Tatsache ist nun einmal, dass über den Dienstbetrieb in unsrer Armee zwei grundverschiedene Auffassungen bestehen, und dass ob dem unablässigen Bemühen, die an massgebender militärischer Stelle herrschende Auffassung dem passiven Widerstand der andern Seite gegenüber einfach durchzusetzen, viel wertvolle Kraft, Zeit und guter Wille verloren geht und der Hauptzweck, der Schutz der Heimat, oft ganz in den Hintergrund tritt.

Nach unsrer Ansicht ist auch ein blutjunger Stabssekretär, der die Ansichten des Generals in den Zeitungen zu vertreten pflegt, nicht die berufene Persönlichkeit, um das Publikum über das Verhältnis von Volk und Armee zu belehren. Um dies mit Nutzen tun zu können, müsste man nicht nur vom Drill etwas verstehen, sondern auch vom Volk, von der Verfassung und von der Demokratie. Man kann sich bei der heutigen Stimmung nicht leicht etwas Aufreizenderes denken, als wenn so ein junger Stabssekretär schreibt:

„Es ist auch nicht anzunehmen, dass durch ein vermehrtes Hineinregieren der bürgerlichen Zeitungen und der Politik überhaupt in die Heeresangelegenheiten die Armeeleitung von ihrer Bahn, wie sie durch das Verantwortlichkeitsgefühl vorgezeichnet ist, abzubringen wäre."

Das können wir im Volk nur so verstehen, dass man eben auf uns absolut nicht hören will und allen Bitten und Vorstellungen gegenüber wie irgendein Gottesgnadentum sich auf seine „Verantwortlichkeit" zurückzieht, die nicht erlaube, auf diese oder jene „populäre Strömung" zum Schaden der Armee Rücksicht zu nehmen. Ich glaube, man ver-

gisst dabei immer, dass für den Schutz der Heimat — der doch wohl unser Aller Hauptzweck ist — zwei Faktoren in Frage kommen und nicht nur einer! Nämlich erstens und hauptsächlich: das Volk, das diesen Schutz der Heimat mit seinem Gut und Blut zu bewerkstelligen hat, und zweitens: die militärische Ausbildung und Geschicklichkeit, die es dazu befähigen soll. Kurz gesagt, die beiden Faktoren sind: das Volk und seine Waffe. Die Waffe kann aber nicht beliebig gewählt werden, sondern sie muss dem Volk angepasst sein; es muss sie handhaben, es muss Vertrauen zu ihr fassen können. Das vollkommenste Instrument wird seinen Zweck nur halb erfüllen, wenn es dem Volk wider die Hand geht. Man muss also nicht nur die Waffe, sondern auch das Volk kennen und herausfühlen, was für seine Art am besten passt. Und wenn nun in dieser Beziehung Unstimmigkeiten bei uns entstanden sind, so rühren sie nicht davon her, dass man den General und seine Verdienste unterschätzt, sondern man möchte nur gerne einmal etwas davon merken, dass die Armeeleitung es für der Mühe wert hielte, auch den andern Faktor, das Volk kennen und verstehen zu lernen. Wenn wir zusehen müssen, wie so viele unserer jungen Leute als verbissene Antimilitaristen und Antipatrioten aus dem Dienst fürs Vaterland heimkehren, so bedeutet das für uns eine so furchtbar ernste Gefahr, dass die Armeeleitung verpflichtet ist, darüber mit sich reden zu lassen und sich Mühe zu geben, zu untersuchen, ob der Fehler wirklich nur an den Leuten und nicht auch am Systeme liegt.

Niemand bezweifelt, dass das preussische Ideal mit seinem bedingungslosen Gehorsam der Soldaten, denen man keinerlei Rechenschaft schuldig ist über die Vernünftigkeit irgendwelcher Massnahme, mit seiner scharfen Trennung der Grade, dem sorgsam gepflegten Standesbewusstsein der Offiziere und Unteroffiziere usw., rein militärisch das Höchste erreicht; es kann aber auch nur in dem absolutistisch-monarchischen Preussen-Deutschland, wo die nötigen Voraussetzungen dazu (politische Unmündigkeit des Volkes usw.) gegeben sind, rein durchgeführt werden; überall sonst, wo es nachgeahmt wird, handelt es sich doch nur um ein „mehr oder weniger", ein „einigermassen". Bei uns vollends, in der demokratischen Republik, würde das preussische System in Reinzucht zur Unnatur, weil die politischen Voraussetzungen und die Eignung des Volkscharakters dazu vollkommen fehlen. Warum dann also — so fragen sich viele gute Patrioten — die Augen immer starr auf dieses unerreichbare

preussisches „Ideal" (das für uns das Gegenteil von allem ist, was auf der Welt „Ideal" heissen mag) gerichtet halten? Warum kann man aus dem preussischen System nicht nur das herübernehmen, was auch für uns brauchbar und nützlich ist, im übrigen aber bei der Ausbildung unserer Wehrkraft auf unsre Verhältnisse, unsre politischen Voraussetzungen, unsern Volkscharakter abstellen und ein echt schweizerisches Volksheer schaffen? Man kann das nicht nur, sondern man soll es tun! Es handelt sich doch letzten Endes nicht darum, dass man bei der Verteidigung unsrer Heimat in einer schulgemässen militärischen Aktion ein Examen darüber abzulegen hat, wie weit wir es in der Nacheiferung des höchsten militärischen Ideals zu bringen vermochten, und dann dieses Examen entweder zu bestehen oder mit Ehren durchzufallen, sondern es handelt sich um den Schutz unsrer Heimat, Schutz unsrer Häuslichkeit, Schutz unsrer Frauen und Kinder, Schutz unsrer Freiheit und Unabhängigkeit. Das heisst aber Widerstand bis zum Äussersten und Letzten, Widerstand, von dem die feldgemässe Aktion nur einen Teil bildet, Widerstand mit Ausnützung jedes Vorteils unsres für den regulären und irregulären Kampf wie geschaffenen Terrains. Alle Elemente sind vorhanden, die eine richtige Volkswehr zum Schutz unsrer Heimat brauchen würde; eine Armeeleitung, die mit unsrem schweizerischen Volkstum verwachsen ist, unsre Berge kennt und liebt und für unsre Freiheit glüht, wird ein schweizerisches Heer nach schweizerischer Art zu schaffen vermögen; sie wird dabei alles mit sich fortreissen und nicht unrühmlich auch neben der preussischen Berufsarmee bestehen. —

So selbstverständlich für uns der Krieg zur Verteidigung unsrer Heimat ist, so einmütig — wenige unrühmliche Ausnahmen abgerechnet — sind wir in der Schweiz im Abscheu vor dem Krieg als Krieg. Der Krieg ist eine Schande für die Zivilisation und das Christentum, ein Verbrechen an der Menschheit, vor allem aber eine grenzenlose Dummheit. Nur ehrgeizige und gewissenlose Diplomaten, die um jeden Preis einen „Erfolg" ihrer Tätigkeit sehen möchten, nur tatendurstige, nach Avancement begierige Militärs können in der heutigen Zeit noch einen Krieg anzetteln. Eine Abstimmung im Schweizervolk würde mit ungeheurer Mehrheit die Zustimmung ergeben zur internationalen Rechtsordnung, zum obligatorischen Schiedsgericht, zur unbedingten Respektierung der bürgerlichen Moral auch in der Politik.

Ich glaube also, dass in bezug auf die grundsätzliche Stellungnahme zum Krieg eine Verständigung und nahezu einhellige Meinungsäusserung nicht schwer zu erzielen wäre.

Kritischer wird die Sache, sobald man auf das Verhältnis zu den heute im Kriege stehenden Parteien zu sprechen kommt. Und hier ist es die Schuldfrage, die unabweisbar immer und immer wieder sich in den Vordergrund drängt. Das pocht und hämmert unausgesetzt wie das böse Gewissen. Es ist die deutsche Regierung, es ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", welche alle paar Wochen einmal das Bedürfnis empfindet, die Schuldfrage von neuem aufzurollen. Bald ist es ein Gasmeister, eine Gouvernante, ein Kaufmann oder sonst jemand, der mit eidlicher Aussage von ihm wahrgenommene Kriegsvorbereitungen der Entente bekräftigt, oder es sind neu aufgefundene Briefe und Dokumente, deren unzulängliche Beweiskraft durch einen um so zuversichtlicheren Kommentar verdeckt wird und beim Leser in seinem naiven Glauben an bedrucktes Papier die Überzeugung wecken soll, dass er nun endlich den niederschmetternden Beweis für den „Kriegswillen" und die „unermessliche Blutschuld" Russlands, Frankreichs, Englands — je nachdem der eine oder andere der Angeklagten gerade an der Reihe ist — in den Händen habe. Wenn also wir Neutralen auch gerne bereit wären, die Erörterung der Schuldfrage bis nach dem Kriege zu vertagen, so können wir das ja gar nicht, weil man — gerade von Seite der Zentralmächte — diese Frage immer wieder aufs Tapet bringt und uns dadurch indirekt auffordert, unsrer Entrüstung über die frevelhaften Urheber des Krieges, nämlich die Entente, Ausdruck zu geben. Dieser Aufforderung kommen manche deutschgesinnte Schweizerblätter leider immer noch viel zu bereitwillig nach und ergehen sich oft geradezu in Beschimpfungen der Gegner Deutschlands, ohne auch nur einen Augenblick zu bedenken, in welche schwierige Lage sie unsre eigene Regierung gegenüber jenen Mächten bringen und was für einen Schaden sie unserm eigenen Lande zufügen, wenn sie uns gewissermassen mit Deutschland solidarisieren und das Menschenmögliche tun, um das von ungünstig gesinnter Seite im Westen aufgebrachte böse Wort, dass zwischen „boche allemand" und „boche suisse" kein Unterschied sei, zu rechtfertigen. Dabei wären diese leichtfertigen Ankläger von Völkern, die nicht mit uns verfeindet, sondern vielmehr mit uns befreundet und von deren gutem Willen wir in vieler Hinsicht abhängig sind, in der grössten Verlegenheit, wenn sie die

von ihnen kritiklos aus den deutschen Blättern übernommenen Behauptungen und Schlussfolgerungen auch belegen sollten, denn kaum einer von ihnen hat die Frage überhaupt ernsthaft studiert.

Wie schon weiter oben angedeutet, kann es sich nicht etwa darum handeln, dass das Schweizervolk ein Verdikt abzugeben habe über die eine oder andere der streitenden Parteien, aber wenigstens dafür sollten die denkenden und vernünftigen Schweizer in ihrer grossen Mehrheit zu haben sein, dass man nicht Anklagen und Beschuldigungen gegen kriegführende Parteien erhebt, wenn man nicht in der Lage ist, dafür auch jederzeit den Beweis zu erbringen. Wir unsrerseits haben es nicht darauf abgesehen, Deutschland anzuklagen, aber wir verwahren uns dagegen, dass man von der Schweiz aus — einfach Deutschland zu liebe — dessen Gegner blindlings verdammen helfe. Wie steht man eigentlich da vor der Welt mit solchen Anklagen, wenn sich schliesslich herausstellt, dass eben doch die ganz unter dem absolutistisch-militärischen Einfluss stehende deutsche Regierung den Krieg durch ihre Unversöhnlichkeit gegenüber Serbien und ihre mangelnde Voraussicht verschuldet hat? .Diese Möglichkeit kann man doch nicht einfach von der Hand weisen, ohne die Schuldfrage auch nur einmal näher untersucht zu haben! Dann aber, wenn die Tatsache des deutschen Präventivkrieges nicht mehr zu leugnen sein sollte, wenn Deutschland sich selber und ohne zwingende Not — bloss um eines militärischen Augenblicksvorteils willen — in die Lage gebracht hat, in der es sich heute befindet, frage ich: wer verdient zuerst unser Mitgefühl als Neutrale? Prof. Nicolai erzählt: „Mich fragte vor kurzem einer unserer gebildetsten Militärs (dessen Namen seiner grossen Verdienste wegen verschwiegen bleibe, zumal er nach wiederhergestelltem Frieden seine Frage sicherlich bedauern wird), ob es denn nicht möglich sei, Bomben mit Cholerakeimen oder Pestbazillen hinter die feindliche Front zu schleudern. Als ich ihm sagte, das schiene wenig zweckmässig und sei auch wohl kaum human, da antwortete er mit verächtlicher Handbewegung: was soll uns in diesem Kriege noch die Humanität! Deutschland ist zu allem berechtigt." Dieses Wort, dass Deutschland zu allem berechtigt sei (eben weil es überfallen und von den Andern in die verzweifelste Notlage gebracht worden war), haben wir immer wieder hören müssen: beim Einbruch in Belgien, bei den dortigen Massenhinrichtungen, bei der „Lusitania", beim schrankenlosen Unterseebootkrieg usw. Wie aber, wenn diese „entsetzliche Notlage Deutsch-

lands" selbstverschuldet war, gehört dann unser Mitleid nicht zuerst den schuldlosen Opfern dieser deutschen Halluzination? Wir sind in der Tat dieser Meinung und wissen uns dabei aber auch eins mit einer vielleicht täglich zunehmenden Minderheit in Deutschland selbst und mit recht vielen Deutschen im Ausland, die längst zu den gleichen Resultaten gekommen sind wie wir. Und es wird sich erst noch zeigen, ob nicht das deutsche Volk in seiner Mehrheit, wenn es einmal alles lesen darf, was ihm heute noch verboten ist, schliesslich einsehen wird, dass es sich in einem schweren Irrtum befand, und dass diejenigen, die sich so zudringlich seiner Sache annahmen, ihm einen herzlich schlechten Dienst erwiesen, indem sie es in einem falschen Wahn bestärkten. Denn ohne diesen falschen Wahn hätten wir längst Frieden. Wie sollte aber ein Friede möglich sein, solange man jedes Friedensangebot mit der erneuten blutigen Beleidigung für die Entente begleitet, dass sie Deutschland überfallen habe, und dass Deutschland unter allen Umständen vor künftigen Überfällen „gesichert" sein müsse? Ich habe selber von Deutschen schon folgende Ansicht vertreten gehört und auch in deutschen Büchern mehrfach bestätigt gefunden:

Der Weltkrieg ist recht eigentlich das Werk der hohen preussischen Militärs, die längst nach einer Neuauflage von 1870 lechzten und sie nunmehr, dank der ausgezeichneten Rüstung und Vorbereitung, in raschem Siegeslauf zu bewerkstelligen hofften. Die Herren vom Auswärtigen Amt, Bethmann Hollweg, Jagow, Zimmermann, waren im Grund ihres Herzens ganz und gar gegen den Krieg, aber sie vermochten gegen die militärischen Einflüsse nicht aufzukommen und hatten nicht den Mut, für sich die Konsequenz aus ihrer Überzeugung zu ziehen. Daher die unglückliche und schwankende Haltung des Reichskanzlers. Der „Überfall" war eine schlecht erfundene und ungeschickt inszenierte Mache. Der ganze Streich galt hauptsächlich Frankreich, auf welches die Militärs es seit langem abgesehen hatten. Von Russland war man nicht sicher, ob es eingreifen würde, und hoffte immer noch im Stillen, es werde sich des Eingreifens enthalten. Von Englands Neutralität war man bis zum letzten Moment überzeugt. So ist man in den Krieg hineingetaumelt, ohne auch nur zu wissen, wen man alles als Gegner gegen sich haben werde. Der Überfall Belgiens hat nicht einmal militärisch seinen Zweck erfüllt; politisch war er die unbegreiflichste Torheit, da er die halbe Welt gegen Deutschland aufbrachte und den Engländern den Kriegs-

entschluss förmlich aufdrängte. Deutschland hatte vor dem Krieg eine geradezu glänzende Stellung in der Welt. Es war reich, angesehen, gefürchtet sogar. In mancher internationalen Frage, in Marokko, in Algeciras, auf dem Balkan sprach es sein Machtwort, und man musste gehorchen. Auf einen Wink von Berlin mussten Boulanger und Delcassé ihre Ministersessel verlassen. Trotz angeblicher „englischer Seetyrannei" fuhren seine Schiffe frei auf allen Meeren. Unter den Augen Englands schwang sich Deutschland binnen wenigen Monaten zur dritten Kolonialmacht auf. Die Tüchtigkeit und Rührigkeit seiner Kaufleute und Techniker brachen dem deutschen Einfluss in allen Ländern Bahn. Alle Türen standen ihm weit offen, in den englischen Kolonien schlug es die englische Konkurrenz aus dem Feld. In der Heimat waren alle Hände beschäftigt; man hatte eher zu wenig als zu viel Leute, die Auswanderung ging ständig zurück, eine Notwendigkeit, neue Siedelungsgebiete für den Bevölkerungsüberschuss zu erwerben, bestand um so weniger, als die Geburten geradezu rapid zurückgingen. Man hätte nicht einmal die bestehenden Kolonien mit Deutschen bevölkern können. Wozu dann also Krieg machen? Kein Mensch vermag es zu begreifen. Und was nützen nun alle die herrlichen militärischen Leistungen bei dem Ruin des Wohlstandes von Millionen Deutschen im In- und Ausland? Das mahnt an die Chirurgen-Bulletins: „Operation vollständig gelungen, Patient gestorben." Es ist herzzerreissend, sich heute sagen zu müssen: wie glücklich wären wir, wenn alles nur wieder so wäre, wie es vor dem August 1914 gewesen!

Ich wiederhole, dass dies Ansichten von Deutschen sind. Schweizer, die es besser wissen als diese Deutschen, mögen nun endlich einmal mit ihrer Wissenschaft herausrücken. Ich erneuere den Appell an die deutschgesinnten schweizerischen Intellektuellen, sie möchten unserm Volke in einer klaren und bündigen Darstellung bekannt geben, für welche der deutschen Behauptungen, dass Deutschland überfallen worden sei oder werden sollte, dass Belgien im Dienst Englands stand, dass England den Weltkrieg angezettelt habe, dass die serbische oder gar noch die russische Regierung das Attentat von Serajewo angestiftet habe, sie persönlich mit ihrem Namen und ihrem wissenschaftlichen Ansehen die Bürgschaft zu übernehmen bereit seien und welche Belege sie dafür namhaft zu machen wüssten.

— — — — — — — — — — — — — — — — —

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Ein schlimmes Ereignis gibt unsrer Schlussbetrachtung noch eine ganz unerwartete Wendung.

Es war eine schwarze Stunde, als unser Bundesrat Hoffmann, Chef des Politischen Departements, ohne vorherige Beratung mit seinen Kollegen dem Genossen Grimm (!) nach Petersburg telegraphische Informationen gab für die Anbahnung einer Friedensvermittlung bei der russischen Regierung.

Müssen wir nun die Seiten, vorne in unsrem Buch, wo wir von der tadellosen Neutralität unseres Bundesrats und von der Abwesenheit aller und jeder geheimen Diplomatie bei unsrer Regierung sprachen, wieder heraussreissen? Nein, aber gestehen müssen wir jetzt vor aller Welt, dass geheime Diplomatie bei uns doch auch sich eingenistet hatte. Doch folgte dieser Versündigung an der Demokratie die Strafe auf dem Fuss; Bundesrat Hoffmann musste zurücktreten.

Leider ist damit die Sache nicht erledigt. Neue Aufregung hat sich unseres Volkes bemächtigt. In der romanischen Schweiz werden Massenversammlungen abgehalten. Man verlangt die Versetzung Hoffmanns in Anklagezustand und abermals die Abberufung des Generals und des Generalstabschefs, obwohl sie nun mit dieser Affäre nichts zu tun haben. In Genf sind bedauerliche Ausschreitungen gegen die Konsulate der Zentralmächte begangen worden.

Nun besteht in der deutschen Schweiz die Gefahr, dass wiederum wie beim Oberstenprozess die ganze Entrüstung sich gegen den sogenannten „Protestrummel" im Welschland wendet und darob vergessen wird, was ihn eigentlich verursacht hat. Folgende Auffassung liegt der Haltung unserer welchen Eidgenossen zugrunde:

Diejenigen, welche bis jetzt die grössten Gefahren für unser Land, den schwersten Zwiespalt in unserm Volk hervorgerufen haben, sind ausnahmslos deutschschweizerische, vollständig unter dem Einfluss der deutschen Hypnose stehende hohe Funktionäre. An den Stellen, von welchen die Ermahnungen an das Volk zur Ruhe und Besonnenheit, zur strikten Wahrung der Neutralität auszugehen pflegten, wurden die schwersten Verstösse gegen die Neutralität begangen. Im Generalstabsbureau sassen die Offiziere, die mit den „Herren Kameraden" von den Zentralmächten Nachrichten austauschten, und ihr Chef hat sie nicht nur nach Möglichkeit gedeckt, sondern auch selber eine Neutralitätspolitik vertreten, gegen welche der Grossrichter des Divisionsgerichts und der Bundesrat Verwahrung einlegen mussten. Im Generalstabsbureau wurden voreilig An-

ordnungen getroffen, um Truppen ins Welschland zu werfen am Abend des Oberstenprozesses, und dadurch wiederum eine gewaltige Erregung verursacht. Nun kommt auch noch der Chef des Politischen Departements und kompromittiert unsre Neutralität in einer Weise, die seinen sofortigen Sturz zur Folge hat.

Das ist die welsche Auffassung vom Stand der Dinge.

Man widerlege sie, wenn man kann.

Ist aber der Tatbestand richtig, dann spare man in der deutschen Schweiz die Entrüstung und schlage an die eigene Brust.

Die nämliche Zurückhaltung ist geboten gegenüber den Mächten der Entente. Es ist nun das drittemal, dass von schweizerischer amtlicher Seite schwere Taktfehler — um den mildesten Ausdruck zu wählen — gegenüber diesen Mächten begangen werden. Zuerst kamen die Obersten mit ihren Bulletins, dann unser Gesandter in Washington, der sich von seinem deutschen Kollegen zu einer unberufenen Friedensaktion verleiten liess, und nun gar noch unser Minister des Äussern selber. In einem Moment, da eine Kommission nach Amerika sich einschiffen soll, um dort gut Wetter zu machen, damit wir im nächsten Winter nicht hungern und frieren müssen, — ausgerechnet in diesem Moment unternimmt der Chef des Politischen Departements auf den absonderlichsten Umwegen eine Intervention, die von den Alliierten als Beleidigung empfunden wird. Herr Hoffmann hat allerdings nur auf eine Anfrage des Genossen Grimm, aus Petersburg geantwortet, aber er hat eben geantwortet und wie! In einer Depesche, deren Wortlaut zwar noch streitig ist, die jedoch zu allen möglichen Deutungen Anlass gibt; beruft sie sich doch bei der Auseinandersetzung der deutschen Kriegsziele ausdrücklich auf Unterredungen mit „prominenten Persönlichkeiten". Wer kann das sein?

Die Alliierten erblickten in dem Vorgehen Hoffmanns einen unfreundlichen Akt deshalb, weil er hinter ihrem Rücken erfolgte und weil er sich der Vermittlung eines Mannes bediente, der notorisch für den russisch-deutschen Separatfrieden, d. h. für den gänzlichen Abfall Russlands von der Entente mit allen Mitteln arbeitete. Dadurch schon, dass Hoffmann überhaupt mit Grimm in Korrespondenz trat, musste er sich dem Verdacht aussetzen, dass er dessen, den Wünschen und Absichten der Entente entgegengesetzten Bestrebungen fördere. Die Entente will selbstverständlich keinen deutsch-russischen Separatfrieden; sie will überhaupt gegenwärtig noch keinen Frieden. Im

Sommer 1914 war es Deutschland, das keinen Frieden wollte, sondern Krieg: Krieg mit Serbien, Krieg mit Belgien, Krieg mit Russland, Krieg mit Frankreich. Man zog in den Krieg wie zu einem Fest; in keinem andern Lande ward der Kriegsausbruch mit solch jubelnder Freude begrüsst. Und noch im Jahr 1915 konnte man von sehr frommer, deutschgesinnter Seite sagen hören: „Nur jetzt um Gottes willen keinen Frieden.“ Hindenburg sprach die Hoffnung aus, der Krieg werde nicht zu Ende gehen, bevor England und Italien „die verdiente Strafe“ erhalten haben. Als dann die Sache doch etwas zu lange dauerte, kamen die deutschen Friedensangebote, hinterhältig und verklausuliert, überdies verletzend in der Form, weil immer auf die Voraussetzung des „Überfalls“ sich stützend. Die Entente aber will jetzt tatsächlich auch Krieg und will nichts von Frieden hören, bis der preussische Militarismus auch militärisch geschlagen ist, damit man nicht in zehn oder zwanzig Jahren wieder von vorn anfangen muss mit dem Krieg. So traurig das ist für die Friedensaussichten, wird man diesen Standpunkt doch begreifen müssen.

Aber auch wer ihn nicht begreift, wird doch soviel davon verstehen, dass der Entente jetzt alles unerwünscht sein muss, was ihre Absicht stört, doppelt unerwünscht, wenn es hinter ihrem Rücken geschieht und darauf abzuzielen scheint, eine Lage zu schaffen, die sie zum unerwünscht verfrühten Frieden nötigt. Dass ein Mann wie der bisherige Chef des Politischen Departements sich zu der Unvorsichtigkeit hinreissen lassen konnte, sich auch nur dem Schein einer neutralitätswidrigen Handlung auszusetzen, ist für uns ein unfassbares Rätsel. Wir haben dafür nur die Erklärung der deutschen Hypnose, — jener bei uns in der deutschen Schweiz immer noch vorherrschende Mentalität, die den ganzen Krieg auch jetzt noch nur aus dem deutschen Empfinden heraus begreift und miterlebt, natürlich in der aufrichtigsten Meinung, damit auch als Schweizer richtig zu handeln und zu empfinden. Von dieser deutschen Hypnose, die uns schon schwere Opfer gekostet hat, müssen wir uns befreien, um einen selbständigen Schweizerstandpunkt zu gewinnen, nicht in Feindschaft zum deutschen Volk, aber auch nicht in Anlehnung an das Deutschtum.

Eidgenossen! Lasst uns wieder Schweizer sein, — und nur Schweizer!

---

Grade als kommende Generationen fühlen wir Zeitgenossen selber das Verlangen nach Wahrheit und Klarheit über die Entstehung, den Sinn und die Bedeutung des Weltkrieges. Indem wir uns bemühen, zunächst einmal dasjenige festzuhalten, was wirklich geschehen ist und was man jetzt schon wissen kann und **wissen muss,** so gut als möglich Wahres von Falschem zu scheiden, mit einem Wort eine gewisse Ordnung und Systematik in das ungeheure Chaos des Materials über den Krieg zu bringen, bleiben wir uns dessen wohl bewusst, dass damit noch kein fertiges und nach allen Seiten abgeschlossenes geschichtliches Urteil ermöglicht wird. Aber ein historischer Wert darf gleichwohl schon für eine solche „vorläufige Orientierung" beansprucht werden, da es für jedes spätere Zeitalter interessant sein muss, zu sehen, welche unmittelbaren Eindrücke die Mitlebenden vom Weltkrieg empfingen. Überdies haben wir vor denen, die nach uns kommen, den Vorteil voraus, dass wir heute noch ein tausendfach verzetteltes Detail-Material erreichen, sammeln und sichten können, dessen Beibringung schon nach wenigen Jahren nur mit grösster Mühe oder gar nicht mehr möglich wäre.

Der Verfasser dieses Schweizerbuches über den Weltkrieg hatte als Redaktor während vieler Jahre Gelegenheit, den Vorgängen auf der Weltbühne aufmerksam und mit der Feder in der Hand zu folgen. Es ist selbstverständlich, dass er sich auch bei der Behandlung des Weltkrieges nur von der politischen und ethischen Überzeugung leiten lassen kann, die er sich bei seiner journalistischen Berufstätigkeit erworben hat. Er möchte sie aber auch dem Leser nirgends aufdrängen. Überhaupt handelt es sich in diesem Buche nicht darum, die Meinung des Verfassers über den Weltkrieg breitzuschlagen. Man wird sehen, dass andere Leute darin viel ausgiebiger zum Worte kommen als er selber. Immerhin muss für jedes derartige literarische Unternehmen eine leitende Überzeugung als Kompass vorhanden sein, wenn nicht der Verfasser selbst schon nach wenigen Schritten einer hilflosen Verwirrung anheimfallen soll. Er suchte dem Problem des Weltkrieges näher zu treten „von einem **schweizerischen Standpunkt** aus", der für ihn der bewusst demokratische ist. Den Schweizerstandpunkt zu vertreten, kann sich zur Zeit niemand vermessen, da es einen einheitlichen schweizerischen Standpunkt noch gar nicht gibt.

Das Wort „**neutral**" fehlt im Titel. Die Schweiz als Staat ist neutral, will und muss es sein. Auch der einzelne Schweizerbürger

hat sich danach zu richten, indem er sich der aktiven Teilnahme am Krieg, der Unterstützung der einen oder andern Partei durch Nachrichtendienst u. dgl. enthält. Mit der Geschichtschreibung hat die Neutralität nichts zu schaffen. Hier tritt an ihre Stelle die Gerechtigkeit. Das klingt vielleicht anmassend, denn wer ist im Besitz eines vollgültigen Masstabes der Gerechtigkeit? Sie kann nur erwartet werden im Rahmen des menschlich Möglichen. Es muss genügen, die Gerechtigkeit zu wollen und sie nach bestem Wissen und Gewissen zu üben. Und nicht so ist sie zu verstehen, dass man sich zu bemühen hätte, neben den Sünden der einen Partei immer ein möglichst gleich langes Sündenregister der andern Partei aufzusetzen, Licht und Schatten „gleichmässig zu verteilen", um so eine Art „ausgleichender Gerechtigkeit" herzustellen. Der Geschichtschreiber hat Licht und Schatten nicht zu verteilen, sondern da zu lassen, wo sie sind. Er würde sich eine ungebührliche Schiedsrichterrolle gerade dann anmassen, wenn er es darauf anlegen wollte, durch die Auswahl des Stoffes dafür zu sorgen, dass am Ende alle ungefähr gleich belastet sind und keinem zu nahe getreten wird. Diese Sorte „Gerechtigkeit" suche man im vorliegenden Buche nicht. Wo Unterschiede der Schuld vorhanden sind, hat man diese anzuerkennen, und wo ein Unschuldiger leidet, hiesse es, seine Pein verdoppeln und der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen, wollte man, statt das ihm zugefügte Unrecht zuzugestehen, den Missetäter auf Kosten seines Opfers zu entlasten suchen. —

Wir beschränken uns auf diese Andeutungen über den Geist, in welchem die „vorläufige Orientierung" über den Weltkrieg geschrieben ist, und lassen noch eine kurze Charakteristik der einzelnen Kapitel des ersten Bandes folgen. Sie sind zusammengefasst unter dem Titel: **„Die Wurzeln des Weltkrieges“.** In sieben Abschnitten von ungleichem Umfang werden diese besprochen. **„Die menschliche Natur“, „der Kriegsaberglaube“, „das Autoritätsprinzip“, „die geheime Diplomatie“, „der Militarismus“, „der Imperialismus“, „die Kriegstheologie“,** — das sind nach des Verfassers Meinung die Begriffe, über deren Wesen und Bedeutung man sich zuerst klar werden muss, bevor man an das Studium des Krieges selbst herantreten kann.

**„Die menschliche Natur“** bildet den Ausgangspunkt der ganzen Untersuchung. Im natürlichen Wesen des Menschen ist der Krieg insofern begründet, als der Mensch als Teil der Schöpfung mit hineingestellt ist in den „Kampf ums Dasein", den die Lebewesen der verschiedensten Gattungen auf dieser Erde gegeneinander führen. Die Naturwissenschaft und speziell der Darwinismus spielen in der Rechtfertigung des Krieges eine sehr bedeutende Rolle, und es lassen sich in der Tat frappante Ähnlichkeiten aufweisen zwischen dem Kampf in der Tierwelt (man denke nur an die Ameisen) und dem Krieg der Menschen. Allein bald zeigt es sich, dass man mit der naturwissenschaftlichen

Betrachtungsweise nicht auskommt. Der Mensch ist ein Doppelwesen. Durch den Krieg offenbart sich seine Zurückgebliebenheit in den Fesseln der natürlichen Verwandtschaft mit der Tierheit, aber ihn unterscheidet vom Tier, das nur seinem Instinkte folgt, die Stimme des Gewissens, die ihn mit tausend Skrupeln plagt, ob er auch recht tue? Der Krieg ist schon durch die einzige Tatsache endgültig verurteilt, dass niemand mehr die Verantwortung für ihn übernehmen will. Die Kulturmenschheit schämt sich des Krieges und verabscheut ihn im Grund ihres Herzens. Besonders die jüngere Generation war auf dem Wege, sich von den Anschauungen einer vergangenen Zeit, in welcher der Krieg noch als „Element der göttlichen Weltordnung" galt, wie einst die Hexenverbrennungen und ähnliches, gänzlich zu emanzipizieren. Nun haben es die Anhänger des Alten doch noch verstanden, den Krieg zu inszenieren. Es war, als fühlten sie, dass sie damit nicht länger zögern durften; jetzt war ihr Übergewicht noch stark genug, um den Krieg durchzusetzen; vielleicht wäre es in zehn oder zwanzig Jahren schon nicht mehr möglich gewesen. Aus den in diesem Kapitel mitgeteilten Briefen eines jungen Engländers und der vor dem Feinde gefallenen deutschen Offiziere Marschall von Bieberstein und Professor A. Klein, sowie eines unter dem Titel „Vox in deserto" schreibenden französischen Künstlers spricht der tiefe Schmerz des feinfühligen Kulturmenschen unserer Zeit über den schweren Rückfall in die Barbarei, den wir diesem „Krieg der Alten" zu verdanken haben.

Der **„Kriegsaberglaube"**, d. h. der überlieferte Glaube an die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Krieges, soll im zweiten Kapitel an Hand von Schilderungen des Krieges, wie er wirklich ist, und Betrachtungen über seine Folgen ad absurdum geführt werden. Nach einer Auseinandersetzung mit verschiedenen Kriegsverteidigern, die jede Kritik am Krieg merkwürdigerweise als Angriff auf die im Felde stehenden Krieger, „als Schiessen in den Rücken tapferer Männer" empfinden und tadeln, werden eine Reihe von Bildern aus dem gegenwärtigen Krieg aus der Feder von Augenzeugen vorgeführt, die ja alle nur einen schwachen Schimmer von der Wirklichkeit geben können und doch in ihrer Gesamtheit schon erschütternd wirken. Wir hören u. a. einen jungen Deutschen aus Zürich über seine ersten Eindrücke auf dem Schlachtfelde erzählen, lassen uns von Barzini das Schlachtfeld an der Marne oder die Beschiessung von Soissons beschreiben; Dr. Paul Niehans in Bern stellt in packender Anschaulichkeit einen missglückten Angriff der Italiener dar. Der Leser wird bekannt gemacht mit dem Leben und Sterben in den Schützengräben, in der „Hölle von Verdun", mit den grässlichen Nahkämpfen, dem Gas- und Minenkrieg, den grauenhaften Zerstörungen von Städten und Landschaften. Er erhält tiefe Eindrücke von dem Los der Verwundeten, den Szenen in den Lazaretten. Und dann wird ihm die ganze Sinnlosigkeit dieser Zerstörungs- und Vernichtungswut gezeigt an dem schwächlichen Bemühen, ihren Folgen entgegenzuwirken durch eine auf künstliche Menschenvermehrung abzielende „Bevölkerungspolitik", an der Sisyphusarbeit der Bekämpfung der Seuchen, der Geschlechtskrankheiten und anderen „Segnungen" des Krieges, an dem wirtschaftlichen Ruin und der finanziellen Katastrophe, die einem „Selbstmord Europas" gleichkommt. Es werden die allzulange missachteten Bestrebungen der Pazifisten und das gedankenlose Gerede von den „Gefahren" des langen Friedens, die ekelhafte Kraftmeierei der Heimkrieger und Schreibtischhelden und das blutlechzende sogenannte „männische Christentum" durch einige Stichproben (Hofrat Vierordt) illustriert.

Der Erörterung des **Autoritätsprinzips** im dritten Kapitel geht eine zeitgemässe Untersuchung des politischen Gegensatzes zwischen deutscher und schweizerisch-demokratischer Auffassung vom Staat und vom Krieg voraus. Für Kleinstaaten wie die Schweiz schliesst das imperialistische Treitschkesche Staatsideal und die damit verbundene zynische Ausschaltung der Moral aus der Politik die grössten Gefahren in sich. Eine Schwächung oder gar Zertrümmerung der bisherigen, viel berufenen „englischen Weltherrschaft", die den Kleinstaaten und ihrer friedlichen Entwicklung so ausserordentlich zustatten kam, könnte von unserm Standpunkt aus nur bedauert werden, da sie gleichbedeutend wäre mit einer ausserordentlichen Stärkung des absolutistisch-militaristischen Regimes in Europa. Dieses Regime beruht auf dem Autoritätsprinzip, das einzelnen Menschen die ungeheuerste Machtfülle einräumt und auf vollkommen gesetz- und ordnungsmässigem Wege Millionen von Bürgern der Verstümmelung und dem Tod überantwortet. Das absolutistisch-militaristische Regierungssystem hat in Preussen-Deutschland den höchsten Grad der Vervollkommnung erreicht; es bedingt die politische Unmündigkeit des Volkes und seine vollkommene Machtlosigkeit gegenüber dem allein massgebenden Willen der Staatslenker nicht nur auf militärischem, sondern auch auf andern Gebieten des öffentlichen Lebens. Bemerkenswert sind hier besonders die Ausführungen von † Prof. Dr. Schulthess Rechberg in Zürich über die deutsche Kultur der Autorität. Diese politische Rückständigkeit bildet nach Hugo Preuss den Hauptgrund einer schon vor dem Krieg weit verbreiteten Abneigung gegen „deutsches Wesen".

Die geheime **Diplomatie** (viertes Kapitel) ist eines der wesentlichsten Machtmittel des Absolutismus. Sie beraubt das Volk und seine Vertretung, die Parlamente, jeder wirksamen Kontrolle der auswärtigen Beziehungen und stellt es vollständig ins Belieben der wenigen Eingeweihten, bei erwachenden Machtvermehrungs- und Eroberungsgelüsten Konflikte mit andern Staaten zu schaffen und den Krieg herbeizuführen. Ist bei diesen Eingeweihten eine Mentalität zu konstatieren, wie sie aus den hier auf mehreren Seiten dargestellten Lehren Bernhardis hervorgeht, so lässt sich leicht ermessen, in welcher Gefahr die Völker unter einer solchen Leitung fortwährend schweben. Der Erfolg der grossen Eroberer und Kriegsmacher, Friedrich des Grossen und Bismarcks, hat die Gewissen abgestumpft und das Rechtsempfinden ertötet. Erst im Lichte der heutigen Weltkatastrophe wird man wieder veranlasst, speziell an Hand von Bismarcks Vorgehen die Zulässigkeit einer Politik ohne Moral zu prüfen und zu verneinen. Das Wirken der durch keine Schranken rechtlicher oder moralischer Art gehemmten Machthaber ist um so verhängnisvoller, als sie in der volksfremden Abgeschlossenheit ihres Milieus die wahren Interessen des Volkes gar nicht kennen und nicht verstehen, nichtsdestoweniger aber über seine wichtigsten Lebensinteressen nach ihren eigenen beschränkten Standesbegriffen und Standesvorurteilen entscheiden. So ist auch für die Frage von Krieg und Frieden der für paukende Studenten oder duellierende Leutnants geltende „Ehrenkodex" massgebend. Über die geistigen Fähigkeiten der Diplomaten lassen sich hier Bismarck, Hohenlohe, Dickinson, Steffen, Fried u. a. in lehrreicher Weise vernehmen. Da aber das Volk zum Krieg immerhin unentbehrlich ist, muss es von den Machthabern in die entsprechende „patriotische" Stimmung gebracht werden, wozu man sich aller Mittel demagogischer Verhetzung sogar gegen bisher befreundete fremde Staatshäupter bedient. Es gibt dies erwünschte Gelegenheit, den Unterschied zwischen Demokratie und Demagogie klar zu machen.

Der Verfasser wendet sich kritisch gegen das leider auch in einem Teil der deutschen Schweiz üblich gewordene, gedankenlose Nachplappern aller möglichen Gehässigkeiten gegen die mit Deutschland im Kriege stehenden Staaten, insbesondere gegen England, und zeigt an einem Beispiel, dem in Bern erschienenen „preisgekrönten" Pamphlet gegen Sir Edward Grey im Vergleich zu den auf deutscher Seite vorgefallenen „Ungenauigkeiten", wie wenig man Ursache hat zu solchen einseitigen Beschimpfungen.

Zur zeitweisen Suspendierung des Autoritätsprinzipes mit Hilfe demagogischer Bearbeitung des Volkes durch die einander verfeindeten Autoritäten selbst, tritt ihre unbedenkliche Benutzung auch der ausgesprochensten revolutionären Mittel und Methoden und ihre kaltblütige Nichtachtung oder bewusste Verletzung des geltenden Rechts im sogenannten „höhern Interesse" des Staates, wie dies insbesondere in der sich nach jeder Hinsicht als unhaltbar erweisenden These vom sogenannten „Überfall" im August 1914 hervorgetreten ist. Der Inhalt der beiden Kapitel 3 und 4 ist in den Sätzen zu resümieren: Der Weltkrieg ist das Werk der eine kleine Minderzahl bildenden Träger der Macht in den kriegführenden Staaten. Ihre Macht beruht auf dem Autoritätsprinzip, das von der falschen Voraussetzung einer das Mittelmass übersteigenden Weisheit und Voraussicht in den regierenden Kreisen ausgeht. Das Mittel zur Aufrechterhaltung dieser falschen Vorstellung war die geheime Diplomatie, die den Völkern jede Möglichkeit der Einsicht und Kontrolle über die folgenschweren Handlungen der Mächtigen vorenthält. Das Resultat dieses Systems ist der Ruin Europas.

Das wichtigste und umfangreichste, fast 200 Seiten zählende Kapitel behandelt den **Militarismus.** Er wird hauptsächlich veranschaulicht am Beispiel der Eroberung Belgiens durch die Deutschen. Nicht nur ist der preussische Militarismus an und für sich der ausgesprochenste Typus und schon deshalb das geeignetste Demonstrationsobjekt für eine Untersuchung des Begriffs Militarismus, sondern er hat sich auch selber die Priorität gesichert durch seine „blitzschnelle Offensive" und hat als erster der Welt das schreckensvolle Schauspiel seines schrankenlosen Wirkens geboten. Sodann bestehen zwischen schweizerischen und belgischen Verhältnissen verschiedene Ähnlichkeiten, und endlich gilt es, eine gewisse Ehrenschuld abzutragen gegenüber dem leider auch von schweizerischer Seite in unverantwortlicher Weise verleumdeten belgischen Volke. Auch viele Schweizer haben ein an Belgien begangenes Unrecht gutzumachen, das darin bestand, dass sie aus rein subjektiver Sympathie für Deutschland allen Klagen Belgiens gegenüber beide Ohren verstopften. Es wäre das mindeste, was man von ihnen verlangen könnte, dass sie sich durch dieses Buch nun einmal wenigstens informieren liessen über das, was in Belgien wirklich gegangen ist. Und zwar werden hier keine sogenannten „Greuelbroschüren" und Berichte von „Greuelkommissionen" ausgeschlachtet. Der Verfasser lehnt es von vornherein ab, diese unter dem Namen „belgische Greuel" bekannten wirklichen oder angeblichen Ausschreitungen und Bestialitäten sowohl von belgischer wie von deutscher Seite zu untersuchen und zu behandeln. Er hält sich vielmehr unter ganz überwiegender Benutzung von deutschem, amtlichem Material ausschliesslich an die militärischen Aktionen und deren Begleiterscheinungen. Als Unterlage dient ihm hauptsächlich das Weissbuch der deutschen Regierung über den sogenannten „belgischen Volkskrieg" und das als „Antwort" darauf herausgegebene belgische Graubuch. In bezug auf erstere besteht die Aufgabe des Verfassers im wesentlichen in der genauen Untersuchung des von der deutschen

Regierung selbst gegebenen Tatsachenmaterials im Vergleich zu den von ihr daraus gezogenen Schlussfolgerungen. Dem Leser ist dank der zahlreichen Hinweise und Zitate die Möglichkeit der Nachprüfung auf Schritt und Tritt gegeben. Er wird dadurch selbst in den Stand gesetzt, zu beurteilen, ob und inwiefern der Verfasser berechtigt ist, zu behaupten, dass die von der deutschen Regierung gegen die belgische Regierung und Zivilbevölkerung erhobenen Anklagen und Beschuldigungen in den von ihr selbst als Beweismaterial beigebrachten Tatsachen nur eine äusserst mangelhafte und unzulängliche Begründung finden. Sehr eingehend, unter vollständigem Abdruck der deutschen Anklageschriften und sogar teilweise unter Analysierung derselben Satz für Satz, werden die sogenannten „Strafgerichte" von Aerschot, Andenne, Dinant und Löwen behandelt und gezeigt, dass das von deutscher amtlicher Seite aufgebrachte „Beweismaterial" in keinem Verhältnis steht zu der entsetzlichen Härte dieser Massenhinrichtungen und systematischen Brandlegungen. Zur Entlastung der vom Franktireur-Koller besessenen Offiziere und Soldaten wird auf die in den ersten Tagen des Krieges verbreiteten Greuelberichte über Misshandlungen von Deutschen in Belgien, auf die militärische Disziplin und die bewusst und gewollt auf Unterdrückung humaner Regungen hinzielende Erziehungsmethode des preussischen Generalstabes verwiesen und mit Reminiszenzen aus dem Jahr 1870 dargelegt, dass schon im damaligen deutsch-französischen Krieg die Strafgerichte aus Prinzip an der Tagesordnung waren.

Was es für eine wehrlose Zivilbevölkerung heissen will, den Krieg im Lande zu haben und den von absoluter Laune und Willkür eines fremden Eroberers diktierten sogenannten „Kriegsgesetzen" unterworfen zu sein (S. 273 bis S. 297), wäre unserem Schweizervolke sehr nützlich zu lesen. Ein bezeichnendes Licht auf die Vorgänge in Belgien werfen die ihnen vorausgegangenen oder gleichzeitigen, ausführlich geschilderten Ereignisse in Mülhausen und Burzweiler. Das Schreckensregiment des Militarismus hat schon im Elsass, auf deutschem Boden und gegenüber treuen deutschen Untertanen des Kaisers begonnen, und die Erklärung dazu geben die höchst charakteristischen, den Geist des Militarismus enthüllenden Vorfälle von Zabern im Jahre 1913/14. Einer allgemeinen Würdigung der Volksaufstände und des Franktireurwesens folgen Beispiele aus Kolonialkriegen, welche dem Militarismus als Vorschule für die Kriegsgreuel in Europa dienten. Daran schliessen sich die grundsätzlichen Erörterungen des Militarismus, die verschiedenen Definitionen dieses Begriffs, die Untersuchung des Verhältnisses von Militarismus und Staat, sowie Betrachtungen über „Militarismus in der Schweiz".

Der **Imperialismus** in seinen verschiedenen Erscheinungsformen wird im sechsten Kapitel zur Darstellung gebracht unter ganz besonders einlässlicher Behandlung sowohl des englischen wie des deutschen Imperialismus und seiner Begleiterscheinungen: der geistigen Verwüstung in der Welt der Intellektuellen, der Hassgesänge, der ins Gebiet der Pathologie überschlagenden nationalen Verstiegenheit und Einbildung auf einen Beruf als auserwähltes und „führendes" Volk des Erdballs. Mit Sorgfalt ist von Schweizern die Stellung des Imperialismus zu den Kleinstaaten zu studieren und dem von Friedrich Naumann propagierten „Mitteleuropa" alle Aufmerksamkeit zu schenken. Die Erlebnisse des Weltkrieges richten die energische Aufforderung an die Volksmassen, ihren törichten Servilismus gegenüber den Grossen dieser Welt endlich einmal fahren zu lassen und lieber dafür zu sorgen,

dass den Völkern durch eine demokratische Umgestaltung der Staatsform die Möglichkeit gegeben wird, inskünftig selber ihr Schicksal bestimmen zu können. Das Kapitel über den Imperialismus schliesst mit ernsten Worten über die in der deutschen Schweiz zutage tretende politische Urteilslosigkeit und Unselbständigkeit, die traurige Verlotterung des demokratischen Empfindens und die Verpflichtung, sich aus dieser Dekadenz des Schweizertums endlich aufzuraffen und wieder auf sich selbst zu besinnen.

Eine der stärksten Wurzeln des Weltkrieges ist die missverstandene und missbrauchte Religion. **Die Kriegstheologen** sind die schwarze Leibgarde des sein blutiges Schwert über der Menschheit schwingenden Absolutismus. Sie haben die spezielle Aufgabe, das in jedem Menschen wurzelnde religiöse Gefühl und Bedürfnis den Kriegszwecken dienstbar zu machen, den von den Autoritäten geforderten blinden Gehorsam als Christenpflicht zu verkündigen und dadurch bei den Massen die kritiklose Fügsamkeit für jede Herrscherlaune zu erhalten. Auf alle denkbare Weise bemühen sich die Kriegstheologen, Christentum und Krieg miteinander zu verkoppeln, die Göttlichkeit und Christlichkeit des Krieges nachzuweisen. Ein frevelhaftes Unterfangen, weil es von akademisch gebildeten Leuten ausgeht, die sich vollständig im Klaren darüber sein müssen, dass ein sogenannter biblischer Nachweis des „gottgewollten Krieges“ absolut unmöglich ist, weil aus der Bibel sich alles und jedes, d. h. imgrunde eben gar nichts „beweisen“ lässt, dass man es in der Religion mit einem Gebiet zu tun hat, wo von „Wissen“ nicht die Rede sein kann, sondern wo geglaubt werden muss oder darf, ohne die Möglichkeit irgend einer Kontrolle an Hand materieller Beweisunterlagen. Der Versuch der Kriegstheologen, das Christentum vor den Kriegswagen zu spannen, ist umso verwerflicher, als sie selber in ihrer Liebedienerei gegen die Mächtigen dieser Erde so weit gehen, die diplomatische Unmoral zu sanktionieren und den Grundsatz förmlich anzuerkennen, dass das Christentum für die Politik unbrauchbar sei! Möge man dann wenigstens konsequent bleiben und ehrlich zugeben, dass auch der Krieg, der ja nichts anderes ist als „die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln“, mit dem Christentum nichts zu tun hat. Das Kapitel „Kriegstheologie“ bietet eine reiche Auslese von Widersprüchen und logischen Verrenkungen, zu denen die Kriegstheologen infolge der Zwiespältigkeit ihrer Stellung gezwungen sind. Es gibt subtile Beweisführungen, nach denen z. B. der Spruch: „Liebet eure Feinde“ nichts anderes heisst als „hasset die Engländer“, und die wahre christliche Nächstenliebe ihren Ausdruck findet in der Aufforderung: „schlagt sie tot! tot! tot!“ usw. Der Verfasser untersucht von seinem landeskirchlichen Laienstandpunkt aus einlässlich das Problem „Krieg und Christentum“, den Gegensatz von Christentum und Politik, die (von ihm verneinte) Frage der Zulässigkeit einer Umdeutung oder Ausschaltung des Evangeliums zu politischen Zwecken, und gibt der Überzeugung Ausdruck, dass christliche Moral und wahre politische Klugheit identisch sind und deshalb gar kein Grund besteht, das Christentum von der Politik auszuschliessen. Er schätzt die Schweizer glücklich, weil sie eine Heimat besitzen, wo die Zugehörigkeit zu Staat und Kirche keine Gewissenskonflikte verursacht, weil Staat und Kirche vor dem öffentlichen Gewissen wohl bestehen können und dank der unschätzbaren Gabe unserer Demokratie jedem, wes Glaubens er auch sei, die Möglichkeit gegeben ist, mit freudiger Begeisterung für den Staat zu wirken und an seinem Wohl mitzuarbeiten.

---

Über den Gesamteindruck, den der erste Band des Werkes „**Der Weltkrieg**“ auf den Leser macht, möchten wir nun Unbeteiligte urteilen lassen:

## Stimmen der Presse

über das Werk: „Der Weltkrieg. Vorläufige Orientierung von einem schweizerischen Standpunkt aus.“ Von S. Zurlinden. I. Band: „Die Wurzeln des Weltkrieges.“

**Neue Zürcher Zeitung, 30. Dezember 1916:**

Der Weltkrieg hat die Neutralen in eine schwere Seelenpein gebracht. Während die Völker der kriegführenden Staaten in jenem patriotischen Feuer aufloderten, das alle Skepsis, alle kritische Urteilskraft verzehrte und die gleichmässig national gerichtete Denkungsart in voller Wucht und Einhelligkeit zum Ausdruck kommen liess, trat an den Neutralen die geistige und sittliche Notwendigkeit heran, sich mit dem überwältigenden Ereignis auf eine objektive Weise auseinanderzusetzen. Was ist Wahrheit?! Die Erfahrung in der Schweiz hat gezeigt, wie unendlich schwer es uns geworden ist, dieser Pflicht nachzukommen. Der erste Anprall des Krieges fand die Geister bei uns so unvorbereitet, dass äusserliche Momente das Hinneigen ganzer Bevölkerungsteile zu der einen oder andern kriegführenden Partei bewirkten. Und oft schien es, als ob auch bei uns Neutralen der Krieg vor allem die Unterdrückung des selbständigen Urteils und des kritischen Sinnes zur Folge gehabt habe.

Ein kleines Trüppchen war es, das von Anfang an den Krieg geistig in sich zu verarbeiten suchte, und das sich in der Betrachtung der Weltereignisse mit Aufgebot aller Kraft auf den schweizerischen Standpunkt stellte. Ob auch verblendete Zeitungsschreiber, entgleiste Theologen und gesinnungsarme Professoren diesem Standpunkt Mangel an Mut und fehlendes Mitgefühl für die ungeheuren Heimsuchungen der Völker vorwarfen — heute weiss man, dass mehr Mut dazu gehörte, korrekte Neutralität zu bewahren, als der einen oder andern Partei blind zuzujubeln, und dass mehr wahres Mitgefühl mit den Leiden der Menschheit in jenen war, die still den Weg ernster Prüfung schritten. Zu denen, die ehrlich suchten und der geistigen Überflutung vom Auslande her den Damm selbständigen Urteils kräftig entgegensetzten, gehört Herr Zurlinden, der Redakteur der ehemaligen „Freitagszeitung“. Wir hätten gewünscht, dass es mehr solche selbständige Naturen gegeben hätte, und dass auch an der Westgrenze recht manche gewesen wären, die mit so unerbittlicher Skepsis gegen alle von jenseits der Grenze kommende Beeinflussung aufgetreten wären.

Das ist der Grund, warum wir dem vorliegenden Buche die Beachtung nicht versagen können, ob man seinen Standpunkt im einzelnen teile oder nicht. Zur allgemeinen Würdigung wird man ja nicht ausser acht lassen dürfen, dass der Verfasser in einem Milieu lebt, bei dem die Gefahr geistiger Unselbständigkeit vornehmlich von einer Seite drohte und gegen diese Seite im besondern hat er denn auch sein kritisches Licht offenbar mit Absicht einseitig hingeworfen. In dieser Beleuchtung ziehen nun die bisherigen Geschehnisse vorüber. Oft mag man finden, dass der Beobachter, fern von der rauhen Kriegsluft, die Ereignisse einer wilden, harten Zeit auch gar zu sehr nach dem alltäglichen hausbackenen Masstabe messe. Aber man wird doch mit Achtung das Beginnen verfolgen müssen, den riesigen Stoff und die verwickelten Probleme von der Warte ehrlicher Überzeugung und aufrechter bürgerlicher Tugend zu meistern.

Wir massen uns nicht an, über das Einzelne zu reden und mit dem Verfasser zu rechten. An dem auf einen ungewöhnlichen Umfang veranschlagten Werke mag seinerzeit die sachkundige Feder der Historiker prüfend ansetzen. Was wir hier im Auge haben, ist die Arbeit des Journalisten, der zur Kritik und zur Selbständigkeit in wichtiger Zeit erzogen zu haben das Verdienst beanspruchen darf.

Strebens liegen und naturnotwendig zur Katastrophe führen mussten. Demgemäss ist der Grundzug des Buches: Krieg dem Kriege ... Er will auf unser Empfinden, Denken und Wollen einwirken, indem er zeigt, was geschehen und warum es geschehen ist. Er hat Mitleid vor allem mit dem wehrlosen, unschuldigen, bis aufs Blut gequälten Volk, dessen Jammer, Angst und Todesnot uns zur täglichen Seelenpein geworden ist. Darum nimmt er nicht ängstlich Rücksicht, sondern lässt die Tatsachen reden und verhehlt die bitteren Schlussfolgerungen nicht. Das Urteil ist oft scharf; auch einseitig; es bedarf durchaus der Ergänzung und Milderung durch die Erinnerung an das, was die andern getan. Aber aus allem redet der ehrlich demokratische Schweizer und bewusste Christ, für den die christlichen Prinzipien unwandelbar sind und gültig auch für die Politik.

**Religiöses Volksblatt** (Pfarrer E. Etter), 7. April 1917:

Das ist das Schönste an Zurlindens Buch, sein demokratischer Standpunkt, sein Glaube an die Demokratie, sein starker Zug zur Masse des Volkes, das ja jetzt in allen Ländern so unsäglich viel leiden, tragen und entbehren muss. Mögen Imperialismus, Gewaltherrschaft und Militärdiktatur jetzt noch so grosse Triumphe feiern, mögen selbst viele Schweizer — wie es übrigens schon vor dem Kriege der Fall war — ihr politisches Ideal mehr im preussischen Junkertum als in der Demokratie erblicken, Zurlinden ist in dieser allgemeinen Verwirrung von diesem bösen, fremden Geist nicht angesteckt worden. Sein Herz steht nach wie vor tapfer und fest auf der Seite des Volkes.

**Der Katholik,** 3. Februar 1917:

Der Verfasser ist nicht der vorsichtig Neutrale, der seine Meinung verbirgt, sondern er hat mit Fleiss und Gründlichkeit ein ungeheures Material durchgearbeitet, führt Wichtiges und Wesentliches wörtlich mit genauen Quellenangaben an, lässt die Tatsachen reden, um daraus ruhig seine Schlüsse zu ziehen. Im Vorwort schon sagt er, dass er als bewusster und überzeugter Demokrat im Gegensatz zum Imperialismus und Militarismus steht, welch letzterer selbstverständlich nicht etwa mit Militärwesen identisch ist. Nicht nur als Schweizer und Demokrat tritt er an die Tatsachen heran, sondern auch als Christ, nicht als Theologe, sondern als Laie, dem keine Kriegstheologie das gesunde Empfinden verdorben hat.

**Literarischer Anzeiger** zum Monatsblatt der Evangelischen Gesellschaft des Kantons Zürich, März 1917:

Vor uns liegt ein mächtiges Buch, welches die auf drei bis vier Bände berechnete Geschichte des Weltkrieges beginnt. Der Verfasser nennt im Vorworte diesen Band eine „vorläufige Orientierung" und sagt, dass er nicht leichten Herzens die Aufgabe übernommen habe, dieses Werk zu schreiben. Wir begreifen dies gut, denn es gehört viel Mut dazu, schon jetzt von der Studierstube aus die Masse der „Quellen", Zeitungsausschnitte, Bücher und Broschüren nur einigermassen zu überblicken, zu werten und zu einem einheitlichen Bilde zu verarbeiten. Der Verfasser hat sich die Sache in einem gewissen Sinne dadurch erleichtert, dass er sich zuerst auf einen Standpunkt festlegt. Nun haben wir seit Kriegsbeginn so manche schweizerische „Standpunkte" erlebt, von denen sich jeder als der allein „neutrale" ausgibt, dass es nur folgerichtig ist, wenn Zurlinden den seinigen als e i n e n Standpunkt unter vielen bezeichnet. Der Verfasser nennt sich bewusst und überzeugt demokratisch, hat ein schönes Mitleid mit den Völkern, einen gewissen Abscheu gegen den kaiserlich deutschen Militarismus, und glaubt, dass der Krieg aus der Welt verschwinden werde, wenn die Völker ihre Angelegenheit selbst in die Hand nehmen. Der Verfasser arbeitet kräftig mit allen diesen Schlagwörtern. Aber der Leser weiss dann im voraus, nach welchen Gesichtspunkten im ersten Bande, der von den „Wurzeln des Krieges" handelt, diese aufgezeigt werden. Zurlinden wusste stets mit grossem Geschick das Material so um seine Gedanken zu gruppieren, dass sie ihm bewiesen waren. Diese Kunst übt er auch hier, wie uns ein flüchtiger Einblick in das Buch zeigte. Wir bewunderten dabei auch den Fleiss des Verfassers und seine geschickte Darstellung. Freilich glauben wir, dass es nicht schwer fällt, für einen andern Standpunkt mindestens ebensoviele

und ebenso beweiskräftige Dokumente zu finden. Bekanntlich sind ja in diesem Kriege grosse „Quellenfabriken“ an der Arbeit, und es ist keine Nachricht unglaublich genug, um nicht Gläubige zu finden. Wir wollen daher nicht kritisieren, sondern das Buch ankündigen und zugleich sagen, dass wir noch auf einem ganz altmodischen Standpunkte stehen. Wir glauben noch an Gott und sein Regiment und sehen im Werden und Vergehen der Völker die Entwicklung und Auswirkung eines göttlichen Geschichtsplanes, welcher auch den Krieg zulässt und ihm eine Aufgabe zuschreibt. Wir glauben daher nicht, dass durch Mehrheitsbeschlüsse und allerlei Projekte, welche einstweilen niemand durchführen kann, eine Besserung erzielt werden wird. Stehen doch in diesem Kriege alle denkbaren Systeme vom reinsten Absolutismus bis zum freiheitlichsten Phrasenschwall einer „Überdemokratie“ unter der Wucht der Ereignisse, welche Gott über die Menschheit — nicht ohne ihr Verschulden — verhängt hat. Doch dies nur nebenbei. Im übrigen wünschen wir dem Buche mutige Leser und dem Kriege ein baldiges Ende, damit die Aufgabe, welche sich der Verfasser stellte, nicht allzu schwer wird. *Dr. B.*

**Schweizerisches Protestantenblatt** (Pfarrer W. Wuhrmann in Elsau), 1. April 1917:

„Herr Samuel Zurlinden war bis vor kurzem Redaktor der auf Ende 1914 eingegangenen ‚Zürcher Freitagszeitung‘; er ist auch der Verfasser einer prachtvoll ausgestatteten zweibändigen Geschichte der letzten hundert Jahre der Stadt Zürich, die sich durch Unparteilichkeit und Reichtum des Stoffes auszeichnet. Nunmehr hat es Zurlinden unternommen, eine Geschichte des Weltkrieges zu schreiben, die auf drei bis vier Bände berechnet ist. ... Der Verfasser gibt vor, einen neutralen, schweizerischen Standpunkt einzunehmen, liest man aber das Buch, so merkt man fast auf jeder Seite, dass Zurlindens Sympathien zur Entente neigen. Er nennt England unsern ältesten Bruder, der mit uns Kleinen immer gut und freundlich gewesen ist (S. 70), es sei eine grosse politische Dummheit, all das hasserfüllte Zeug, das uns aus Deutschland gegen England suggeriert werde, nachzuschwatzen (S. 126). Die bewusst demokratischen Schweizer fühlen sich politisch viel mehr zu England hingezogen als zu Deutschland (S. 125); diejenigen Schweizer, die auf bewusst demokratischem Boden stehen, befinden sich im denkbar stärksten Widerspruch mit fast allem, was ihnen heute als die vorherrschende deutsche Auffassung vom Staat und vom Krieg entgegentritt (S. 55). Während Zurlinden sich politisch immer als bewusster Demokrat vorstellt, steht er religiös ganz auf dem Boden der Religiössozialen; kein Blatt wird so häufig zitiert wie die „Neuen Wege“. Zurlinden tut sich etwas darauf zu gut, dass er ein Laie ist, und spielt oft sein theologisches Laientum gegen die Theologen aus: Das ernstgesinnte (!) Laienvolk finde mehr Befriedigung bei den Tolstojanern als bei den Pfarrern, die die Utopien dieser Leute ablehnen (S. 59 und 509). Von diesem „bewusst demokratischen“ und religiös tolstojanischen Standpunkt aus geschieht nun die Auswahl und Beleuchtung des Stoffes. Man wundert sich, wie er alles für Deutschland Ungünstige zusammenträgt, wird aber belehrt, dass dies seinen natürlichen Grund in der leichten Zugänglichkeit der deutschen Kriegsliteratur habe, die dem Leser die Nachprüfung erleichtere! (S. 64). Und das nennt man objektive neutrale Geschichtsschreibung! Der deutsche Politiker F .Naumann wird fortwährend mit dem Titel „Pastor“ oder „Pfarrer“ zitiert, obschon er seit Jahren nicht mehr Pfarrer, sondern (wie alt-Redaktor Zurlinden ganz gut weiss) Reichstagsabgeordneter ist. Unsere schweizerischen Politiker, die ehemals Pfarrer waren (Eugster, Pflüger, Nägeli usw.) wird Herr Zurlinden wohl kaum mehr „Pfarrer“ titulieren. Auch vor der Aufwärmung alter Mätzchen schreckt der Verfasser nicht zurück, um Deutsche lächerlich zu machen. (S. 119 wird erzählt, wie Bismarck während einer Diplomatenkonferenz, während einer Rede, die ihn ‚angeödet‘ habe, auf ein Blatt schrieb: Pompons, pompo, pomp, pom, po!) Den Deutschen und Österreichern wird das Duell vorgerückt (S. 111); kommen in Frankreich keine solchen vor? Am langweiligsten zu lesen ist das Kapitel über den Militarismus, das bis in alle Details die „belgischen Greuel“ bespricht. Am deutschen Weissbuch wird herumgenörgelt, das belgische Graubuch dagegen als glaubhaft hingenommen. Ich habe, weil ich Zurlinden aus seinen früheren Veröffentlichungen schätzte, mit Begier nach dem Buche gegriffen, es aber enttäuscht aus der Hand gelegt. Das Buch enthält eine Fülle von Material,

gelingt dem Verfasser aber nicht, darüber Herr zu werden. Statt die grossen Gesichtspunkte herauszuarbeiten, erzählt er allerlei Anekdoten und Historchen und zitiert seitenlang Zeitungsartikel. Man weiss nicht, ist es mehr Naivität oder Anmassung, über das grösste weltgeschichtliche Ereignis aller Zeiten ein vierbändiges Werk anzufangen, bevor man weiss, wie der Krieg ausgeht. Mit Schulmeisterei und bewusster Demokratie, mit laienhaften Plattheiten und landläufigen Urteilen wird man diesem Weltgeschehen nicht gerecht."

Alt-Pfarrer J. G. Birnstiel, Mitherausgeber des „Schweizer. Protestantenblattes", entgegnete (9. Juni 1917) auf den obigen Artikel u. a. Folgendes: „Der Verfasser geht nirgends mit Phrasen um. Für jede Behauptung gibt er Belege, und eben die Reichhaltigkeit derselben macht das Buch zu einem wichtigen Kompendium und zu einem ergreifend ernsten Zeugnis für das Ringen und Streiten der Geister, die gerade in diesen Kriegsjahren um die Seelen der Menschen und Völker werben. Ich hatte beim Lesen das Gefühl, dass Zurlinden mit leidenschaftlichem Eifer nach Wahrheit suche. Wo er meint, sie gefunden zu haben, drängt er sie Keinem auf. Er legt die Akten vor den Leser hin und überlässt es ihm, den nötigen Schluss zu ziehen. Vermutungen lässt er Vermutungen sein, und er hütet sich vor Anklagen, die seinem Werk den Charakter einer Schmähschrift geben müssten. Pfarrer Wuhrmann wirft Zurlinden blinde Voreingenommenheit gegen Deutschland vor. Damit hat er ihm Unrecht getan. Zurlinden schreibt nicht als einer, der Deutschland hasst, aber als einer, der ihm in schmerzlicher Enttäuschung zürnt. Den Einbruch in Belgien vermag er nicht gut zu heissen, und des deutschen Volkes Glauben, überfallen worden zu sein, vermag er nicht zu teilen. Nicht gegen Deutschland kämpft er in seinem Buche an, aber gegen den durch Autoritätsglauben, durch Militarismus und Imperialismus gezüchteten Kriegsgeist, der nach seiner Meinung die Seele eines der herrlichsten und edelsten Völker der Erde gefährdet. ... Das Buch Zurlindens ist die Frucht einer sehr grossen Arbeit und eines schweren Kampfes um eine feste Überzeugung, das muss auch derjenige hochachten, der es mit kritischen Augen liest und vielleicht in einzelnen Dingen zu andern Resultaten kommt."

**Die Berner Woche** in Wort und Bild, in einer längern Artikelserie von E. R. in den Nummern vom 24. Februar, 3., 10. und 17. März 1917:

Das Volk denkt anders über den Krieg als es vor vier Jahren noch dachte und denken konnte; ein Kampf gegen den Krieg erhält ganz andere Impulse, darf mit viel angespannteren Kräften rechnen als je vorher. Wird dieser Kampf dann noch geführt, einzig und allein um der Sache der Menschlichkeit und keiner Partei der Kriegführenden zu dienen, nicht Franzos und nicht Russ, nicht Deutschem und nicht Bulgar, sondern allen zusammen und denen, die schaudernd beiseite stehen dazu, dann muss die Rede eines gerecht denkenden Mannes so eindringlich, so überwältigend neu und gross werden, dass niemand sich ihr wird entziehen können.

**Berner Volkszeitung**, 15. Februar 1917:

Wer sich in der Geschichte des Weltkrieges von unserem schweizerischen Standpunkt zuverlässig orientieren und diesem welthistorischen Ereignis, dem in der ganzen Weltgeschichte kaum ein zweites an gleicher Bedeutung zur Seite steht, nicht nur den Parteistandpunkt des im Kampf stehenden Auslandes geniessen will, der wird kaum an dem Buche Zurlindens vorbeigehen können, denn es enthält vor allem eine wirklich neutrale Akten- und Materialsammlung von bleibendem historischem Wert und von einer Vollständigkeit, die man sonst nicht vereinigt sieht ... Dabei ist Zurlinden kein Deutschenhasser, so wenig als die „Buchsizeitung", die ja auch schon wegen ihrem angeblichen mangelhaften Verständnis für Deutschland angeschnauzt worden ist. Aber Deutschland und die Schweiz sind nun einmal nicht dasselbe und deutsche Meinungen über den Weltkrieg und seine Ursachen können beim besten Willen nicht schweizerisch sein.

**Burgdorfer Tagblatt**, 11. Januar 1917:

Einen völlig objektiven Standpunkt zu gewinnen, ist auch für uns Schweizer keineswegs leicht. Jeder von uns hat seine natürlichen Sympathien nach der einen

oder andern Seite und wird in seinem Urteil beeinflusst durch die Lektüre, welche bei den einen mehr von dieser, bei den andern mehr von jener Seite genährt wird. Um so mehr ist es unsre Pflicht, uns zu bemühen, durch Prüfung und Vergleichung der verschiedenen Standpunkte zu einem von Sympathien und Antipathien möglichst ungetrübten Urteil zu gelangen. Alle Schweizer, denen es damit ernst ist, vom neutralen Gesichtspunkt aus zu einer möglichst objektiven Orientierung über den Weltkrieg und seinen Hintergrund zu gelangen, möchten wir auf das vorliegende Buch verweisen.

**Zeitschrift des bernischen Juristenvereins,** Februar 1917:

Unter der nur allzureichlichen Tagesliteratur, die der Krieg erzeugt hat, hebt sich dieses grösser angelegte Buch bedeutend hervor. Sein Verfasser behandelt eine Fülle politischer Probleme, wenn auch nicht spezifisch juristisch, so doch für den Juristen überaus anregend. Sein Werk verdient den Untertitel „Vorläufige Orientierung von einem schweizerischen Standpunkt aus" in vollem Masse. Es ist leider bei vielen nötig, dass sie an den schweizerischen Standpunkt erinnert werden.

**La Revue,** Lausanne (Professor Paul Rochat), 20. April 1917:

Es ist nicht das Werk eines Polemikers, sondern eines Gelehrten und Historikers. Das geht hervor aus seinem ständigen Bemühen, seine Quellen zu zitieren, die Dokumente zu vergleichen und das eine durch das andere zu beleuchten. Sein „Weltkrieg", weit entfernt eine anekdotenhafte Erzählung zu sein, eine Aneinanderreihung von Schlachtberichten, Bravourstücken und Brutalitäten, besitzt vielmehr einen hochphilosophischen Charakter ... Es werden noch viele Jahre vergehen, bevor man sich über die Ursachen und die Schrecknisse der furchtbaren europäischen Konflagration einigen wird; aber ich bin überzeugt, dass in unserm Land kein ernsthafter Historiker über den Krieg wird schreiben können, ohne die Studie Zurlindens zu Rate zu ziehen.

**Bibliothèque universelle,** Lausanne, März 1917:

Mit einem aufrichtigen Gewissen, welches durch nichts beirrt werden kann, hat der ehemalige Journalist sich daran gemacht, ohne Voreingenommenheit die Ursachen des Krieges zu erforschen und die bereits vorhandenen Dokumente zu studieren. Er hat seine Arbeit zu einer straffen Kritik gestaltet und nichts im Dunkeln gelassen. Man kann sagen, dass über manche Punkte ein helles Licht verbreitet worden ist. Obwohl es sich nur als Provisorium gibt, ist es doch schon das Werk eines Historikers.

**La Tribune de Genève** (Prof. A. Guilland), 20. April 1917:

... Es war besonders ein Punkt, auf welchen das kritische Licht geworfen werden musste: die belgische Frage! Unsre Mitbürger hatten tatsächlich, getäuscht durch die deutschen Communiqués, deren Thesen kritiklos übernommen. Um diese zu widerlegen, hat Zurlinden sich einer bedeutenden Arbeit unterzogen, und es ist ihm gelungen, auf eine endgültige Weise die unwahren Behauptungen der deutschen Regierung zu widerlegen, insbesondere bezüglich der Verbrechen der sogenannten belgischen Franktireurs und der angeblich durch sie verursachten Repressalien. Ich kenne kein Werk — sogar nach dem schönen Buche Waxweilers — von einer solch durchschlagenden Wirkung wie dasjenige Zurlindens ...

**L'Information,** Paris, 15. März 1917:

Der „eisige Hauch der Neutralität" hat weder den Geist noch das Herz des Verfassers ausgetrocknet. Da man vor dem Verbrechen nicht neutral sein kann, ist die von vielen prätendierte moralische Neutralität sowohl den Menschenrechten wie der Moral selbst entgegengesetzt. Der Verfasser hat Mitleid mit den Völkern, welche die „Hand der Hunnen" berührte ...

**Revue des sciences politiques,** Paris, 15. April 1917:

Die Inspiration des Buches ist ausgezeichnet und die Dokumentation vollkommen. Das Buch wird mit Nutzen und Vorteil von allen gelesen werden, die sich für den grossen Krieg, seinen Ursprung und seine Konsequenzen interessieren. Zurlinden hat gute Arbeit gemacht und wird sie noch weiter machen.

**Vrede door Recht,** s'Gravenhage, 15. Februar 1917:

Der erste Teil eines sehr belangreichen und, wir möchten fast sagen, besonders eigenartigen Buches liegt vor uns. Es ist kein Buch, das den Weltkrieg flüchtig und oberflächlich betrachten würde. Es ist kein Buch, das ihn von einem einseitig voreingenommenen und parteiischen Standpunkt aus beurteilt, sondern es ist ein Werk, das den Krieg und seine Elemente und Äusserungen in einer ganz andern und besondern Weise beleuchtet ... Der Titel des Buches sagt, dass sich der Verfasser auf den schweizerischen Standpunkt stellt; aber es ist gerade das grosse Verdienst dieses Werkes, dass es weit über den heutigen schweizerischen Standpunkt hinausragt.

**The Times,** London, Literary Supplement, 5. April 1917:

In einem längern Artikel „Pro Domo Helvetica", der die schwierige Lage der Schweiz mit grossem Verständnis und vieler Sympathie bespricht, wird u. a. über das Buch „Der Weltkrieg" folgendes geäussert:

„Das Kapitel vom Militarismus gestaltet sich zu einer eingehenden Darstellung der deutschen Aktion gegen Belgien. In dieser Beziehung sagt uns der Verfasser natürlich nichts Neues, aber bis jetzt gibt es keine vernichtendere Kritik der deutschen Aktion und der Verteidigung dieser Aktion als dieses Buch. Die Beweisführung ist um so zwingender, als der Verfasser mit Absicht alle Erörterungen über individuelle Ausschreitungen und Greueltaten von deutschen Soldaten bei Seite lässt; er hält sich, was letzten Endes ungemein viel wichtiger ist, an die von der deutschen Regierung zugestandenen und verteidigten Aktionen und basiert seine Feststellungen nicht sowohl auf belgische Anklagen gegen Deutschland als auf die deutsche Verteidigung selbst ... Was dem Buch für uns ein besonderes Interesse gibt, ist die Tatsache, dass wir hier die wahre Stimme der Schweiz zu vernehmen glauben. Und in dieser Stimme finden wir eine Bestätigung alles dessen, was zu Beginn des Krieges in unserm Lande so energisch betont worden ist. Es wird uns gezeigt, dass wir nicht in die Luft sprachen, wenn wir vom Wert der kleinen Staaten redeten; es war dies keine leere Rhetorik, kein unpraktischer Idealismus, sondern das Einstehen für eine Staatsform, deren Zerstörung für die Welt einen unermesslichen Verlust bedeuten würde."











